

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 38. JAHRGANG
232 | November/Dezember 2015 EUR 2,00

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · c/o Syntopia · Gerokstr. 2 · 47053 Duisburg
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Revolution in der Bildung?

Umstürzende Konzepte sollen durch die Schule auch die Gesellschaft verändern

Jedes Kind ist hochbegabt. Mit diesem Slogan seines 2012 erschienenen Buches wirbt der Hirnforscher Gerald Hüther für ein Umdenken im Bildungssystem und stößt dabei auf viel positive Resonanz.

Inflationsheilige oder Vordenker?

Einen seiner medialen Höhepunkte hatte der Neurobiologe in der ersten Folge der nach Richard David Precht benannten Philosophiesendung im ZDF unter der Überschrift *Skandal Schule – Macht Lernen dumm?* Hüther wurden von Precht locker die Bälle zugespielt – bläst der Populärphilosoph doch mit seinem Buch *Anna, die Schule und der liebe Gott* in ein ähnliches Horn in Sachen Schulkritik. Precht bezieht sich bei seinen Vorstellungen einer besseren Schule auch auf Maria Montessori („das Kind als Baumeister seiner selbst").

In der Sendung vom 2. September 2012 erzählte Prof. Hüther nun vom katastrophalen und antiquierten Schulwesen, in dem Kindern die Lust am Lernen so richtig ausgetrieben werde durch frontal unterrichtete Wissensvermittlung. Stattdessen plädierte Hüther wie in der Vielzahl seiner gut besuchten Vorträge dafür, dass bei Kindern das Interesse geweckt und Potenziale entfaltet werden müssten, und zwar durch LehrerInnen, die nur noch als Coachs fungieren sollen. Starre Klassen und Fächer sollen durch Lernbüros ersetzt werden. Precht ergänzte dies mit fächerübergreifenden Projekten.

Hüther und Precht liefern manchen interessant klingenden Ansatz zu Inklusion und Gesamt- und Ganztagsschulen, auch wenn das Bild der gemeinen Schule als Konstrukt aus dem 19. Jahrhundert, das sich noch nicht den gesellschaftlichen Begebenheiten angepasst hat, sehr klischeebehaftet ist. Viele Inhalte in Hüthers Präsentationen sind allerdings Binsenweisheiten – als ob Altbekanntes nur darauf gewartet hätte, wieder aufgewärmt zu werden. Außerdem reißen die beiden Visionäre die Schule aus gesellschaftlichen Kontext von Interessensgegensätzen und Verteilungskämpfen heraus. Selbst wenn aus den Schulen nur noch kreative und engagierte Menschen kommen würden, wie beide sich das erträumen, die Eigentumsverhältnisse wären ja immer noch da. Freilich lässt Precht als Bertelsmann-Referent außer Acht, dass die kapitalistische Wirtschaft auf ungleicher Verteilung basiert. Oder wie es der Kabarettist Volker Pispers ausdrückt: Jeder kann hier reich werden – aber nicht alle.

Hüther gibt ferner Unternehmen seine Allerwelts-



ratschläge; beispielsweise sollen ältere Beschäftigte anstatt nur verwaltet zu werden nochmal richtig motiviert werden, damit sie sich für etwas einzusetzen können und sich mit ihrer Aufgabe identifizieren. Seine Vorstellungen von Menschen in der Wirtschaft passen sehr gut in ein Zeitalter von Clouds, Crowdworkern und Smart Factories, wo hoch engagierte PerformerInnen ihren Unternehmen unbezahlbare Dinge wie „Freundlichkeit", „Liebenswürdigkeit" und „Kreativität" schenken.

Heikel an diesen Vorstellungen ist weniger deren Umsetzung oder die Frage, ob die VerkünderInnen der neuen Bildungsbewegung nun aus anderen Disziplinen (Neurobiologie und Philosophie) kommen und kein Pädagogikstudium vorzuweisen haben, sondern vielmehr die Frage, ob es sich hier wirklich um eine (Schul-)Revolution handelt oder ob nicht letztendlich dem Kapital motivierte Subjekte geliefert werden.

Der gewerkschaftliche Ruf nach revolutionären Bildungsreformen

Auch die IG Metall Jugend proklamiert mit den Positionen ihrer aktuell noch laufenden Kampagne eine „Revolution Bildung". Es wird eine Reform des BaföG und eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes gefordert. Die Rahmenbedingungen für Weiterbildungen sollen gesetzlich stärker vereinheitlicht und tarifpolitisch stärker verankert werden – insbesondere soll die Finanzierung besser im Interesse der Beschäftigten verhandelt werden.

Die größte Einzelgewerkschaft labelt ihren Strauß aus spezifischen Forderungen, welche sich größtenteils auf ihre Zielgruppe (Auszubildende und Dualstudierende) beziehen, inflationär als Revolution. Im September letzten Jahres fand dazu ein großer Jugend-Aktionstag statt, ein buntes Spektakel mit Demonstration und Konzert. Es kamen um die 20.000 überwiegend junge Mitglieder nach Köln, was für eine Demonstration im Bildungsbereich beeindruckend ist. Dennoch gilt die Kampagne in der Organisation als umstritten aufgrund ihrer Unausgegorenheit im Gegensatz zur „Operation Übernahme", welche mit der Aufnahme der unbefristeten Übernahme nach der Ausbildung in den Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie 2012 endete. Beim Tarifabschluss dieses Jahres konnten beim Punkt Weiterbildung nur geringe Fortschritte erzielt werden.

Resümierend kann festgehalten werden, dass eine soziale Bewegung den Anspruch haben sollte, das Bildungswesen nicht nur parolenhaft komplett über Bord zu schmeißen. Vielmehr muss sie konkret gegen Kürzungen und prekäre Verhältnisse im Bildungsbereich ankämpfen. Es kann uns nicht nur darum gehen, die Lust am Lernen zu wecken – Ziel sollte sein, einen klaren Standpunkt im Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit zu vermitteln. Es irritiert, wenn schlichte Verbesserungen zu Umwälzungen verklärt werden.

Christian Horn

Minijobkampagne 2.0

Für die ASJ Leipzig ist der Mindestlohn kein Grund, nachzulassen

Politiker: „In der Bundesrepublik Deutschland wurden während meiner letzten Amtsperiode mehrere Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen!"
Arbeiterin: „Stimmt, ich hab allein drei davon."

Die Anarchosyndikalistische Jugend (ASJ) Leipzig hat Ende letzten Jahres einen Lohnspiegel veröffentlicht, anhand dessen Arbeitsumstände, Lohn und Einhaltung von arbeitsrechtlichen Standards überprüft werden sollten.

Mit der Einführung des bundesweiten Mindestlohns hätte sich zumindest der absolute Niedriglohnsektor verringern sollen. De facto haben Arbeitgeber, besonders im Bereich von Gastronomie- und anderen Kleinbetrieben, Wege gefunden, den Mindestlohn einzuschränken oder zu umgehen. Viele dieser Wege sind nicht einmal neu; Beispiele hierfür sind unbezahlte Überstunden, fehlender Anspruch auf bezahlten Urlaub oder direkt Schwarzarbeit. Während es uns natürlich fern liegt, Beschäftigten Vorhaltungen zu machen, zu welchen Umständen sie zu arbeiten haben, ist vielen von ihnen einfach nicht bewusst, dass sogar die Gesetze der BRD ihnen bessere Mindeststandards zusichern.

Indessen sind entsprechende Arbeitskämpfe oftmals ein guter erster Schritt, um ArbeiterInnen ihre eigenen Fähigkeiten bewusst zu machen und sie an die Organisierung am Arbeitsplatz und weiterführend in Syndikaten zu gewöhnen.

Um die entsprechenden Informationen mehr ArbeiterInnen zugänglich zu machen, legt die ASJ Leipzig in Kooperation mit und unterstützt von der FAU und IWW Deutschland nun die Minijobkampagne erneut auf. Diese umfasst Plakate, Flyer und eine veränderte Neuauflage der Minijobbroschüre, ursprünglich herausgegeben von der ASJ Berlin. All die Materialien haben die grundlegende Funktion, KollegInnen über ihre Rechte und Möglichkeiten zu informieren und auf ausführlichere Informationsquellen und örtliche Syndikate zu verweisen, welche ihnen hoffentlich weiterhelfen können.

Die wichtigste Information, welche vielen Beschäftigten nicht bekannt ist, besteht schon darin, dass ein Minijob rechtlich gesehen identisch mit einem „normalen" Job ist. Beispielsweise haben auch Minijobbende den normalen Anspruch auf bezahlten Urlaub (24 Urlaubstage im Jahr, falls 6 Tage pro Woche gearbeitet wurde).

Minijobs gehören zu den prekärsten Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland und die wenigsten Minijobbenden sind organisiert. Einerseits bringen es die größeren Gewerkschaften zu kaum mehr als Lippenbekenntnissen, was die Unterstützung dementsprechend Beschäftigter angeht. Andererseits wird durch eine dauernd wechselnde Belegschaft die Organisierung erschwert. Und oftmals fehlt vielen die Zeit, denn um sich über Wasser zu halten, haben sie mehrere Minijobs gleichzeitig. Zum einen aufgrund ihrer übermäßigen Belastung und zum anderen aus strategischer Überlegung (Minijobbende als bisher kaum organisierte Beschäftigte) benötigen aber genau diese Menschen jede Unterstützung, die ihnen kämpferische Gewerkschaften zukommen lassen können.

Falls ihr Interesse habt und euch an der Kampagne beteiligen wollt, so nehmt doch einfach Kontakt zu uns auf: *asjl.blogsport.de/kontakt*. Noch sammeln wir Bestellungen, auch wenn wir bald in den Druck gehen wollen.

Zu generellen und juristischen Informationen und für eine Voransicht der Materialien könnt ihr auch die Homepage der Kampagne besuchen: *www.Minijob.cc*

ASJ Leipzig

Catwalk

Bildung als ganzheitliche gewerkschaftliche Aufgabe

Ein doch in verschiedene Richtung diskutierbares Schwerpunktthema zu Schule und Wissenschaft haben wir uns diesmal vorgenommen. Insbesondere beim weiten Spektrum der Schulen in freier Trägerschaft sowie alternativen Bildungskonzepten gehen die Meinungen doch auseinander (siehe Seite 1, 4 und 6). Das Interview auf Seite 3 und passend dazu der §§§-Dschungel (Seite 5) drehen sich um Vermittlung von akademischen Arbeitsuchenden.

Kongress: Anarchistische Perspektiven auf die Wissenschaft

An der Uni Hamburg im Hörsaal der ehemaligen HWP (Von-Melle-Park 9) wird vom 20. bis zum 22. November getagt.

Es warten auf euch:
Vorträge
Diskussionen
Workshops
Infostände
Gespräche
Kultur

Initiiert von der Hochschulgruppe *Alternative Linke – Fachschaftsbündnis & Regenbogen* an der UHH wird der Kongress durch breites Bündnis von anarchistischen, libertären und weiteren linken Gruppen sowie Einzelpersonen organisiert. (Mehr dazu in der Beilage und auf Seite 7)

500 x 500 – von der Bewegung für die Bewegung

Die Zukunft eines der ältesten Kollektivbetriebe der westdeutschen Alternativbewegung der 1980er Jahre, steht wegen des angekündigten Verkaufs der Immobilie auf dem Spiel. Mit dem Start der Kampagne *500 x 500 – 31 Jahre Cafe Klatsch in Wiesbaden sind lange nicht genug* will der Verein LINKSROOM dazu beitragen, diesen für die undogmatische linke Bewegungen im Rhein-Main Gebiet wichtigen Raum zu erhalten.
Der Besitzer der Immobilie, in der das Klatsch sein Zuhause hat, hat die Räume zum Verkauf angeboten. Da der Kaufpreis von 250.000 Euro nicht alleine zu stemmen ist, hat LINKSROOM e. V. mit 500 x 500 eine bundesweite Spenden- bzw. Unterstützungsaktion gestartet. Gesucht werden 500 Menschen, die jeweils 500,- Euro (oder 250 x 1.000,- Euro). spenden oder leihen.

Spendenkonto
Inhaber: LinksRoom e.V.
IBAN:DE54 4306 0967 6041 5558 00
BIC:GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank eG

Mehr Hintergründe zum Cafe Klatsch:
www.linksroom.de
www.cafeklatsch-wiesbaden.de

FAU-Ticker

+++ Im September initiierte die FAU Mannheim mit anderen Gruppen gemeinsam eine lokale Griechenland-Soli-Vernetzung. +++ Vor einer Bremer Anwaltskanzlei, die zeitgleich in ihren Räumlichkeiten ein Seminar für Arbeitgeber mit dem Titel „Top-Ten der besten Kündigungsgründe" veranstaltete, protestierten die FAU Bremen und die lokale IWW-Gruppe an der Domsheide mit einer Mahnwache am 14. September. +++ Die FAU Freiburg unterstützt immer noch 14 polnische Bauarbeiter, die beim Bau von Campo Novo 2014 um ihren Lohn betrogen wurden. Inzwischen wurde bekannt, dass Studierende mittels illegaler Maklergebühren abgezockt werden sollen, die ihnen als Service-Leistung verkauft werden. +++ Nicht nur in Berlin und Freiburg kämpfen Mitglieder der FAU ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf dem Bau um ihre Rechte. Eine Reihe von KollegInnen wendete sich auch an die FAU in Dresden. Für ihr Mitglied Vladimir fordert die Basisgewerkschaft von der City Aktiv GmbH die Auszahlung einbehaltener Lohnanteile. Daneben wird die Arbeit oft noch verbilligt, indem Beschäftigte auf Montage für das Schlafen in überfüllten sowie dreckigen Baustellen und Containern Miete bezahlen sollen. +++ Die AG „Schwarz-Rote BergsteigerInnen" der FAU Dresden startet aktuell eine Spendenkampagne für ein libertäres Begegnungszentrum im Elbsandsteingebirge. +++ Unter dem Motto „Niemand muss allein zum Amt" machte die Regensburger FAU am 8. Oktober vor dem Jobcenter auf das Angebot zur Begleitung bei Hartz IV-Terminen aufmerksam. +++ Das Allgemeine Syndikat Köln hat im September die Hausbesetzung im Kartäuserwall 14 unterstützt, die gegen Gentrifizierung und Leerstand protestiert hat und nach vier Wochen von der Polizei geräumt wurde. Auch an den Kundgebungen gegen die gewerkschaftsfeindlichen Seminare des Unionbuster-Anwalts Schreiner haben sich Mitglieder des Allgemeinen Syndikats Köln mehrfach beteiligt. +++ Die Unabhängige Betriebsgruppe Amper Kliniken Dachau hat eine neue Ausgabe der Betriebszeitung ANTIGEN in der Helios Amper Klinik Dachau verteilt. Direktlink zur Ausgabe: www.betriebsgruppen.de/bgak/download/antigen_nr8_september2015.pdf

Liebe Lesende,

nicht nur Kritik am bestehenden Bildungssystem ist eine gewerkschaftliche Aufgabe, sondern vielmehr die eigene Bildungsarbeit. Die libertäre Bewegung ist für selbstorganisierte Vorträge, Publikationen, Tagungen, Diskussionen hinlänglich bekannt. Ein nächstes Highlight steht uns bevor. An der Uni Hamburg ist es der alternativen Linken möglich, am vorletzten Novemberwochenende die Tagung „Anarchistische Perspektiven auf die Wissenschaft" auszurichten. Mit Interesse ist die Podiumsdiskussion am abschließenden Sonntag (22. November) zu erwarten.



Erfolgreiche Lehrstunde vor dem Cancún

Ferner verbinden sich oft sehr emotionale Beziehungen mit den Orten der Methoden- und Wissensvermittlung – den Bildungsstätten. Ein Raum für Kultur, Politik und Vorträge, welcher gerade auf dem Spiel steht, ist das selbstverwaltete Café Klatsch in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Ein Verein kümmert sich gerade darum, mit der Kampagne „500 x 500" die Summe für den Kauf zusammenzukratzen.

Einem potenziellen Raum für Seminare ist Anfang September die Denkmalwürdigkeit anerkannt wurden. Die Bakuninhütte bei Meiningen in Südthüringen ist nun offiziell das erste anarchosyndikalistische Kulturdenkmal in der Bundesrepublik.

Inklusion ist ein Thema, welches im Schulbereich hitzig diskutiert wird. Hier laufen Schwarz-Weiß-Argumente fehl. Wenn dieses wünschenswerte Vorhaben nur als Sparmodell verkommt, kann es sich zu einer unverantwortlichen Belastung für Kinder, Eltern, Kolleginnen und Kollegen entwickeln. Stattdessen muss ausreichend qualifiziertes Personal dafür bereitgestellt werden und es muss ermöglicht werden, individuellen Bedürfnisse gerecht zu werden.

Belehrungen wollen wir uns eigentlich verkneifen. Doch es gibt Situationen, in denen jemandem klargemacht werden muss, dass der Holzweg eingeschlagen worden ist. Wenn sich Chefs noch nicht mal an die Gesetze halten, ist die FAU auch mal zur Nachhilfeeinheit bereit. Obwohl es nicht die Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Verantwortlichen hinsichtlich der Rechtslage zu schulen, erteilen FAU-Gruppen schon mal in der Öffentlichkeit Lektionen. Egal ob in Dresden, Leipzig, Frankfurt, Berlin oder Freiburg, wenn Mitgliedern etwa zu wenig Lohn ausgezahlt oder der Urlaub nicht gewährt wurde, zögern wir nicht zu protestieren.

Erkenntnisse beim Studieren der Zeitung wünscht

Christian Horn (Redaktion BuG)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen.......... FAU Bremen, c/o Zentrum Resonanz, Hohentorsheerstraße 24, 28199 Bremen, 1. Do. im Monat, 19 Uhr, Gewerkschaftliche Beratung: 2. und 4. Do. im Monat, 19-20 Uhr <fauhb-sek@fau.org>, (0151) 17 93 52 90
Celle.............. Kontakt über Hannover
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hameln .... FAU Hameln, c/o Freiraum, Walkemühle 1a, 31785 Hameln, 2. So. im Monat, 16.30 Uhr, <fauhm@fau.org>
Hannover........ FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 32, 30167 Hannover, Sekretariat: <fauh-kontakt@fau.org>, (0151) 65754116, Offener Abend: 1. Di. im Monat, 20 Uhr
Allgemeines Syndikat, <kontakt-asyh@fau.org>, Treffen: 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, Bürgerschule, Klaus-Müller-Kilian-Weg 2,| Raum 3.10 (3. OG)
Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe (GGB), PF 2272, 30022 Hannover, <kontakt-ggbh@fau.org>, (0151) 65785054, Büro: Mi. 9 - 11 Uhr, Treffen: 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover
Kiel............... FAU Kiel, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>, Anrufbeantworter (0431) 57091884, Mobil (0171) 4848451
Oldenburg ...... Kontakt über Bremen
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock, <fauhro@fau.org>, (0152)04262843
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg

REGION SÜD

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main
Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12
Fulda............. Kontakt über Frankfurt/Main
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>
Koblenz.......... FAU Koblenz, <asik@riseup.net>
Lich............... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mannheim....... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstraße 38, 68169 Mannheim, Mo. 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>
München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (ungerade Kalenderwochen), 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, News: faun_newsletter@fau.org, faun_sekretariat@fau.org>
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/Main
Regensburg..... FAU Regensburg, 1. und 3. Mo. im Monat 19 Uhr im Linken Zentrum, Dahlienweg 2a, 93053 Regensburg
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Stadtteilzentrum Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137
Saarland......... Kontakt über Neustadt/Weinstraße
Wiesbaden ...... Kontakt über Frankfurt/Main

REGION WEST

Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, <faubi-kontakt@fau.org>, (01573) 7957110 Treffen: Mo. (ungerade Kalenderwochen), 18.30 Uhr
Bonn .... FAU Bonn, c/o Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi. 20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171
Duisburg......... FAU Duisburg, c/o Syntopia, Gerokstr. 2, 47053 Duisburg, 2. Fr. im Monat Büro 17 Uhr, Tresen 19 Uhr, <faudu@fau.org>
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Volmerswerther Straße 6, 40221 Düsseldorf, Büro: Mo. 17 - 20 Uhr , Tresen: 3. Do. im Monat 19 - 22 Uhr, <faud -kontakt@fau.org>, (0179) 3258648
Köln .... FAU Köln, c/o SSK, Liebigstr. 25, 50823 Köln, <fauk@fau.org> Tresen: 1. Mo. im Monat, 19 Uhr, Ludolf-Camphausen-Str. 36
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Fairdruckt, Hafenstr. 64, 48153 Münster, Treffen: 4. Di im Monat, 19 Uhr, <faums@fau.org>
Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/ U8 Rosenthaler Platz),<faub@fau.org>, (030) 28700804, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr, Veranstaltung zur Einführung: „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. Allgemeines Syndikat, 1. Fr. im Monat, 19 Uhr.Sektion Bildung, 1. und 3. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <faub-bildung@fau.org>
Sektion Bau und Technik, 4. Mo. im Monat, 17.30 Uhr, <faub-bautec@fau.org>
Sektion Gesundheit und Soziales, 1. Mo. im Monat, 18 Uhr, 3. Mo. im Monat, 20 Uhr <faub-soziales@fau.org>
Sektion Medien, 1. Mo. i. M., 19 Uhr, <faub-medien@fau.org>
Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>
Foreign Members Section, 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, BNG <bng-dd@fau.org>, (0151)41414360, Kennenlernen & Diskutieren jeden 2. Mittwoch im Monat 20 Uhr im AZ Conni (Stammtisch), Gewerkschaftliche Beratung jeden Donnerstag 18 Uhr im Wums e.V.,Gemeinsam Abendessen (vegan) jeden 4. Donnerstag 20 Uhr im Platzda
Halle/Saale...... FAU Halle, c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, (0176) 54470263, Treffen: 1. So im Monat, 19 Uhr, Sektion Bildung: <bildungsinitiative@fau.org>, 1. Mi. im Monat, 18.30 Uhr
Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, Treffen: 18.30 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Erfurt/Jena, <fau-thueringen@fau.org> Treffen im Infoladen Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND (ASJ)

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>
Bonn .... ASJ Bonn, c/o Le Sabot, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Breite Straße 74
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>
Herne/ .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7
Recklinghausen c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort", Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend", Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb".

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord.............. FAU Bremen <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Dresden und FAU Halle <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Moers und FAU Duisburg <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Stuttgart <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

SCHWEIZ

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

ÖSTERREICH

Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

Arbeitsmarkt und Akademiker

Im Gespräch mit Dipl.-Jur. Thomas Krug, Vorsitzender des Arbeitskreises Leipziger Personalvermittler e.V.

*Krug-Personal Leipzig ist zertifizierter Träger der Arbeitsförderung. Thomas Krug ist außerdem Leiter der AG Jobsuche in der Leipziger Regionalgruppe des gemeinnützigen Vereins *nea e.V. (Netzwerk erwerbssuchender Akademiker) sowie Autor zur Arbeitsförderung.*

Herr Krug, einerseits hört man immer wieder von einem Fachkräftemangel, andererseits kennt fast jeder einen arbeitsuchenden Akademiker. Was sind die Gründe für Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe?

Eine klare Antwort wäre eine Lüge. Dafür ist das Problem zu vielschichtig. Deutschlandweit haben wir eine Arbeitslosenquote von gerade einmal rund 2,4 %. Das klingt sehr wenig, jedoch müssen wir in manchen Ballungsgebieten mit seinen Hochschulen und Unis teilweise von einer Massenarbeitslosigkeit sprechen. Dazu kommt die hier nicht mit gezählte Gruppe in Unterbeschäftigung: Stichworte sind Taxi- und Pizzafahren, Call-Center usw.

Scheinbar liegt es häufig an der Studienwahl in NC-freien Fächern, hier wird tatsächlich oft am Markt vorbei studiert. Hier rate ich den Absolventen, über den Tellerrand hinauszuschauen und die Zielgruppe potentieller Arbeitgeber zu erweitern. Alle Akademiker bringen etwas Wichtiges für die Wirtschaft mit, nämlich die Methodenkompetenz.

Aber auch das nützt wenig, wenn die Region zu wenige adäquate Stellen bietet. Dazu habe ich vor einem Jahr Stichproben gezogen. Sie zeigen ein enormes Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern.

Welche Auswege sehen Sie?

Am einfachsten wäre es, der Arbeit zu folgen. Das birgt aber für viele Folgeprobleme. Das soziale Umfeld wird verlassen, hierbei kann das seelische Gleichgewicht gestört werden. Viele Stellen sind befristet – dafür die Wohnung aufzugeben sollte gut überlegt sein. Letztlich kann es nicht sein, dass die gut ausgebildeten Spezialisten alle die strukturschwachen Regionen verlassen, das ist ein Teufelskreis. Hier ist die Politik dringend gefragt, gern unter Druck der Gewerkschaften.

Wichtig für alle ist die Verbesserung des Bewerbungsprozesses.

Das heißt genau?

Die Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen ihre Möglichkeiten der Unterstützung auch ausschöpfen. Akademiker müssen von fachkundigen Mitarbeitern betreut werden, die mit den Abschlüssen auch etwas anfangen können. Dazu kommt oft eine Ablehnung der Mitarbeiter für die neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

Auch sind manche Führungsentscheidungen nicht nachvollziehbar. In der Arbeitsagentur Leipzig wurde zum Beispiel vor zwei Jahren das äußerst effektive Team „Akademische Berufe“ mit einem Federstrich zerschlagen. Die Geschäftsanweisungen sind häufig widersprüchlich und sogar gesetzwidrig. Es gibt enormen Verbesserungsbedarf bei den Ämtern und in allen Ebenen.

Was ist am dringendsten?

An erster Stelle steht die Information. Das betrifft sowohl die des Erwerbssuchenden, als auch des staatlichen Vermittlers beim Amt. Beide kennen viele Instrumente gar nicht. Da gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, sich ein ordentliches Business-Outfit im Rahmen „einer persönlichkeitsfördernden Maßnahme“ für das Vorstellungsgespräch bezahlen zu lassen. Oder sogar einen gebrauchten PKW, wenn dieser für die Arbeitsaufnahme erforderlich ist. Auch Fahrtkosten werden bis zu einem halben Jahr bezahlt, oder ein Zuschuss für die Zweitwohnung mit den Wochenendheimfahrten – die Liste ist sehr lang. Sicher hat man darauf keinen Rechtsanspruch, wohl aber auf eine nachvollziehbare „Betätigung des Ermessens“, also einer Interessenabwägung in einem rechtsmittelfähigen Bescheid.

Dazu kommt das System der Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine (AVGS). Das ist ein Oberbegriff für eine Vielzahl an unterstützenden Maßnahmen, wie der AVGS für die zertifizierten Privaten Arbeitsvermittler, für ein frei wählbares Coaching, die Existenzgründung usw.

Offene Stellen für Hochschulabsolventen (inkl. Praktika) Stand: 04.12.2014	KPMG	Porsche	Siemens
Gesamt D	**519**	**634**	**846**
Sachsen	12	40	19
Sachsen-Anhalt	0	0	0
Thüringen	0	0	2
Meckl.-Vorpommern	0	0	4
Brandenburg	0	2	0

Wer kann wo Unterstützung verlangen?

Schon drei Monate vor Ende einer Befristung oder Ausbildung, der Elternzeit oder mit Erhalt der Kündigung geht es los. Man meldet sich beim Amt arbeitsuchend und nennt sich nun ein „von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitsuchender“. Zuständig sind in dieser Phase immer die Arbeitsagenturen, egal welches Arbeitslosengeld man später bezieht. Begünstigt sind auch künftige „Nicht-Leistungsbezieher“ – etwa wenn der Partner zu viel verdient oder Ex-Soldaten in der Soldatenversorgung –, Menschen in Transfergesellschaften, Entlassungskandidaten und Freigänger in JVAs.

Mit Eintritt der Arbeitslosigkeit ist dann entweder das Jobcenter zuständig für reine Hartz-4-Empfänger, für alle anderen die Arbeitsagentur (ALG I, ALG I mit Aufstockung ALG II, ohne ALG).

Betrachten wir eine Maßnahme, zum Beispiel ein „Coaching“…

In einem guten Bewerbercoaching werden erst einmal die speziellen Kompetenzen festgestellt. Damit justiert man die Suche, also wo die Reise hingehen soll. Mit diesem Ergebnis wird festgelegt, wo die aktive Suche stattfindet. Das systematische Scannen des Arbeitsmarktes geht auch in der heutigen Informationsflut mit fast wöchentlich neuen Stellenbörsen. Die weitgehend unterschätzte „passive Suche“ muss optimiert werden, damit man von Arbeitgebern und Headhuntern mit seinen Kompetenzen gefunden wird. Es soll von den wenigen Stellen keine mehr verloren gehen! Die Schlagzahl der Bewerbungen wird also erhöht. Die Präsentation muss jeder als seine Visitenkarte ansehen, mit klarer Struktur, verständlichem Inhalt und sauberen Scans der hart erarbeiteten Zeugnisse. So wird die Hürde der Einladung zum Vorstellungsgespräch gesenkt. Das Bewerbungsgespräch sollte dann gut vorbereitet und trainiert sein.



Diplom-Jurist Thomas Krug im Interview

Nun hört man nicht nur positive Stimmen über so ein Coaching.

Häufig finden solche Maßnahmen in gemischten Gruppen statt, diese halte ich nur für bedingt geeignet und datenschutzrechtlich für unhaltbar. Der Vorteil des Gutscheinmodells ist, dass man sich Maßnahmen auf dem Markt deutschlandweit aussuchen kann. Es gibt wenige, spezielle Einzelcoachings für Akademiker, da verzeichnet man zum Teil über 90 % Erfolg in kurzer Zeit. Solche Angebote stehen leider nicht in der KURSNET-Datenbank der BA, man muss sich finden.

Haben Sie noch ein paar Tipps für unsere Leser?

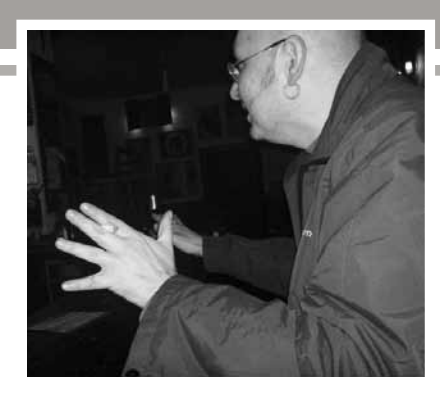
Ja sicher. Kein Kuschelkurs beim Amt! Haben Sie keine Angst vor einer Störung der Beziehung zu Ihrem Vermittler. Verweigert man sich Ihnen, nehmen Sie sich immer eine Begleitperson mit. Kämpfen Sie beim Amt um die Unterstützung, zur Not mit Widerspruch und Klage. Die Mitarbeiter sehen sich zu oft als Hüter der Kassen und verkennen ihren gesetzlichen Auftrag, die Menschen zügig und nachhaltig in Arbeit zu bekommen. Lassen Sie sich nicht in Sinnlos-Maßnahmen, in berufsfremde Unterbeschäftigung und prekäre Arbeit drängen. In die Eingliederungsvereinbarung gehören auch Ihre Wünsche, dazu zähle ich auch einen länger währenden Berufsschutz.

Danke für das Gespräch.

Viel Erfolg allen Arbeitsuchenden!

Das Interview führte Thomas Bloch

Kolumne Durruti



Während des Feierabendverkehrs im überfüllten Bus zu stehen, ist gewiss kein Vergnügen. Doch schlimmer geht immer, wie man in Hamburg sagt, und so widerfuhr mir hier eine besonders schmerzhafte Tortur.

Bewegungslos zwischen Menschenleibern eingepfercht, so dass an ein Davonkommen nicht zu denken war, wurde ich Zeuge eines Gesprächs zweier junger Frauen. Eine von beiden war vor kurzem in eine andere Abteilung gewechselt. An jenem Tag nun war der Chef vorbeigekommen, um sich danach zu erkundigen, wie sie denn mit der neuen Situation zurechtkäme. Das war an sich auch schon alles, denn da sie sich rundum wohlfühlte, ging der Chef auch wieder. Kein Ereignis, das irgendeiner Erwähnung wert gewesen wäre. Doch die junge Dame platzte schier vor Mitteilungsbedürfnis:

„Und er so: Guten Tag. Und ich so: Guten Tag. Und er so: Wie finden sie sich denn so zurecht am neuen Arbeitsplatz? Und ich so: Danke, gut. Und er so: Und die Kollegen? Und ich so: Wieso? Und er so: Kommen sie gut miteinander aus? Und ich so: Klar, nette Leute. Und er so: Schön, freut mich, dass alles läuft.“ Dazwischen kommentierte ihre Freundin immer wieder: „Echt jetzt? Im Ernst? Nee, wirklich? Das hat Dein Chef gesagt? Krass!“

Diese Unterhaltung zog sich vom Wandsbek Markt bis zum Ölmühlenweg, während sich der 9er-Bus durch den Stop-and-Go quälte und sich die Fahrtzeit auf eine halbe Stunde ausdehnte. Als ich endlich ausstieg, fühlte ich mich seltsam benommen, Übelkeit stieg in mir auf, Kopfschmerzen breiteten sich aus. Wie der Ohrwurm eines schrecklichen Liedes, das einem gegen den eigenen Willen wieder und wieder durch den Kopf spukt, hörte ich es unentwegt sagen: Und er so, und ich so, und er so, und ich so…

Was war nur geschehen, dass ich so sehr unter dem soeben Erlebten litt? Schließlich sollte es mich doch längst nicht mehr überraschen, dass ein gewisser Mangel an Originalität, die Abwesenheit jeglichen Sprachgefühls, erzählerisches Unvermögen, gepaart mit Stolz auf die eigene Einfältigkeit – kurz gesagt, eine gehörige Portion Dummheit um sich greift wie eine grassierende Epidemie. Denn längst ist es salonfähig, auf Einsicht, Erkenntnis und ein Mindestmaß an Bildung zu pfeifen.

Sie habe eben nicht Germanistik (sic!) studiert, rechtfertigte sich unlängst Renate Künast, immerhin eine ehemalige Bundesministerin, dafür, dass sie Abraham Lincoln mit George Washington verwechselt hatte. Und während fortwährend PolitikerInnen nachgewiesen wird, dass sie ihre Doktorarbeiten abgeschrieben oder gar von anderen für sich haben anfertigen lassen, geht dank des digitalen Online-Journalismus auch der letzte Funke von Anstand und Seriosität flöten: So ist die deutsche Ausgabe der *Huffington Post* endlich auf ein Niveau herabgekrochen, das sich als *Einfach-Nur-Journalismus* beschreiben lässt. Informationen – wozu? Es reicht, Dinge doof oder toll zu finden, um dies der Welt kundzutun und dafür auch noch Geld zu verlangen. Keine Trennung mehr von Darstellung und Meinung, nein, die meinungsarmen LeserInnen brauchen – einfach nur! – einen klaren Leitfaden: Dinge sind entweder „einfach nur genial“ oder „einfach nur armselig“. Und in der Randspalte gibt es dann so feine Ratschläge fürs Leben wie etwa, dass man morgens besser munter wird, wenn man Kaffee oder Tee zum Frühstück trinkt.

In einer Wissenschaftssendung hörte ich, eine Studie habe ergeben, ängstliche Menschen seien intelligenter als mutige. Das kann nicht stimmen. Intelligenz macht vielmehr Angst. Und Dummheit – soviel steht fest – tut eben doch weh. Nur leider nicht den Dummen.

Matthias Seiffert

TERMINE

☞Berlin

Do. 19. November, 20.00 Uhr
Supamolly, Jessner Str. 41
Joe Hill ain't dead
Konzert für einen Rebellen, der unsterblich wurde

Fr. 20. November, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht
Buchvorstellung mit Herausgeber Peter Nowak

Do. 26. November, 18.00 Uhr
Sa. 28. November, 18.00 Uhr
Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77
Film: ECONOMIA COL·LECTIVA - Europas letzte Revolution
Zur Kollektivierung der katalanischen Wirtschaft zwischen 1936 und 1939
Deutschland-Premiere am 26. November in Anwesenheit der Regisseurin Eulàlia Comas
Eintritt: 5/6 Euro

☞Duisburg

Mi. 11. November, 19.00 Uhr
Syntopia, Gerokstr. 2
Zum Glauben verpflichtet? – Kirchliches Arbeitsrecht
Vortrag von Corinna Gekeler
In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

☞Düsseldorf

Do. 12. November, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Volmerswerther Str.6
Kirche und Arbeitsrecht in der BRD
Vortrag von Corinna Gekeler
Veranstaltet von: FAU, ADH, Düsseldorfer Aufklärungsdienst

☞Halle

Do. 26. November, 19.00 Uhr
VL-Infoladen, Ludwigstraße 37
Arbeitskampf „Mall of Shame“
Vortrag der FAU Berlin über Erfahrungen, von Rückschlägen und Erfolgen der letzten Monate.

☞Köln

Do. 31. Dezember, 18.00 Uhr
JVA Ossendorf, Haltestelle „Rektor Klein Straße“
Anti-Knast-Demo an der JVA Ossendorf

☞Magdeburg

Di. 24. November, 19.00 Uhr
Infoladen im Libertären Zentrum (LIZ), Alt Salbke 144
Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht
Buchvorstellung mit Herausgeber Peter Nowak

☞Mannheim

Mi. 18. November, 19.30 Uhr
Landesmuseum für Technik und Arbeit, Auditorium, Museumsstr.1
I dreamed I saw Joe Hill last Night
Veranstaltung zum 100. Todestag von Joe Hill.
Mit Holger Marcks (Historiker, Uni Frankfurt).
Unterstützt von TECHNOSEUM und IG Metall Mannheim

☞Pirna bei Dresden

Mi. 11. November, 18.00 Uhr
Kulturkiste K2
Lass dich nicht verarschen – vor allem nicht vom Amt!
Vortrag zu Tipps und Tricks als Jobcenter-“Kunde”

Mi. 18. November, 18.00 Uhr
Kulturkiste K2
Für ein libertäres Begegnungszentrum im Elbsandsteingebirge!

Wer war Rudolf Steiner?

Geboren am 25. Februar 1861 in Karaljevec/Österreich nahe der ungarischen Grenze, bezeichnet sich Steiner als „Fremdling im Elternhaus". Als Vierjähriger hat er eine erste Geist-Erscheinung, mit zehn Jahren findet er sein Glück im Geometriebuch und bei der Kulthandlung des Priesters. Okkultes und mystisches Wissen erhält er von einem Kräutersammler und lernt von diesem „Eingeweihten" einen „geistigen Dialekt". Ein Lehramtsstudium bricht er ab, findet aber eine Anstellung als Hauslehrer. Aus der angeblichen oder wirklichen Wasserköpfigkeit seines Zöglings und seinem Erfolg bei der Ausbildung des Kindes leitet Steiner den passenden Unterrichtsstoff für „Groß- und Kleinköpfige" ab. Danach nimmt er ein Angebot des Goethe-Schiller-Archivs in Weimar an und gibt Goethes naturwissenschaftliche Schriften mit einer eigenen Einleitung neu heraus. Nach sieben Jahren in Weimar geht er nach Berlin. Dort gibt Steiner ein Magazin heraus und hält Vorträge über Okkultismus und Mystizismus. Er gründet die Deutsche Sektion der Theosophischen Gesellschaft (TG), deren Generalsekretär er wird. In der gleichen Zeit kommt er mit Freimaurern in Kontakt und wird Hochgrad-Bruder des okkulten und esoterischen *Ordo Templis Orientis* (O.T.O.). Steiner und einige seiner AnhängerInnen verlassen die TG und gründen die Anthroposophische Gesellschaft, deren okkulter Führer Steiner ist. Er lässt in Dornach in der Schweiz einen Kult- und Mysterientempel ganz aus Holz bauen – das erste Goetheanum. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges entwickelt Steiner seine soziale Dreigliederung der Gesellschaft. Weil die Idee in der Bevölkerung keinen Anklang findet, sucht er einen anderen Weg, seine Lehren („göttlichen Eingebungen") durchzusetzen. Steiner und FreundInnen gründen eine Schule der anthroposophischen Bewegung, die Freie Waldorfschule. In der Silvesternacht 1923 brennt das hölzerne Goetheanum ab und die alte Anthroposophische Gesellschaft findet ihr Ende. Ein Jahr später gründet Steiner selbst die Anthroposophische Gesellschaft neu und lässt ein zweites Goetheanum aus Beton bauen. Dieses wird Sitz der „Freien Hochschule für Geisteswissenschaft", die moderne Form der altertümlichen Mysterienschulen. 1924 erkrankt Steiner an Magenkrebs, hält aber weiterhin Vorträge und verfasst Manuskripte. Er stirbt am 30. März 1925. In der NS-Zeit wird die Anthroposophische Gesellschaft verboten, obwohl die Anthroposophie in vielen Punkten der NS-Ideologie ähnelt. Eine Veränderung der grundlegenden Lehre der Waldorfschulen und -pädagogik ist seither nicht eingetreten. So berufen sich auch Arbeiten zur heutigen Praxis der Schulen stets auf Steiner. Er gilt als Inkarnation okkulten Wissens und niemand hat je seine Stufe der anthroposophischen Erkenntnis erreicht. Steiner ist das „Evangelium", er ist noch immer der Inspirator und Gesetzgeber der Schule.

(K)eine gute Alternative

Waldorfpädagogik – Hübsche Fassaden mit Nichtecken

Waldorfschulen und die Waldorfpädagogik sind vielen als Alternative zu staatlichen Schulen bekannt. Waldorfschulen sind begehrt und beliebt. Doch welche Ziele verfolgte ihr Begründer Rudolf Steiner, als er 1919 für die Kinder der ArbeiterInnen der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik die erste Waldorfschule gründete?

Waldorfschulen eilt der Ruf voraus, dass dort angstfrei und in Freiheit gelernt wird. Es gibt keine Noten und kein Sitzenbleiben, es werden die Talente gefördert, die jedes Kind mitbringt. Das Image besagt, dass die Schulen offen und nicht nur an Wissensvermittlung orientiert sind. Die Lehre ist musisch-künstlerisch ausgerichtet, das Kind wird nicht als bloßes Objekt der Inhaltsvermittlung betrachtet, sondern als Subjekt eines Reifungsprozesses und selbst die Architektur erscheint pädagogisch durchdacht. So ist auch im *Leitbild der deutschen Waldorfschulen* zunächst von Respekt vor der Würde des Kindes und Wertschätzung menschlicher und kultureller Vielfalt zu lesen, als Grundlage für die gesunde, individuelle Entwicklung der SchülerInnen. Der Bund der Freien Waldorfschulen erläutert in 21 Fragen die Grundzüge von Waldorfschulen und Waldorfpädagogik. Dort steht, dass intellektuelle, kreative, künstlerische, praktische und soziale Fähigkeiten gleichermaßen entwickelt werden sollen. Deshalb lernen WaldorfschülerInnen von Beginn an zwei Fremdsprachen, stricken, nähen und schneidern in Handarbeit und sägen, hämmern und feilen gemeinsam im Werkunterricht. In Klasse 8 und 12 wird ein anspruchsvolles Theaterstück einstudiert und in einer Jahresarbeit ein Thema in Theorie und Praxis behandelt. Hinzu kommen ausgiebige Praktika und spezielle Fächer wie Eurythmie und Formenzeichnen.

Schöne Worte und Kritik

Trotz dieser schönen Worte und tollen Angebote gibt es immer wieder Kritik an Waldorfschulen und Waldorfpädagogik. In verschiedenen Büchern und Artikeln werden negative Erfahrungen und Vorkommnisse berichtet. Von offizieller Waldorf-Seite werden diese als „Einzelfälle" behandelt. Ob sie das wirklich sind oder nicht, ist müßig zu diskutieren. Stattdessen das Waldorfsystem als Ganzes zu betrachten, hinter die Fassade zu blicken, das ist nötig.

Was also macht die Waldorfpädagogik aus, was sind ihre Grundlagen? Auch hier lohnt ein Blick in das Leitbild der Waldorfschulen, der erste Punkt gibt nämlich auch darüber Auskunft. Die pädagogischen Impulse Rudolf Steiners bilden die Grundlage und die anthroposophische Menschenkunde und Erziehungskunst sind die Basis. Das spiegelt sich dann in Ablauf und Inhalten der Ausbildungsseminare für Waldorflehrpersonal. Der Tag beginnt mit der Lektüre grundlegender Werke Rudolf Steiners, wie zum Beispiel *Geheimwissenschaft im Umriss* oder *Allgemeine Menschenkunde*. Außerdem wird anthroposophische Didaktik und Methodik gelehrt, sowie spezielle „Waldorf-Fächer" wie Formenzeichnen, Eurythmie, Sprachgestaltung und Bothmer-Gymnastik. Zu den Inhalten gehören ebenfalls Reinkarnation und Karma. Das nach dieser „Einführung in die Anthroposophie" selbige an sich nie Gegenstand des Unterrichts ist, wie vom Bund der Freien Waldorfschulen betont wird, mag stimmen. Aber sie wirkt durch Methodik und Didaktik, ganz im Sinne ihres Erfinders Rudolf Steiner. Der meinte, dass Anthroposophie nicht vermittelt, sondern nur vorgelebt werden kann. Ein Grund mehr zu fragen, wer Rudolf Steiner war und genau hinzusehen, was es mit der anthroposophischen Menschenkunde auf sich hat.

Autor: Wladyslaw, CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons

Das Goetheanum von Süden



Quelle: wikipedia / gemeinfrei

Rudolf Steiner um 1905

Anthroposophische Menschenkunde

Ein guter Waldorflehrer müsse gar nicht unbedingt über ausgeprägtes Fachwissen verfügen, so Georg Hartmann, ein Anthroposoph und Steinerkenner. Stattdessen soll er (oder sie) ein guter Anthroposoph sein, in der Temperamentenlehre bewandert sein, mit der psychologisch-physiognomischen Menschenkunde vertraut sein und das karmisch-medizinische Nachschlagewerk zur Hand haben. Psychologisch-physiognomisch heißt: Man kann vom Äußeren des Menschen auf seinen Charakter schließen. Ein ausgeprägter Hinterkopf deutet etwa auf ein starkes Triebleben hin und kann ein Hinweis auf einen zu kleinen Gehirnlappen sein. Diese Menschen haben nach Steiner eine Veranlagung, zum Mörder/zur Mörderin zu werden. Doch wenn die ErzieherInnen davon wissen, können sie das verhindern. Karmisch-medizinisch bedeutet, dass sich alle auftretenden Krankheiten auf schlechte Taten in einem der Vorleben zurückführen lassen. Wer es schafft, bei sich alle schlechten Neigungen „auszumerzen", bereitet für sich einen guten kräftigen Körper für das nächste Leben vor. Vorsicht ist auch bei einem triebhaft ausgebildeten Erwerbssinn geboten. Der zeigt sich im nächsten Leben als Veranlagung zu Infekten. Und wer zu viel arbeitet, wird im nächsten Leben LinkshänderIn sein. Ob SchülerInnen Schreib- oder Rechenschwierigkeiten haben werden, erkennen ein gute LehrerInnen bereits an deren Gebiss. Und die Kopfgröße eines Menschen ist nicht etwa erblich bedingt, sondern liegt in der Verantwortung der Mutter. Wenn diese sich während der Schwangerschaft scheußlich langweilt, wird ihr Kind vermutlich einen Wasserkopf bekommen. Mulatten gibt es laut Steiner, wenn sie während der Schwangerschaft „Neger-Romane" liest. Wer schöne Kinder will, muss schöngeistige Literatur lesen. Welches Temperament das Kind hat, erkennen die LehrerInnen bereits am Gang, der Physiognomie (Gestalt) oder der Augenfarbe. Helfen können bei der Temperamentbestimmung auch die astrologischen Tierkreiszeichen. Weil die zu starke Ausprägung eines Temperamentes ungünstig ist, sollen die LehrerInnen durch die richtige Sitzordnung für Harmonisierung sorgen. Selbst durch einen „temperamentvollen" Rechenunterricht sollen die SchülerInnen einen moralischen Schliff erhalten. Damit die Erziehung gelingt, muss natürlich das Elternhaus mitwirken und bekommt dafür entsprechende Richtlinien. Da wird dann die Farbe der Kleidung, die Zusammensetzung des Mittagessens und das zu erlernende Musikinstrument empfohlen. Ziel dieses Aufwandes ist ein genormtes Seelenleben und -verhalten. Spätestens hier stellt sich die Frage, wie weit her es mit Freiheit und individueller Entwicklung der Kinder ist.

Wer noch weitere Denkanstöße braucht, kann bei Steiner nachlesen, welchen Einfluss das Rechnen auf die Moral, die Gesundheit oder die Verhinderung des Bolschewismus in Europa hat. Das solch merkwürdige Methoden, wenn sie offenkundig werden, durchaus zu Problemen mit SchülerInnen und Eltern führen können, schien Steiner durchaus bewusst.

> ***Rudolf Steiner: „Wie wandeln wir dasjenige, was den Kindern zunächst unsympathisch sein muss in Sympathie um?" Die große Frage der Erziehung***

Fazit

Waldorfpädagogik und Waldorfschule sind feste und zentrale Bestandteile der Anthroposophie Rudolf Steiners. Diese stellt ein umfassendes System dar, das mit Demeter-Landwirtschaft, anthroposophischer Medizin und Christengemeinschaft in weitere Lebensbereiche ragt. Unwidersprochene Grundlage aller Ausrichtungen sind Lehre und „Erkenntnis" Rudolf Steiners, die mit mystischen, okkulten und esoterischen Elementen und Hintergründen angefüllt sind. Inwieweit sich darin auch noch rassistische Ideen finden lassen, kann hier nicht dargestellt werden. Dafür sei auf die umfassende Verfügbarkeit Steinerscher Schriften im Internet verwiesen. Aber Vorsicht, da wartet keine leichte Kost, genauso wenig wie die Waldorfpädagogik eine gute Alternative zu herkömmlichen Kindergärten oder Schulen ist. Vielmehr sei davor gewarnt, denn die schicke Fassade verbirgt recht gut einen altertümlichen, autoritären und fragwürdigen Kern.

Uwe Flurschütz

Viele Texte Rudolf Steiners finden sich mittlerweile im Internet, z. B. im Rudolf Steiner Online Archiv (anthroposophie.byu.edu/) oder als Link im AnthroWiki (anthrowiki.at/Rudolf_Steiner_Gesamtausgabe).

An kritischer Literatur gibt es u.a. das Schwarzbuch Anthroposophie von Guido und Michael Grandt, den Bericht aus einem Waldorfseminar von Christine Treiber in der Zeitschrift Päd. Forum Nr. 6, Ausgabe 12/97, Aus der Waldorfschule geplaudert von S.-Ch. Jacob und D. Drewes oder von Peter Bierl Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister.

Kein Ende von Befristungen in der Wissenschaft in Sicht

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) auf dem Prüfstand

Bereits in der *DA*-Ausgabe 228 berichteten wir ausführlich über die Befristungspraxis von wissenschaftlichem und künstlerischem Personal. Über 80% der WissenschaftlerInnen haben befristete Verträge, zumeist mit extrem kurzen Laufzeiten von unter einem Jahr. Denn hier gelten nicht nur die allgemeinen arbeitsrechtlichen Grundlagen sondern es greift das WissZeitVG. Selbst die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka scheint erkannt zu haben, dass die Forschungseinrichtungen das WissZeitVG schamlos ausnutzen. Daher soll das Gesetz novelliert werden. Doch welchen Nutzen hat das für die Betroffenen tatsächlich?

Großzügigere Befristungsmöglichkeiten für Hochschulen

Normalerweise ist nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) eine Befristung ohne sachliche Gründe nur für bis zu zwei Jahre möglich. Innerhalb dieser Höchstdauer kann der Arbeitsvertrag maximal drei Mal verlängert werden. Das WissZeitVG bietet weitaus großzügigere Befristungsmöglichkeiten, von denen „normale" Arbeitgeber nur träumen können. Denn laut WissZeitVG sind für nicht promovierte WissenschaftlerInnen sachgrundlose Befristungen für bis zu sechs Jahre und nach einer Promotion nochmals sechs (beziehungsweise neun Jahre in der Medizin) möglich. Wird die Promotion vor Ablauf dieser sechs Jahre abgeschlossen, kann die Befristungsdauer in der Postdoc-Phase sogar noch um den eingesparten Zeitraum verlängert werden. Durch den Befristungsbestand „Drittmittelfinanzierung" wurde den Hochschulen und Forschungseinrichtungen außerdem ein rechtssicheres Mittel in die Hand gegeben, um WissenschaftlerInnen in endlosen Kettenverträgen zu beschäftigen. Der Befristungsgrund Drittmittelfinanzierung ist bisher auch auf nichtwissenschaftliches oder künstlerisches Personal anwendbar. Die rechtlichen Möglichkeiten wurden durch die Arbeitgeberseite (Hochschulen und Forschungseinrichtungen) reichlich ausgeschöpft, so dass laut Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes 83% (auf drittmittelfinanzierten Stellen sogar 97%) der betroffenen WissenschaftlerInnen mit befristeten Verträgen arbeiten. Fast die Hälfte der befristeten beschäftigten Wissenschaftler arbeitet drittmittelfinanziert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesbildungsministerin wollen dem nun mit einer Änderung des WissZeitVG entgegentreten und „...jungen Forschern und Wissenschaftlern verlässlichere und planbarere Karrierewege eröffnen...". Die Bundesregierung, federführend das BMBF, hat dem Bundesrat am 4. September 2015 einen ersten Entwurf zur Änderung des WissZeitVG vorgelegt.

Neues im WissZeitVG

Der Gesetzesentwurf sieht vor, die sechsjährige Befristungsphase für nicht promovierte Wissenschaftler an ein Qualifizierungsziel zu koppeln. § 2 (1) WissZeitVG lautet dann „Die Befristung... des...genannten Personals, das nicht promoviert ist, ist bis zu einer Dauer von sechs Jahren zulässig, wenn die befristete Beschäftigung zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung erfolgt." Nach der Promotion soll dann nochmal eine Befristung von sechs bzw. neun (Medizin) Jahren zur eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung möglich sein. Laut BMBF soll auch künftig das WissZeitVG kein formales Qualifizierungsziel (Promotion) vorgeben[1]. Somit reicht auch der Erwerb von wissenschaftlicher Kompetenz oder das Sammeln von Erfahrung im Projektmanagement im wissenschaftlichen Bereich zur eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung aus. Das Gesetz ist somit auch nach der Änderung sehr dehnbar und quasi auf jeden wissenschaftlichen Mitarbeiter anwendbar. Die Arbeitgeberseite wird es freuen, dass sie ihre gewünschte Flexibilität beibehalten; die Gesetzesänderung wird an diesem Punkt wohl kaum zu weniger Befristungen führen. Die Drittmittelfinanzierung bleibt weiterhin ein Befristungsgrund, allerdings wird nach der Gesetzesänderung festgeschrieben, dass die Befristungsdauer der Mittelbewilligung entsprechen soll. Außerdem wird nach der Gesetzesänderung der Befristungsgrund Drittmittelfinanzierung auf nichtwissenschaftliches oder nichtkünstlerisches Personal nicht mehr anwendbar sein. Zu nichtwissenschaftlichem oder nichtkünstlerischem Personal gehören bspw. technische Angestellte, LaborantInnen oder MitarbeiterInnen im Projektmanagement. Für diese Personengruppe bringt die Gesetzesänderung tatsächlich einen Vorteil, denn für sie gilt dann nicht mehr das wissenschaftsspezifische Sonderbefristungsrecht, sondern das TzBfG.

Für die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen wird es hingegen kaum einen Unterschied bedeuten, ob die Befristung an die Mittelbewilligung gekoppelt ist oder nicht. Durch diese Kopplung wird bei drittmittelfinanzierten Kettenverträgen bestenfalls das Kettenglied verlängert, los wird man sie dadurch nicht. Gerade bei mehrjährigen Projekten werden die Mittel zudem meist aufgeteilt und auch nur jahresweise oder nach Projektmeilensteinen bewilligt, so dass sich die einzelnen befristeten Verträge dadurch nicht zwangsweise verlängern. Der Gesetzesentwurf sieht außerdem die Einführung eines neuen § 6 „Wissenschaftliche und künstlerische Hilfstätigkeiten" vor. Hier wird festgeschrieben, dass befristete Arbeitsverträge mit Studierenden zu Hilfstätigkeiten bis zu einer Dauer von insgesamt vier Jahren möglich sind. Diese zählen nicht zu den befristeten Tätigkeiten im Sinne von § 2 wie oben beschrieben. Mit dem § 6 sollen befristete Arbeitsverträge mit Studierenden auf eine klare Grundlage gestellt werden. Laut BMBF stellt das WissZeitVG dann darauf ab, „dass Beschäftigungszeiten vor dem Abschluss des Studiums nicht auf den Befristungsrahmen angerechnet werden."[1] Im Umkehrschluss heißt das für wissenschaftliche MitarbeiterInnen, die nicht promovieren wollen aber auch, dass sie sich befristete Arbeitsverträge während des Studiums nicht auf den Befristungszeitraum anrechnen lassen können um schneller auf eine Entfristung zu hoffen. Masterstudierende, die noch vor ihrem Abschluss eine Promotion planen, könnten sich dadurch außerdem gezwungen fühlen, eher eine schlechter bezahlte Hilfstätigkeit, die nicht auf den Befristungsrahmen angerechnet wird, anzunehmen als eine Stelle als wissenschaftlicheR MitarbeiterIn, wenn sie den Befristungsrahmen von sechs Jahren voll ausschöpfen wollen. Demnach sollte der § 6 zumindest nicht ausschließlich für Hilfstätigkeiten gelten. Weiterhin soll es durch die Gesetzesänderung möglich sein, den Befristungsrahmen nach §2 (1) (6+6 bzw. 6+9 Jahre) im größeren Ausmaß wie bisher durch Kinderbetreuung, Behinderung oder chronischer Erkrankung zu verlängern.


Grafik: DA

Laut Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes haben nur 17% aller wissenschaftlichen Mitarbeiter haben in Deutschland unbefristete Verträge.

Keine Reform, sondern ein Reförmchen

Die Gesetzesänderung des WissZeitVG bringt keine Reform wie sie sich viele WissenschaftlerInnen vielleicht erhofft haben sondern allenfalls ein Reförmchen. Laut BMBF stellen die Sonderregelungen im WissZeitVG zur Befristung in der Qualifizierungsphase oder in drittmittelfinanzierten Projekten ja auch „geeignete und überwiegend belastbare Instrumente dar, um befristete Beschäftigungsverhältnisse mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingehen zu können" und mit der Novellierung sollen ja insbesondere nur „unsachgemäße *Kurz*befristungen im Anwendungsbereich des WissZeitVG unterbunden werden."[1] Langjährige Befristung von 12-15 Jahren oder endlose Kettenverträge durch Drittmittelfinanzierung gehören also noch lange nicht der Vergangenheit an. Einzig der Gang zum Arbeitsamt, um sich pro forma arbeitslos zu melden, wird eventuell seltener werden, weil sich die Vertragslaufzeiten der einzelnen Kettenverträge vielleicht verlängern werden. Eine wirkliche Verbesserung, beispielsweise eine Mindestquote für unbefristetes Personal an Hochschulen, eine Verknüpfung der Befristungsphase an ein definiertes Qualifizierungsziel (Promotion) oder die Verknüpfung von wissenschaftlichen Daueraufgaben an unbefristete Arbeitsverhältnisse bringt die Gesetzesänderung des WissZeitVG leider nicht. Wo sind denn nun die verlässlichen und planbaren Karrierewege für WissenschaftlerInnen, Frau Wanka?

Saša Rebew

Anmerkungen

[1] Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, dem Bundesrat vorgelegt am 04.09.15 Drucksache 395/15, www.bmbf.de/files/1aendWissZeitVG_-_BR-Drs_395.15.pdf

Offener Brief von WissenschaftlerInnen an Bildungsministerin Johanna Wanka, Debatte zur Novellierung des WissZeitVG und Hintergrundinformation unter: www.openpetition.de/petition/online/perspektive-statt-befristung-fuer-mehr-feste-arbeitsplaetze-im-wissenschaftsbereich

§§§-Dschungel

Stellensuche: Welche Hilfen gibt es durch die Ämter und wie bekomme ich sie?

1. Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine (AVGS)

Unter den Oberbegriff *Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine*, kurz AVGS, fallen drei verschiedene Gutscheine. Zunächst gibt es den AVGS *Maßnahmen bei einem Träger* (AVGS MAT). Hiermit kann zum Beispiel ein Coaching oder die Existenzgründungsberatung gefördert werden. Ein weiterer ist der klassische Vermittlungsgutschein *Maßnahme private Arbeitsvermittlung* (AVGS MPAV). Damit können unbegrenzt private Arbeitsvermittler mit der Stellensuche beauftragt werden. Nur der private Vermittler, der erfolgreich vermittelt hat, „gewinnt" den Original-Gutschein und rechnet ihn beim Amt ab. Hier gibt es klare Regeln im Gesetz, außerdem unterliegen die Unternehmen seit 2013 einem strengen Qualitätssicherungssystem.

Der dritte Gutschein ist für eine *Maßnahme bei einem Arbeitgeber* (AVGS MAG), früher auch Trainingsmaßnahme genannt. In einer solchen kann man seine Kenntnisse auffrischen und sich ausprobieren. Beachtet werden sollte dabei, dass man nicht kostenlos „verheizt" wird. Dazu sind Zielvorgaben auch mit dem Arbeitgeber festzulegen.

➲ § 45 SGB III, §§ 296 ff. SGB III

➲ Alle *Handlungsempfehlungen/Geschäftsanweisungen* (HEGA) der Bundesagentur für Arbeit: HEGA für die Arbeitsagenturen, „Fachliche Hinweise" für die Jobcenter unter www.arbeitsagentur.de → Veröffentlichungen → Weisungen → Arbeitsmarkt und Integration.

2. Vermittlungsbudget

Hier geht es um die Förderung der Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, auch in der EU. Bei dem *Vermittlungsbudget* handelt sich um reine Ermessensleistungen. (Ermessen heißt nachvollziehbar abwägen, nicht Willkür.) Achtung: Bei Ausbildungssuchenden und Arbeitslosen muss seit dem 20.02.2015 die Eigenleistungsfähigkeit nicht mehr geprüft werden!

Die Förderung aus dem Vermittlungsbudget kann als Zuschuss oder Darlehen gewährt werden. Einen abschließenden Katalog darüber, was bezuschusst werden kann, gibt es nicht. Möglich sind: Führerschein, Arbeitsschutzkleidung, Bewerbungskosten, Fahrt- und Übernachtungskosten zu Messen und zu Vorstellungsgesprächen – hier auch Kosten für Friseur und Kosmetik zur Arbeitsaufnahme, Umzugsbeihilfe, Fahrtkosten zum Arbeitsort, PKW-Reparatur oder -anschaffung, Zuschuss für eine Zweitwohnung, Zuschuss für den Wohnungsmakler, Darlehen für die Mietkaution u.v.a.m.

Wichtig ist, stets vorher den Zuschuss oder das Darlehen zu beantragen.

➲ § 44 SGB III

➲ Aktenzeichen der Anweisung der BA vom 20.02.2015: AV13 – 5611 / 6552 / 6450

3. Eingliederungszuschuss (EGZ)

Der *Eingliederungszuschuss* (EGZ) soll dazu dienen, den Schulungs- und Kontrollbedarf zum Abbau von Minderleistungen beim Arbeitgeber zu kompensieren (besonders hoher Aufwand bei der Einarbeitung). Mit dem EGZ kann der Arbeitgeber bis zu 12 Monate lang bis zu 50 Prozent des Arbeitgeberbruttos (Netto, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil der Lohnnebenkosten) als Zuschuss erhalten. Für ältere und behinderte Menschen kann der Leistungsumfang erweitert werden. Hilfreich kann hier ein vorab vom Amt ausgestellter *Förderscheck* sein, der dem Arbeitgeber eine erste Orientierung gibt. Es handelt sich um eine Ermessensentscheidung. Den Antrag stellt der Arbeitgeber vor der Arbeitsaufnahme.

➲ §§ 88 - 92 SGB III

4. Bildungsgutschein

Wie der Name schon sagt, soll mit dem *Bildungsgutschein* die berufliche Bildung gefördert werden. Darunter fallen neben Umschulungen, Fort- und Weiterbildung auch Bewerbungstrainingsmaßnahmen – meist in der Gruppe.

➲ § 81 SGB III

5. Förderung für Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz IV)

Die oben genannten Fördermaßnahmen stehen im SGB III. Sie gelten jedoch auch für Hartz IV-EmpfängerInnen.

➲ § 16 SGB II

6. Förderung von Rehabilitanden

Häufig verweigern die Arbeitsagenturen und Jobcenter die Leistungen zur Arbeitsförderung bei Rehabilitanden mit der Begründung, es läge ein „Leistungsverbot" aus § 22 SGB III vor, weil zum Beispiel die Berufsgenossenschaft zuständig sei. Dieses „Leistungsverbot" greift aber nur, wenn ein anderer Träger zu der entsprechenden Leistung gesetzlich verpflichtet ist. Die Rententräger sind für eine leidensgerechte Ausgestaltung des Arbeitsplatzes sowie für Umschulungen ihrer KlientInnen gesetzlich verpflichtet. Diese Verpflichtung betrifft aber nicht die aktive Arbeitsförderung. So ist im § 45 SGB III auch ausdrücklich ein höherer Betrag für behinderte Arbeitssuchende im Vermittlungsgutschein vorgesehen. Bei einer Ablehnung aufgrund des Leistungsverbotes sollte der Widerspruchs- und Klageweg bestritten werden.

zusammengestellt von Dipl.-Jur. Thomas Krug, Leipzig

Anmerkungen:

[1] Die FDP sprach sich in Bielefeld ausdrücklich gegen die Primusschule aus, *Neue Westfälische* 20.03.2014)
[2] Nach Reinhard Stähling: *„Du gehörst zu uns". Inklusive Grundschule* 2011, S. 4
[3] In: Sylvia Löhrmann: Auf dem Weg zur Inklusion, in: *Schule NRW* 03/11
[4] Reinhard Stähling: *„Du gehörst zu uns". Inklusive Grundschule*, 2011, S. 5
[5] „Inklusionsklassen werden nicht automatisch kleiner", *Neue Westfälische*, 01.02.2014
[6] Beispielsweise vor der Sitzung des Schulausschusses in Bielefeld, siehe *Neue Westfälische* vom 19.03.2014

Meldungen aus der FAU

Halle: Minijobber bekommt Recht gegenüber Bowlingcenter

Mit Unterstützung der FAU Halle hatte ein Minijobber offenes Urlaubsentgelt und die Begleichung unbezahlter sowie vorenthaltener Arbeitszeit gegenüber des „Bowling Star Halle" eingefordert (vgl. *DA* 231). Nachdem die Geschäftsführung dies zurückwies, musste der Konflikt vor Gericht verhandelt werden. Der Richter machte klar, dass der Kollege in jedem der in der Klage angeführten Punkte Recht hat. Die Anwältin des Bowlingcenters hingegen erkannte zwar die Forderungen nach Urlaubsentgelt an, reagierte aber ansonsten mit haltlosen Beschuldigungen und einschüchternden Drohungen. In einem letztlich guten Vergleich beider Seiten konnte die ehemalige Aushilfskraft schließlich ihr Recht durchsetzen.

Freiburg: Solidarität statt Asylrechtsverschärfung!

Rund 1.500 Menschen demonstrierten am 17. Oktober unter dem Motto „Niemand flieht ohne Grund!" gegen die drastischen Einschränkungen des Asylrechts. Ein Redner der FAU machte deutlich: An Flüchtlingen wird zuerst ausprobiert, was die Gesellschaft toleriert, um dies dann auf weitere Bevölkerungsgruppen wie etwa Langzeiterwerbslosen anzuwenden. Das neue „Asyl-Gesetz" steht unter dem Motto: „Wer nicht geht, wird ausgehungert" (Abschiebung) und wer nützlich ist darf bleiben. Die Hartz-Gesetze waren begleitet vom Schlagwort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" (Arbeitszwang), so der damalige Wirtschaftsminister Müntefering.

Berlin: Basisgewerkschaft gegen Lohnbetrug am Alex

Die FAU Berlin tat am 24. Oktober ihren Protest vor dem Restaurant „Cancún" am Alexanderplatz, unweit des Fernsehturms kund. Der Anlass für die Proteste sind grobe Unstimmigkeiten in den Lohnabrechnungen eines ehemaligen Beschäftigten sowie dessen nicht entschädigter Urlaubsanspruch. Dieser hatte im „Cancún" seit Oktober 2014 als Barmann gearbeitet, bevor er im Juli 2015 wegen andauernder Unregelmäßigkeiten und mangelnder Fairness im Umgang mit den Beschäftigten kündigte. Nach lautstarkem Protest („Kein Lohn, keine Ruhe!") kam es nach einer Stunde schließlich zu Verhandlungen und ein Großteil des geforderten Geldes konnte eingetrieben werden.

München: Sektion Gesundheits- und Sozialberufe gegründet

Auf Grund der Erfahrungen mit dem Klinikkonzern Helios sind Akteure der FAU München zu dem Entschluss gekommen, sich breiter aufzustellen. Im Oktober gründeten sie die Sektion Gesundheits- und Sozialberufe. In der Sektion sind auch andere Betriebe vertreten, wie ambulante Pflegedienste oder Caritas.

Inklusion bleibt so Illusion

Wird es eine „Schule für alle" geben?

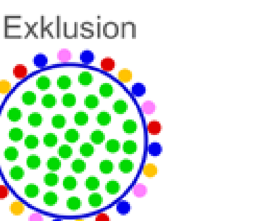
Inklusion – was ist das wieder für ein merkwürdiger Begriff, wird sich mancheR fragen. Der Begriff tauchte schon vor einiger Zeit in der bildungspolitischen Diskussion auf. Das rot-grün regierte Bundesland NRW ernannte die Inklusion 2010 zu einer ihrer herausragenden Aufgaben. Inklusion soll heißen, dass ab dem Schuljahr 2014/15 in NRW auch die SchülerInnen, die früher größtenteils auf einer „Förderschule" landeten, in der Regelschule unterrichtet werden. Erfunden wurde der Begriff, nachdem die Bundesregierung die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2006 mit verabschiedete, die der Bundestag im März 2009 unterschrieb.

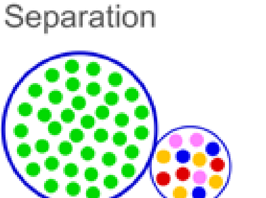
International steht die BRD seit Jahren in der Kritik, da ihre Bildungssysteme soziale Ungleichheit herstellen und einmauern, was der FDP beispielsweise ganz recht ist, spricht sie sich doch immer wieder gegen Neuerungen im Bildungssystem aus.[1] Nirgends in vergleichbaren europäischen Ländern gibt es so viel SchülerInnen ohne Schulabschluss und der Kennzeichnung als „lernbehindertes" Kind wie in Deutschland.[2]

NRW- Schulministerin Löhrmann lehnte es ausdrücklich ab, diese unsägliche Tradition im deutschen Bildungssystem zu thematisieren. Von ihr wurde jedoch als Ziel von Inklusion ausgegeben, dass der Förderort die Regelschule wird, die Eltern aber wählen können, ob sie ihre Kinder hier hin oder zu einer besonderen Förderschule schicken. Die Gedankenwelt des selektiven Schulsystems ist anscheinend von der grünen Schulministerin nicht aufgegeben worden, nur der äußere Ort wird in die „normale" Schule verlegt, die Kennzeichnung als „behindert" mit staatlich festgestelltem und verordnetem Förderbedarf bleibt.

Weiterhin behauptet Frau Löhrmann: „Es ist schon ein großer Schritt, dass ein auf den ersten Blick rein pädagogisch erscheinendes Thema in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird."[3]. Frau Löhrmann leidet wie viele PolitikerInnen unter „selektiver Wahrnehmungsstörung", wird das Thema „Inklusion" doch seit mehreren Jahrzehnten u. a. in den Bereichen Gesundheit, Psychiatrie, ältere Menschen und Migranten angegangen. Schon mal davon gehört?

Und was gibt es da eigentlich zu diskutieren? Teilnahme an einem gemeinsamen Unterricht ist Menschenrecht wie Presse- und Meinungsfreiheit, darüber gibt es nichts zu diskutieren. Wie man die Schritte vollzieht, mit welcher Unterstützung und welche Bedeutsamkeit dem gegeben wird – das sind doch eher die Kriterien, nach denen sich Diskussionen über Inklusion richten sollte. Oder wie der Schulleiter der Grundschule Berg Fidel in Münster, Reinhard Stähling formuliert: „Die neuen ‚inklusiven' Konzepte erweitern den Blickwinkel: Sie nehmen die Rechte der Kinder ernst und schließen **alle** Kinder in ihre Bildungs- und Betreuungsbemühungen ein. Sie gehen zugleich von einer Gleichwertigkeit aller Menschen aus ..."[4], wie im Art. 2 des Grundgesetzes festgelegt.





Quelle: cafe-leichtsinn.de/projekt-inklusion

Selektion als gängige Praxis

Bis heute werden sogenannte Förderkinder entdeckt, gekennzeichnet, aussortiert und in eigenen, sogenannten Förderschulen (früher: Sonderschulen) unterrichtet. SchülerInnen, die nicht über entsprechend bewertete kognitive Fähigkeiten und Anpassungsstrukturen verfügen, werden ausgegrenzt, landeten immer auch wieder in Förderschulen. Hier spricht der Geist des deutschen Bildungssystems, der auf Selektion und Segregation (lat. = Absonderung, Abtrennung) beruht. Nicht die Schule bzw. die LehrerInnen sollen in der Lage sein, sich den SchülerInnen anzupassen, nein umgekehrt: Nach wie vor werden die SchülerInnen in die normativen Ziele und Verhaltensanforderungen des Systems Schule zu pressen versucht. Das System Schule ist hier offenbar noch in seinen rassistischen und menschenverachtenden Traditionen verhaftet, und entspricht nicht einer egalitären und demokratischen Vorstellung von Gesellschaft.

Die Situation in den Schulen

Soweit zum theoretischen und politischen Hintergrund, kommen wir zum Ort des Geschehens. Wagen wir einen Blick in die Schulen und Klassenräume.

Dort müssen wir feststellen, dass es immer noch Klassen gibt, in denen 30 SchülerInnen und mehr auf Stühlen festsitzen, über mehrere Etagen im Gebäude verteilt. Ein Rollifahrer kommt oft gar nicht in die oberen Stockwerke, da selten Aufzüge und auch kein Geld zu ihrem Einbau in den Kommunen vorhanden sind. Menschen, die schlechter sehen und hören können, werden umgerannt, bekommen große Schwierigkeiten im dem Chaos sich zu orientieren. An Lernen ist da weniger zu denken. Andere Menschen, die kreativer, langsamer, „chaotischer", eigener Denken, passen nach wie vor nicht ins System. „Inklusionsklassen werden nicht automatisch kleiner", titelte die Bielefelder NW im Februar 2014.[5] Kleinere Klassen würden mehr LehrerInnen und mehr Räume an einer Schule erfordern, mehr Zeit und Raum für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellen, die mehr Platz brauchen, leise Räume, keine Hektik, kreative Atmosphären, soziale Kontakte usw. Dafür wollen Land und Kommunen aber kein Geld zur Verfügung stellen. Die konkreten Pläne zur Umsetzung brachten Eltern auf die Straße, die gegen die Art und Weise der Einführung demonstrierten.[6]

Selbstverständlich Inklusion – aber richtig!

Richtig wäre, wenn in den Schulen Folgendes umgesetzt würde:

- kleinere, der Situation angemessene Klassen, nicht 30 oder mehr SchülerInnen
- Unterschiede und Vielfalt in einer Schulklasse werden als Bereicherung und nicht als Störung wahrgenommen
- alle Kinder können wohnortnah auf die Schule ihrer Wahl gehen
- alle Kinder können individuell gemäß ihrer Interessen und Fähigkeiten in altersgemischten selbst gewählten Gruppen lernen
- keine Kennzeichnung als „behindertes" Kind, die Schulen stellen ihre eignen Stellenpläne auf

Inklusion setzt ebenfalls eine gemeinsame Arbeit von den derzeit in den Schulen beschäftigten LehrerInnen mit Sonderpädagogen, Sozialarbeitern oder PsychologInnen voraus, die berufsübergreifend nach systemischen Ansätzen in Teams zusammenarbeiten und für die Kinder gemeinsam verantwortlich sind. Diese zu bildende Teams benötigen Zeit und Raum im Schulalltag, um ihre Arbeit zu planen, zu besprechen und zu reflektieren. Zeit und Raum, der von der Landesregierung auch hier nicht zur Verfügung gestellt wird.

Aktuell ist Ziel von Inklusion nicht eine Überwindung der Ausgrenzung von „Behinderten", sondern es sollen in Zeiten klammer Kassen Kosten gespart werden. Und dies auf dem Rücken der SchülerInnen und LehrerInnen.

Investieren in Inklusion?

Inklusion unter den heutigen Bedingungen verwirklichen zu wollen, sprich mit großen Klassen, wenig Zeit, Räumen und Möglichkeiten, bleibt eine Illusion, wird für mehr Stress und Abwesenheit sorgen. Mal sehen, wie sich das auf den Krankenstand bei SchülerInnen und LehrerInnen auswirken wird.

Inklusive Schule müsste heißen, dass gesamte Schulsystem zu **„einer Schule für alle"** umzubauen! Aber das darf es in NRW nicht geben, da sei die CDU, der Verband der Gymnasiallehrer, die Landesrichter usw. vor, dass dies niemals geschehe. Also wird Frau Löhrmann wohl wissend die Finger davon lassen und es wird weiter reichlich „FördererschülerInnen" und keine wirkliche Inklusion geben.

Dass der Umbau von Schule gehen und wie er gelingen kann, zeigen Beispiele wie das der Primusschule Berg Fidel-Geist in Münster oder der Montessori-Gesamtschule in Borken. Beide liegen übrigens in NRW, Frau Löhrmann!

Andrea Baleta

Doof gebor'n ist keiner...

42 Jahre SFE, 42 Jahre selbstbestimmtes Lernen

„Doof gebor'n ist keiner, doof wird man gemacht" ist einer der großen Erfolgstitel des Berliner Gripstheaters und er findet sich auch als Mottosong im ersten Film über die „Schule für Erwachsenenbildung", kurz SFE genannt, der 1974 an der Berliner Film-und Fernsehakademie produziert wurde. Heute ist der Film Geschichte, aber die SFE gibt es immer noch. Und vor zwei Jahren wurde von Alexander Kleider, einem ehemaligen SFE-Schüler und erfolgreichen Dokumentarfilmer, unter dem Arbeitstitel „Rock 'n' Roll Highschool", ein neues Langzeit-Filmprojekt begonnen. Der Film soll voraussichtlich zur Berlinale 2016 herauskommen und man darf gespannt sein.

Am Anfang war das Chaos

Die Schule ist eine Gründung der Schüler-, Lehrlings- und Studentenbewegung der späten 1960er und frühen 70er Jahre, als Tausende von in der Adenauerzeit sozialisierten jungen Arbeitern und Arbeiterinnen in die Schulen des Zweiten Bildungswegs drängten. Überfüllung und lange Wartezeiten an den staatlichen Kollegs führte zu einem Boom von privaten, oft profitorientierten Bildungseinrichtungen.

Bei Gabbes Lehranstalten Berlin kam es 1972 zu einem Schülerstreik mit Gegenunterricht, nachdem Forderungen nach Mitsprache bei der Unterrichtsgestaltung von der Institutsleitung abgelehnt worden waren. Es kam zu einem Polizeieinsatz und einem Schlichtungsversuch der Senatsverwaltung.

In dieser Zeit entstand die Idee einer eigenen neuen „Schülerschule", die den Prinzipien von Selbstorganisation, Selbstverwaltung, Autonomie, Gemeinnützigkeit und gesellschaftskritischem emanzipatorischen Unterricht folgen sollte: also keine Noten, kein Direktor, Basisdemokratie in Unterricht und Verwaltung.

1973 konnte die senatsanerkannte gemeinnützige SFE e.V. ihre Arbeit aufnehmen. Bis zu 800 eingeschriebene Schülerinnen und Schüler und über 50 Dozenten und Tutoren für die Vorbereitung auf die Mittlere Reife und das Abitur zeigten, dass die Idee einer weitgehenden Umsetzung eigener kreativer Schulkonzepte statt des langen, konfliktreichen Marsches durch die Institutionen richtig und Erfolg versprechend war.

Die Parität zwischen Schülern und Lehrern wurde nach einer Anfangsphase abgeschafft und die einfache Mehrheit aller Schulmitglieder wurde zum basisdemokratischen Prinzip. Kern war die Autonomie der Klasse, Kursen stand man eher skeptisch gegenüber; oberstes Organ wurde die Vollversammlung und eine Vielzahl zugeordneter und untergeordneter Ausschüsse wie der Presseausschuss, der Bauausschuss oder der Fêtenausschuss übernahmen die Alltagsarbeit der Selbstverwaltung. Nach einer ersten wilden Experimentierphase konnte man sich durchringen, festangestellte Büro- und Buchhaltungskräfte einzustellen, um dem allergrößten Chaos Einhalt zu gebieten. Auch eine eigene Lehrer- bzw. Angestelltenkonferenz konnte nach langen bedenkenreichen Debatten eingerichtet werden. Diese Grundkonzeption hat sich im Wesentlichen bis heute erhalten und als erfolgreich erwiesen.

1980, zur Zeit der Häuserkämpfe und beginnenden Hausbesetzerbewegung, entschloss sich die SFE, die bis dahin in einer angemieteten Büroetage residierte, ein eigenes Gebäude zu erwerben. Die Wahl fiel auf ein großes leerstehendes Fabrikgebäude im Zentrum von Kreuzberg, das Stammhaus der renommierten Schriftgießerei Berthold AG, heute das stadtbekannte Alternativzentrum Mehringhof, in dem neben der SFE als größter Einrichtung Projekte des im weitesten Sinne linken und alternativen Spektrums zuhause sind. Eine komplizierte Konstruktion von Gesellschaftern bzw. Eigentümern, Mietern, Mieterrat und Mieterverein gewährleistet das von Anfang an formulierte Konzept der Kapitalneutralisierung. Es soll verhindern, dass einzelne Eigentümer ihren Anteil auf den Markt werfen und damit das ganze Projekt gefährden können.

Worin liegt das Besondere der SFE?

Sie hat sich als private gemeinnützige Schule für Erwachsene mit relativ geringem Schulgeld ohne jegliche staatliche Zuwendung trotz zahlreicher finanzieller und konzeptioneller Krisen bis heute halten können. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler, die sonst keine Alternative im Bildungssystem gefunden hätten, haben hier ihre Mittlere Reife oder Abitur bewerkstelligt und es ist ihnen eine Neuorientierung in ihrer häufig komplizierten Bildungsbiographie gelungen. Unter Umständen hat sich auch ihr politischer und sozialer Werdegang neu ausgerichtet. Neben traditionellen Nutzern des Zweiten Bildungsweges wie FacharbeiterInnen und Berufstätigen kümmert sich die Schule bis heute vor allem um die vom Bildungs- und Berufssystem Vernachlässigten und Verprellten, also Berufs- und Schulabbrecher. Deshalb liegt es nahe, neben der am primären Schulbereich orientierten Vorbereitung auf Abitur und Mittlere Reife auch die sozialen und politischen Lernfelder herauszustellen. Zur Selbstverwaltung gehört das gemeinsame Putzen der Schule, die Organisation der kleinen Kantine in rotierender Klassenverantwortlichkeit, aber auch die Renovierung und Gestaltung der Klassen, Flure und Freiflächen. Die gemeinsame Verantwortung für Finanzen, Außendarstellung, soziale Belange und politische Statements ist ein ideales soziales, politisches und betriebswirtschaftliches Lernfeld. Die regelmäßigen Vollversammlungen, aber auch Ausschussarbeit, Projektwochen und Einführungsveranstaltungen für die neuen Schülerinnen und Schüler sind ein realer Raum des politischen und sozialen Lernens. Diversität und Inklusion spielen darüber hinaus gerade in einer Einrichtung wie der SFE, die sich der Kompensation komplizierter Bildungsbiographien verschrieben hat, eine große Rolle.

Deshalb erinnert wenig an eine herkömmliche Schule, der Unterricht beginnt relativ spät um 9.30 Uhr, jede Klasse sieht anders aus, Schüler bringen ihren Hund mit in den Unterricht, Lehrer und Schüler duzen sich und die Wände sind voll von Graffiti. Der äußere Eindruck ist eher chaotisch, obwohl sich die „innere SFE-Struktur" immer wieder durchsetzt, eine Art prozessorientierter Lernstrategie, die Improvisation und situationsbedingten Entscheidungen einen großen Spielraum gewährt. Soziologen würden von einem „unvollkommenen heterogenen Polysystem" sprechen oder, negativ formuliert, die SFE ist alles andere als ein homogenes Monosystem.

Die Schule ist heute kleiner als in der Hochzeit des Bildungsbooms, neben den klassischen Kollegzweig ist der Zweig für Gymnasialschüler getreten, sodass man in drei bis vier Jahren vom Schüler ohne jeglichen Schulabschluss bis zum Abitur kommen kann. Vieles ist anders geworden, aber ihre Grundstruktur und Kontinuität hat die SFE bewahrt. So heißt es nicht mehr „Doof gebor'n ist keiner" sondern zeitgemäß „Noten nee – SFE" oder „Bildet Banden, bildet Kurse, bildet Euch!"

Klaus Trappmann

Nach innen sozial, nach außen brutal

Der Arbeitskampf bei der Lebenshilfe Frankfurt geht weiter

Bereits in der *DA*-Ausgabe 227 berichteten wir über unseren Arbeitskampf bei der Lebenshilfe Frankfurt. Seitdem ist viel passiert. Im Mai 2015 organisierten wir einen Spaziergang zur Lebenshilfe und weiteren sozialen Trägern, um unseren Forderungen nach einem Tarifvertrag auch für die geringfügig Beschäftigten sowie besseren Arbeitsbedingungen Nachdruck zu verleihen. Gefolgt sind diesem Aufruf zirka 80 Menschen, neben Beschäftigten auch Eltern von KlientInnen, Gewerkschaftsaktive der FAU, von ver.di und der GEW sowie Mitglieder des Frankfurter Netzwerks der Sozialen Arbeit. Zuvor fand ein gut besuchter Informationsabend im Café Kurzschlusz an der Fachhochschule Frankfurt zum Thema „Prekäre Beschäftigung bei sozialen Trägern" am Beispiel unseres Konflikts statt.

Sanktionen der Geschäftsführung und Klage vor dem Arbeitsgericht

Ungefähr zur gleichen Zeit reichten zwei Mitglieder unserer Betriebsgruppe eine Klage vor dem Arbeitsgericht Frankfurt ein. Die Klage richtet sich gegen den unserer Ansicht nach vorliegenden Verstoß gegen das Teilzeit- und Befristungsgesetz bei der Lebenshilfe Frankfurt. Die geringfügig Beschäftigten werden hier gegenüber den übrigen Teil- und Vollzeitbeschäftigten in zahlreichen Punkten diskriminiert, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten. So erhalten sie beispielsweise eine deutlich geringere Vergütung im Unterschied zu den Beschäftigten, die in Anlehnung an den TVöD bezahlt werden, keine Jahressonderzahlung und weniger Urlaub.

Statt sich dem Gerichtsverfahren in fairer Weise zu stellen, versuchte der Vorstand der Lebenshilfe, Liedtke-Bösl, über seinen Anwalt den Antrag der beiden Kläger auf Prozesskostenbeihilfe abweisen zu lassen. Zudem haben beide Mitarbeiter seit diesem Zeitpunkt mit massiven Sanktionen zu kämpfen. Ein Mitarbeiter wurde mittlerweile unter fadenscheinigen Begründungen entlassen. Ihm wurde zu Beginn des Jahres als einziger Person im Bereich der Ambulanten Familienhilfe der Lebenshilfe Frankfurt ein Vertrag vorgelegt, der klientengebunden ist, was bedeutet, dass seine Stunden gekürzt werden können, wenn die vereinbarten Betreuungen wegfallen. Damals wurde dem Mitarbeiter erklärt, dass künftig alle geringfügig Beschäftigten einen klientengebundenen Vertrag bekommen würden. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist jedoch kein weiterer derartiger Vertrag bekannt. Zudem wurde dem Mitarbeiter eine Beschäftigung in der Ferienintensivbetreuung verweigert, obwohl dort händeringend Personal gesucht wurde und Betreuungen ausfallen mussten, weil sie nicht abgedeckt werden konnten. Der andere klagende Mitarbeiter darf seit seiner Klageerhebung keine regulären Betreuungen mehr übernehmen, stattdessen führt er „Dauervertretungen" durch und ist aus seinem Team herausgenommen worden. Die Teams dienen dem Austausch unter KollegInnen, dem Informationsaustausch zwischen den Betreuenden und den Koordinatorinnen und bieten die Möglichkeit zur kollegialen Fallberatung. Hier wird die Arbeit mit den KlientInnen also bewusst deprofessionalisiert, was letztlich die betroffenen KlientInnen und deren Eltern zu spüren bekommen.

Vorsicht: Tarifvertragsfreie Zone!

Da der Vorstand es weiterhin ablehnt, mit der FAU-Betriebsgruppe zu verhandeln und einige gewerkschaftlich aktive KollegInnen stark von Sanktionen betroffen sind, statteten wir unserem Arbeitgeber einen Besuch beim alljährlich stattfindenden „Kelterfest" ab. Dort feiert der Verein sich selbst und lädt Sponsoren, Vertreter aus der Politik, Mitglieder, Eltern und KlientInnen sowie Beschäftigte ein. Auf der mit Sprüchen verzierten Zufahrt zum Gelände war unter anderem das Motto unserer Aktion „Lebenshilfe Frankfurt: Nach außen sozial, nach innen brutal" sowie ein Hinweis „Vorsicht: Tarifvertragsfreie Zone" zu lesen. Das Fest selbst besuchten wir trotz eines Gewitterschauers mit zirka 60 Personen und informierten die Gäste über die andere Seite der Lebenshilfe Frankfurt, die bei diesem Fest natürlich ausgeblendet werden sollte. Obwohl der Geschäftsführer augenblicklich von seinem Hausrecht Gebrauch machte und uns des Geländes verwies, hinderte uns dies nicht daran, zwei Reden zu halten, eine aus unserer eigenen Sicht sowie eine durch eine gewerkschaftsaktive Person des Frankfurter Netzwerks der Sozialen Arbeit. Auf unserer anschließenden Demonstration durch den Frankfurter Stadtteil Bockenheim erhielten wir viel Zuspruch von den über unsere Situation informierten PassantInnen.



Das Kelterfest im September wird lautstark von etwa 70 Gewerkschaftsaktivisten begleitet

Durch die Aktion während des Kelterfests erreichten wir, dass mehrere Zeitungen über unseren Arbeitskampf berichteten. In diesem Zusammenhang soll zudem auf das Verhalten des Vorstands gegenüber der Presse eingegangen werden. Dieser konfrontierte uns mehrfach damit, dass wir falsche Aussagen veröffentlichen würden und es uns gar nicht um eine Tarifauseinandersetzung sondern um den „Umbruch des gesellschaftlichen Systems" ginge. So behauptet der Vorstand in mehreren Artikeln, dass die Beschäftigten bereits nach einem Tarifvertrag bezahlt würden. Richtig ist jedoch, dass dies nur für einen Teil der Beschäftigten gilt und diese nur in Anlehnung an den TVöD bezahlt werden. Die 60-100 geringfügig Beschäftigten in den verschiedenen Bereichen der Lebenshilfe Frankfurt sind davon ausgenommen. Auch der vom Vorstand angegebene Kündigungsgrund für unser Mitglied entbehrt jedweder Grundlage, da er das dort beschriebene Verhalten nie zeigte. Weiterhin versucht der Vorstand, den Konflikt kleinzureden, indem er in einem Schreiben an Mitarbeiter, Mitglieder und die Eltern der Klienten berichtete, dass lediglich fünf bis sechs MitarbeiterInnen an der Aktion teilgenommen hätten. Tatsächlich waren ungefähr 20 KollegInnen anwesend und engagieren sich in der Betriebsgruppe.

Wir werden uns weiterhin für bessere Arbeitsbedingungen bei der Lebenshilfe Frankfurt einsetzen. Wenn ein konstruktives Miteinander verunmöglicht wird und nicht gewünscht ist, muss der dafür nötige Druck eben durch Direkte Aktionen oder den gerichtlichen Weg aufgebaut werden.

Johannes von der Betriebsgruppe der Lebenshilfe Frankfurt

First round of court hearings complete

Update on the lawsuits against Mall of Shame subcontractors

The Mall of Shame saga rumbles on, with court proceedings continuing for another four Romanian workers who were due wages owed during the construction of the Mall of Berlin in 2014. Several of the workers have already had their time in court against the subcontractor Openmallmaster GmbH, and on August 5th, two of our members won a decisive victory. They are now officially owed 1,226 euro and 4,411 euro respectively, a sum calculated to the amount equivalent to the agreed standard wage in the construction sector at the relevant time.



Unfortunately, despite this recent courtroom success, the two following cases resulted in dismissal judgements against the workers. Despite acknowledging that both of them worked on the mall of Berlin construction site, the judges claim that they were unable to see a coherent demonstration that the workers had been working for the subcontractor Openmallmaster GmbH, and as a result the court rejected the claims, a decision FAU Berlin found incomprehensible.

Openmallmaster GmbH continues to deny that the construction workers worked directly for them. On this particular occasion, the subcontractor couldn't deny that Alexander 'Sasha' P. did indeed collaborate with them. The workers have testified that Sasha was one of the responsible persons for briefing the construction workers at the mall. Their counter claim was that Sasha worked for Openmallmaster GmbH only as a translator, and was paid by another company, BV & M Bauvertrieb und Management GmbH.

The court's decision was due to the fact that it was hard to prove which specific subcontractor or sub-subcontractor was responsible for the exploitation of these migrant workers. At the top of this tree of contractors, subcontractors and sub-subcontractors sits Fettchenhauer Controlling & Logistics GmbH (FCL), which went bankrupt shortly after the completion of the mall under the direction of its general manager Andreas Fettchenhauer. Investor Harald Huth, by means of a holding company, has a majority share in FCL. It's a situation the court has referred to as 'complex', but FAU Berlin prefers the terms 'shady' and 'exploitative'.

Despite the setback in these two cases, there was further courtroom success as another two of the workers were judged in favour of by default, due to nobody showing up to defend Openmallmaster GmbH. These workers are now owed 1,789 euro and 4,345 euro respectively. The judge in the case speculated that the defendant's lawyer may have resigned, somewhat ironically, due to lack of payment.

The hearings concerning three wage lawsuits against another subcontractor, Metatec-Fundus GmbH & Co. KG, took place October 28th, the judgements were clearly in favour of the FAU members: In this cases, the court assumed that the respective workers indeed worked for Metatec-Fundus, though this was denied by two representatives of the company. The workers are now owed more than 1,000 euro each.

FAU Berlin is now legally examining how to deal with the two dismissal decisions, and will continue to do all in its power to make responsible the involved parties. The first round is over, but there will most likely be a second.

More information can be found on berlin.fau.org/mall.

Foreigners' Section / FAU Berlin

Zum Weiterlesen:
Ein ausführlicher Überblick über den Arbeitskampf würde den Rahmen sprengen. Informationen hierzu gibt es auf der Seite der Betriebsgruppe: faubetriebsgruppelebenshilfeffm.wordpress.com
Weitere Artikel:
SoZ-Online, Ausgabe Oktober 2015: www.sozonline.de/2015/10/arbeitskampf-bei-der-lebenshilfe
taz-Online vom 02.10.2015: www.taz.de/!t5238329
Frankfurter Neue Presse vom 19.09.2015: www.fnp.de/lokales/frankfurt/Demo-gegen-die-Lebenshilfe;art675,1597411

Anarchistische Perspektiven auf die Wissenschaft

An der Universität Hamburg findet zwischen dem 20. und 22. November die Tagung unter dem Titel „Anarchistische Perspektiven auf die Wissenschaft" statt. Geplant sind an drei Tagen Vorträge, sowie am Samstag eine Workshopphase. Freitag- und Samstagabend wird der Kongress durch ein Konzert ergänzt. Für Verpflegung wird gegen Spende gesorgt sein und es wird am Samstag sowie am Sonntag auch eine Kinderbetreuung geben. Zusätzlich werden einige Buchstände das Programm abrunden. Es werden für den Kongress keine Gebühren erhoben, jedoch wird um eine Anmeldung gebeten, um die Planungssicherheit zu erhöhen. Ferner wird im Rahmen der Anmeldung eine Bettenbörse geboten. Zu den Zielen erklärte John von der Vorbereitungsgruppe: „Bisher sind anarchistische Theorien weing im wissenschaftlichen und universitären Alltag verankert, abgesehen von studentischen, politischen Initiativen und Gruppen. Anarchismus kommt in Seminaren oder in wissenschaftlichen Diskursen häufig nur als historisches Thema vor, wobei es natürlich einige Gegenbeispiele gibt. Der Kongress will deshalb auf dieses Defizit aufmerksam machen und hofft hiermit an der Universität Hamburg, aber auch darüber hinaus, die Beschäftigung mit anarchistischen Theorien an Hochschulen anzustoßen. Im Umkehrschluss will er – selbstverständlich – die theoretische Diskussion in den anarchistischen Bewegung(en) bereichern, ohne dabei eine bestimmte anarchistische Strömung zu bevorzugen." Ebenso soll es darum gehen, inwieweit das System Hochschule/Universität dazu dient die aktuellen Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse zu legitimieren und zu festigen. Dies ist eng mit der Frage nach anarchistischer Pädagogik bzw. Anti-Pädagogik verbunden. Zu den eben genannten Zwecken gab es schon im Vorfeld zwei Abendveranstaltungen, und für die Zeit danach sind zwei weitere projektiert. Diese sollen dazu dienen, dass die Auseinandersetzung mit anarchistischen Theorien im universitären Kontext nicht ein einmaliges Event bleibt, sondern dass eine gewisse Verstetigung eintritt. „Wir freuen uns über zahlreiche Gäste, spannende Diskussionen und laden alle ein zu uns nach Hamburg zu kommen. Für weitere Information und für die Anmeldung schaut auch auf unsere Homepage.", erklärte Esther vom Organisationskomitee. In der Zusammenarbeit mit der Libertären Bibliothek Hamburg, ansässig im Kulturzentrum Schwarze Katze, Einzelpersonen und Gruppen organisiert die Hochschulgruppe Alternative Linke – Fachschaftsbündnis & Regenbogen den Kongress. www1.userblogs.uni-hamburg.de/anarchie

Nicht Staat sondern Selbstverwaltung!

Der aktuelle Krieg um kurdische Selbstbestimmung in der Türkei hat eine lange Geschichte

Dieser Artikel setzt die Beiträge über Rojava in der Direkten Aktion von Dilar Dirik, Marcus Munzlinger und Teoder Webin fort.

Mindestens 102 Menschen starben am 10. Oktober in Ankara während einer Friedensdemonstration der pro-kurdischen Partei HDP (Demokratische Partei der Völker) durch die Bomben zweier Selbstmordattentäter, mehr als 500 wurden zum Teil schwer verletzt. Der Co-Vorsitzende der HDP Demirtas macht Staatspräsident Erdogan und dessen mit Terrorgruppen verbundenen Staat mitverantwortlich.

Bereits vor dem verheerenden Anschlag demonstrierten diesen Herbst hunderttausende Kurd*innen in Europa für Frieden, doch die schweren Kämpfe zwischen türkischem Militär und der kurdischen Rebellenorganisation PKK im Südosten der Türkei und im Nordirak gehen in unverminderter Härte weiter. Unerträglich dabei ist, dass in den Medien hierzulande zwar zu Recht die getöteten türkischen Soldaten beklagt werden, ungleich mehr getötete PKK-Kämpfer*innen vielen Journalist*innen aber, wenn überhaupt, nur einen Nebensatz wert waren und sind. Der türkische Präsident Erdogan machte die linke kurdisch geprägte HDP, die mit 13 Prozent bei den diesjährigen Parlamentswahlen überraschend die hohe türkische Zehn-Prozent-Hürde übersprang, dafür mitverantwortlich. Damit stellte er die Wahrheit auf den Kopf, da die HDP die PKK immer wieder zur Waffenruhe aufgerufen hatte, die bekannte Abgeordnete Leyla Zana kündigte gar ein Todesfasten an, sollten die Waffen nicht schweigen.

Statt Wahlkampf müssen die Kandidat*innen der HDP von Trauerfeier zu Trauerfeier fahren!

Und doch wirkte Erdogans Lüge: Organisiert von der Jugendorganisation der rechtsextremen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) wurden in der Nacht auf den 8. September über 300 kurdische Geschäfte und 130 Büroräume der HDP angegriffen, in einigen Feuer gelegt, die Zentrale in Ankara brannte nieder und selbst die Mitarbeiter*innen der bekannten türkischen Zeitung „Hürriyet" in Istanbul waren zweimal ungehinderten Angriffen eines nationalistischen Mobs auf ihre Redaktion ausgeliefert. Hunderte Mitglieder der HDP wurden angegriffen, in Istanbul wurde ein junger Kurde von einem Nationalisten auf offener Straße erstochen, weil sein Handy ein kurdisches Lied als Klingelton abspielte.

Hintergrund ist in erster Linie Erdogans Machtwahn. Dieser will die unbequeme Partei mit seinem antikurdischen Krieg bei den Neuwahlen Anfang November 2015 unter die Zehn-Pprozent-Marke drücken. Dies soll dem am Cäsarenwahn erkranktem Mann wieder die absolute Mehrheit seiner AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) und damit sein ersehntes Präsidialregime bescheren, in dem er dann nach Belieben schalten und walten kann.

Täglich werden Sympathisant*innen und Wähler*innen der HDP getötet. Wie es nach den Wahlen am 1. November weitergeht ist ungewiss und hängt sicher auch vom Wahlergebnis ab. Mit seinem Kriegskurs schürt Erdogan jedenfalls ganz bewusst die Angst der türkischen Eliten vor einer Abspaltung des Südostens von der Türkei, denn die Kurd*innen sind nach der Entstehung großer selbstverwalteter Gebiete im Irak und in Syrien erstarkt.

Rojava, ein befreites Gebiet?

In den Kriegen, die dem grausamen Völkermord vor allem von 1988-1989 durch das Regime Saddam Husseins im Irak folgten (bis zu 180.000 Menschen wurden unter anderem durch Giftgas ermordet), konnten sich die Kämpfer*innen verschiedener kurdischer Gruppierungen (sowie damit einhergehend politischer Richtungen) behaupten. Mit Talabani stellten sie von 2005 bis 2014 gar den neuen, pro-westlichen Staatschef im Irak.

In Folge des syrischen Bürgerkrieges seit 2011 haben nun auch PKK-nahe Kräfte in Nordsyrien ein von ihnen kontrolliertes Gebiet geschaffen, Rojava genannt. Dessen Strukturen basieren u.a. auf den Ideen des seit 1999 inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan. In Rojava bilden die YPG (Männer) und YPJ (Frauen) mit „Volksverteidigungseinheiten" die Ordnungsmacht und hierher sind Zehntausende verschiedenen Glaubens vor dem Terror des Islamischen Staates (IS) aus Syrien und dem Irak geflohen. Im gesamten Nahen Osten ist dies eines der wenigen Gebiete, wo unorthodoxe Muslim*innen, Christ*innen, Jezid*innen, Atheist*innen mit sunnitischen Muslim*innen undrangsaliert zusammen leben können und Seite an Seite gegen die Gewaltfetischisten des IS kämpfen.

Was Gleichberechtigung angeht, dürfte in Rojava schon jetzt die Frauenquote mit der in der BRD gleichgezogen sein. Dies ist bewundernswert, ebenso der Mut jener selbstbewussten Frauen, die in eigenen Kampfverbänden die Terroristen des IS unter Einsatz ihres Lebens aufhalten und zurückschlagen. Vergessen wir nicht: Es geht gegen einen gnadenlosen Feind. Wie es eine YPJ Kämpferin im Interview mit der australischen Reporterin Tara Brown sagte: „Dasch (Islamischer Staat) kämpft gegen die Menschlichkeit, er ist wie eine Krankheit, ein Krebsgeschwür!"

Dieser Kampf ist eine Frage des Überlebens und muss somit unterstützt werden, auch wenn in Rojava wirtschaftlich keine soziale Revolution stattfindet sollte, was ich von hier aus nicht bewerten kann und möchte.

Der lange Weg zur Freiheit

Menschen kurdischer Sprache und Kultur leben seit Jahrtausenden, ja wohl mit am längsten, in dieser bergigen Region und ihr Land „Kurdistan" erstreckt sich über große Gebiete der Türkei, des Iran, des Irak und von Syrien, aber in einem eigenem dauerhaften Staat haben sie nie gelebt. Mit etwa 35 Millionen sind sie das größte Volk der Welt, auf das dies zutrifft. Das kurdische Problem ist aber nicht der fehlende eigene Staat, sondern die fehlende Freiheit und Selbstverwaltung, die von den vier Staaten bedroht wird, die ihre Heimat beanspruchen.

Als das Osmanische Reich im Bündnis mit dem deutschen Kaiserreich 1918 den ersten Weltkrieg verlor, errichteten die Siegermächte England und Frankreich in Absprache mit dem Völkerbund in der Region nicht nur mehrere „Protektorate", – Syrien wurde französisch, der Irak britisch, – sondern sie waren auch auf eine Zerschlagung der Resttürkei aus.

Den Kurd*innen stellten sie zwar im August 1920 im Vertrag von Sèvres (Vorort von Paris) neben Autonomie einen eigenen Staat in Aussicht, doch das stand nur auf dem Papier.

Der neuen türkischen Regierung hingegen, die sich unter Mustafa Kemal in Ankara gegen die Kolonialmächte erhob, gelang es zunächst, kurdische Stammesführer als Bundesgenossen im Befreiungskrieg zu gewinnen und die türkische Armee erkämpfte das heutige Staatsgebiet: Im Vertrag von Lausanne wurden 1923 die Beschlüsse von Sèvres weitestgehend aufgehoben und die Türkei wurde als moderner Staat nach französischem Vorbild anerkannt. Als in der Folge das neue Staatenprojekt zunehmend zentralistischer wurde, Religion, vor allem der Islam, zurückgedrängt und kulturelle Unterschiede eingeebnet werden sollten, kam es zu kurdischen Aufständen und Kämpfen:

- Im Frühjahr 1925 fand der Scheich-Said-Aufstand gegen die Säkularisierung statt (der Scheich gehörte einem Sufi-Orden an), in der Folge wurden Tausende vertrieben.
- Von Mai 1926 bis 1930 gab es drei Aufstände am Berg Ararat. Zunächst zogen sich die Aufständischen in den Iran zurück, später riefen sie am Berg eine eigene Republik aus, wurden dann aber besiegt.
- Von Mai 1937 bis Herbst 1938 gab es einen Aufstand in Dersim gegen Vertreibung. In der Folge fanden Massaker statt, ungefähr 13.000 Kurd*innen wurden von der türkischen Armee getötet, 50.000 deportiert.
- Im November 1978 gründeten 22 Kommunist*innen, unter ihnen Öcalan, die kurdische Arbeiterpartei PKK. Nach dem Militärputsch 1980 in der Türkei floh ein Teil der Führung nach Damaskus und organisierte von hier aus einen Guerillakrieg in den Bergen. Nach dem mysteriösen Tod des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal 1993, der zu jener Zeit Frieden und Ausgleich gesucht hatte (im Juni 2013 wurde der ehemalige türkische General Ersöz angeklagt, Özal vergiftet zu haben), zerstörte das türkische Militär 4.000 Dörfer, viele davon wieder in der Region Dersim, und vertrieb Millionen Kurd*innen aus ihrer Heimat. Bis 1991 war die kurdische Sprache im öffentlichen Raum verboten, spezielle kurdische Buchstaben wurden gar erst 2013 legalisiert. Insgesamt starben in diesem Bürgerkrieg etwa 45.000 Menschen.
- 1999 wurde der inzwischen aus Syrien ausgewiesene Öcalan in Kenia durch die CIA und den türkischen Geheimdienst entführt, in die Türkei auf die Gefängnisinsel Imrali gebracht und dort zehn Jahre lang durch Isolationshaft gefoltert – einen Menschen auf diese Weise einzusperren ist Folter. Doch die PKK zerfiel nicht etwa, sondern formierte sich neu und folgte Öcalans späteren Aufrufen zum zeitweiligen Rückzug in den Irak und zur Waffenruhe.

Verkannte Held*innen?

Es ist hauptsächlich der PKK bzw. YPG/J zu verdanken, wenn heute in den von ihr kontrollierten Gebieten die früher nur von Männern beherrschten Clanstrukturen aufbrechen. Wie ein kurdischer Freund es ausdrückt: „Früher kam für den Mann erst sein Pferd (später das Auto) und dann seine Frau, in Rojava hingegen begegnen sich Frau und Mann endlich auf Augenhöhe." Allerdings entfaltete die PKK einen unerträglichen Führerkult um „Apo" Öcalan, der als eine Art Religionsersatz wirkt. Wie jeder Fanatismus war das mörderisch: Bis in die frühen 90er Jahre hinein wurden Abweichler*innen und Kritiker*innen innerhalb der eigenen Organisation ermordet oder kamen bei Kämpfen verschiedener Splittergruppen ums Leben. Jeglicher romantischer und sexueller Verkehr zwischen Frauen und Männern war strengstens verboten. Das ist Lichtjahre von Mitmenschlichkeit und natürlich auch von den Ideen des ökologischen Anarchisten Bookchin entfernt, die Öcalan mittlerweile seit vielen Jahren vertritt.

Reden wir Klartext: Die kurdische Bevölkerung in der Türkei war gnadenloser Unterdrückung und Vertreibung durch türkische Nationalist*innen unterworfen. Das überdeckte einerseits die sozialen Auseinandersetzungen innerhalb der kurdischen Gesellschaft und führte anderseits zum Erstarken der PKK und zum Krieg. Doch Krieg bedeutet immer unermessliches Leid auf beiden (!) Seiten, auch wenn es sich um Befreiungskriege gegen Besatzer handelt und somit eine Seite klar im Recht und die andere im Unrecht ist. In länger andauernden Kämpfen werden aber auch von den „Guten" fast zwangsläufig Anschläge und Taten begangen, die als Verbrechen bewertet werden müssen. Zu sehen war dies bei Kommandoaktionen der irischen IRA, der algerischen FNL oder eben der kurdischen PKK. Konkrete Beispiele seien uns hier erspart. In der Logik des Krieges zählt ein einzelnes Menschenleben wenig.

Andererseits gab es im Sommer 2014 ein Ereignis, das niemals vergessen werden wird, nämlich den Mut der YPG/J Kämpfer*innen, die unter Einsatz ihres Lebens den (ebenso mutigen aber kräftemäßig hoffnungslos unterlegenden) jezidischen Selbstverteidigungsmilizen des deutschen Staatsbürgers Heydar Seso im Sindschar Gebirge zur Hilfe kamen. Die YPG/J und PKK kämpften einen Korridor für die vom IS eingeschlossenen kurdischen Jezid*innen frei, nachdem der IS dort bereits 7.000 Zivilist*innen ermordet hatte. So retteten sie bis zu 20.000 Menschen das Leben.

Schließlich kann auch Öcalan trotz der Fehlentwicklungen der PKK früherer Jahre, die er im Übrigen inzwischen selber kritisiert, heute Respekt nicht versagt bleiben: Immer wieder hat er zum Frieden und zur Versöhnung aufgerufen, in seinen Schriften bricht er mit hierarchischem Denken und entwirft ein radikal demokratisches Programm. Ob der Abschied vom zentralistischen Kurs dauerhaft ist, kann sich allerdings erst zeigen, wenn Öcalan endlich freigelassen wird. Wenn die herrschende europäische Politik dies verneint, geht es um Machtinteressen, nicht um Moral, ansonsten soll sie sich bitteschön auch für die Inhaftierung Erdogans und dutzender anderer Staatschefs einsetzen, von Kriegsverbrechern wie Dick Cheney, George W. Bush oder dem Untoten Henry Kissinger ganz zu schweigen.

Weg mit dem PKK-Verbot!

Zwar würde sich Öcalan wohl nicht wie Guerillakommandant*innen der Zapatista in Mexiko vermummen, um als Gleicher unter Gleichen an einem basisdemokratischen Prozess teilzunehmen, doch können wir die Umwandlung der PKK von einer Kaderpartei in eine basisdemokratische Massenbewegung kritisch unterstützen. Zum einen sollten wir immer wieder auf die Unteilbarkeit der Freiheit hinweisen (darf ich sagen, was ich denke?), zum anderen auf die soziale Frage, nämlich wem gehören Land, Produktionsstätten, Bergwerke und Fabriken! Öcalan setzt ganz richtig auf Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung. Solange der türkische Staat nicht ebenso als Terrororganisation angesehen wird – und Terrorist ist im Prinzip ja jeder Staat, der bombardiert und Waffen aus Gewinnstreben exportiert –, solange gibt es keinerlei Rechtfertigung für ein PKK-Verbot. Wer in der Region den Friedensprozess will und keine IS-Herrschaft, muss die PKK entkriminalisieren. Suchen wir hierzulande also das Gespräch und gemeinsame Aktionen mit ihr nahestehenden kurdischen Gruppen! Es geht gegen Erdogans geplante Diktatur, aber vor allem auch darum, den IS, jene Schöpfung der imperialistischen US-Kriege, zu besiegen und aufzulösen. Dazu muss auch in den arabischen Gebieten Syriens und Iraks die Frage der Besitzverhältnisse und Selbstverwaltung auf die Tagesordnung, denn der IS ist endgültig nur von innen zu schlagen, von jenen Menschen, denen er sein Terrorsystem aufgezwungen hat.

Oliver Steinke



Quelle: Oliver Steinke



Gewerkschafter stirbt in Gefängniszelle

Shahrokh Zamani starb an mangelnder medizinischer Versorgung
Unabhängige ArbeiterInnenorganisationen sind immer noch Ziel staatlicher Gewalt

Seit Juni 2011 verbüßte der 41 jährige Shahrokh Zamani eine elfjährige Haftstrafe wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten. Am 13. September dieses Jahres fanden Mithäftlinge ihn tot in seiner Zelle auf. Der Tod scheint die Folge eines Schlaganfalls zu sein. Amnesty International fordert eine unabhängige Untersuchung, die bisher aber noch aussteht.

Der Maler und Dekorateur war Mitglied im „Komitee zur Einrichtung von Arbeiterorganisationen“, einer NGO, die für das Recht auf freie, staatlich unabhängige Gewerkschaftsaktivität kämpft, sowie im Gründungskomitee für eine unabhängige Malergewerkschaft. Der iranische Staat verbietet die Gründung unabhängiger Gewerkschaften und ahndet derlei Aktivitäten mit Schikanen, Entlassungen und Haftstrafen. Am 5. Juni 2011 wurde Shahrokh Zamani von Geheimdienstmitarbeitern verhaftet. Es folgten Wochen psychischer und physischer Folter um ein Geständnis zu erzwingen, wogegen er mit einem Hungerstreik protestierte. Nachdem er über 27 kg Gewicht verlor, verlegt man ihn in das Zentralgefängnis von Täbris. Die Anklage erfolgte im August. Wegen „Handlungen gegen die nationale Sicherheit durch Gründung und Mitgliedschaft in einer oppositionellen Gruppe“ und „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ wurde Zamani zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Hinter den Anklagepunkten verbargen sich schlicht seine friedlichen gewerkschaftlichen Aktivitäten. Sein Anwalt hatte während des Prozesses niemals Zugang zu den Akten und durfte auch nicht vor Gericht sprechen. Im Oktober 2012 wurde Zamani ins Gefängnis Raja'i Shahr in Karaj, nordwestlich von Teheran, verlegt. Anfang des Jahres 2014 starb seine Mutter und am Ende des Jahres heiratete seine einzige Tochter. Beide Male wurde ihm die Teilnahme verweigert.

Unmenschliche Haftbedingungen

Die meisten iranischen Knäste sind überfüllt. In einigen Abteilungen des Evin-Gefängnisses stehen in einen Raum von 20 m² 18 Betten für 28 Insassen. Die gesamte Abteilung hat nur fünf Toiletten und Duschen für 200 Personen. Dass die extrem schlechten Haftbedingungen Shahrokh Zamanis frühen Tod verursachten, liegt auf der Hand. Schon seit September 2014 wartete er auf eine Untersuchung seines Gehirns (MRT). Er litt unter Kopfschmerzen und Schwindelanfällen. Dass Gefangenen notwendige medizinische Hilfe verwehrt wird, ist laut Berichten von Amnesty International keine Seltenheit. So erging es auch Reza Shahabi Zakaria, der 2010 wegen seiner Tätigkeit als Schatzmeister einer Busfahrergewerkschaft in Teheran zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde. Seit 2012 klagte er über Taubheit in einer Körperhälfte. Tatsächlich wurde er außerhalb des Gefängnisses operiert, jedoch, allen ärztlichen Empfehlungen entgegen, unmittelbar danach zurück ins Gefängnis verlegt. Infolge litt er weiterhin an Nasenbluten, schwankenden Blutdruck und Taubheitsgefühl in den äußeren Gliedmaßen. Während einer brutalen Razzia am 10. August 2013, bei der viele Gefangene verletzt wurden, warfen die Sicherheitskräfte auch den bettlägerigen Reza Shahabi auf den harten Boden. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich daraufhin zunehmend. Er klagte über Lähmungserscheinungen im Fuß, heftige Rückenschmerzen und eine erkrankte Leber. Im September 2013 stellte eine Tomographie im Gefängnis fest, dass drei Wirbel beschädigt waren. Die Operation erfolgte aber erst im Oktober 2014.

Gewerkschaften im Fadenkreuz

AktivistInnen setzen sich durch ihr Engagement der stetigen Gefahr aus, diese Haftbedingungen am eigenen Leib zu erfahren. Die Verbote von Maidemonstrationen werden mit Gewalt durchgesetzt. Kritik an schlechten Arbeitsbedingungen und staatlicher Repression ziehen schnell eine Anklage wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ und „Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ nach sich. Dennoch existieren unabhängige Gewerkschaften in vielen Branchen und kämpfen für ihre Rechte. So unter den ZuckerrohrarbeiterInnen, den BäckerInnen, den MetallarbeiterInnen und den LehrerInnen. Sie bekämpfen lebensgefährliche Arbeitsbedingungen, fordern bessere Arbeitsschutzmaßnahmen sowie die Auszahlung vorenthaltener Löhne. Tausende IranerInnen sind davon betroffen.

Die legalen Arbeitervertreter leisten ihren Teil, dass sich an den untragbaren Zuständen nichts ändert. Tatsächlich gibt es nur zwei staatlich anerkannte Arbeiterorganisationen. Die Islamischen Arbeiterräte und die Vereinigung der Arbeitervertreter. Wer sich in diese Gremien wählen lassen will, muss sich zunächst einer diskriminierenden Überprüfung unterziehen. Wer seine aktive Glaubensausübung und ideologische Übereinstimmung mit der Regierung nicht glaubhaft machen kann, dem wird die Kandidatur verwehrt. In der Konsequenz sind die Räte arbeitgebernah und melden eher Störungen, als dass sie sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen. Die Islamischen Arbeiterräte blockieren den Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen doppelt. Laut Gesetz darf es nur ein Arbeitervertretungsgremium pro Betrieb geben. Wo ein Islamischer Arbeiterrat aktiv ist, kann also keine Gewerkschaft legal Fuß fassen.

Zwar ist es seit 2003 im Iran legal Gewerkschaften zu gründen. Praktisch unternimmt der staatliche Repressionsapparat aber alles um eine effektive Organisation zu verhindern. Behördliche Registrierungen werden verschleppt oder schlicht verweigert, so dass keine legale Arbeit möglich ist. Die Gründung der unabhängigen Busfahrergewerkschaft Teherans wurde von der Staatsmacht aggressiv behindert. Dreimal stürmten Polizisten die Gründungsveranstaltung und verletzten ArbeiterInnen, so dass die Gründung immer wieder verschoben werden musste. Nachdem die Gewerkschaft 2005 schließlich doch gegründet wurde, verhaftete die Polizei kurzerhand den gewählten Vorsitzenden Mansour Ossanlu. In Reaktion darauf begannen die Gewerkschaftsmitglieder einen Streik für Ossanlus Freilassung und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft. 500 Streikende wurden kurzzeitig verhaftet und 40 von ihnen später gefeuert. Ossanlu wurde 2007 zu fünf Jahren Haft verurteilt. Auch seine Gesundheit verschlechterte sich drastisch. 2011 erlitt er einen Herzanfall.

Nepomuk Diener

Solidarität mit den Betroffenen des Anschlags in Ankara

Am 10.10. gab es in der türkischen Hauptstadt Ankara einen schweren Anschlag, bei dem mindestens 128 Menschen ums Leben kamen und über 200 weitere zum Teil lebensbedrohlich verletzt wurden. Das Attentat wurde auf einer Friedensdemonstration verübt, welche von unabhängigen Gewerkschaften und Berufsverbänden organisiert und von der linken, demokratischen und kurdischen Opposition unterstützt wurde. In der Türkei spitzt sich die Lage unter der autoritär-religiös herrschenden AKP stetig zu. Linke und kurdische Oppositionelle sehen sich zunehmender Repression und Gewalt durch Attentate ausgesetzt. So gab es bereits kürzlich in Diyarbakir/Amed und Suruç/Pirsus Anschläge und Angriffe gegen die linkssozialdemokratische HDP (Demokratische Partei der Völker) und die kurdische Bevölkerung in Nordkurdistan/Osttürkei. Als Gegenreaktion riefen die Gewerkschaften DISK, KESK, TMMOB und TTB für den 12. und 13. Oktober zum Generalstreik auf.

Die FAU hat sich in einer Erklärung mit den Betroffenen des Anschlags solidarisiert.[1] Darin heißt es: „Die Gewerkschaftsföderation FAU zeigt sich entsetzt über diesen feigen Anschlag auf die Arbeiter- und Friedensbewegung in der Türkei [...] Die FAU steht als internationalistische, anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation in diesen schweren Stunden, an der Seite der Arbeiter_innen der Türkei und erklärt hiermit ihre Solidarität. Außerdem sprechen wir allen Betroffenen und Angehörigen unser Beileid aus. Die FAU ruft ihre Mitglieder und ihr Umfeld zur Solidarität auf.“

[1] berlin.fau.org/news/solidaritaetsstatement-der-bundes-fau-ankara-anschlag

Brutale Reformen

Landschullehrer_innen kämpfen gegen neoliberale Reformen und für die Rechte der indigenen Bevölkerung
Die Staatsgewalt verschleppt und entlässt

Ein Jahr ist es nun her, dass in Mexiko 43 junge Menschen, Student_innen des Lehrer_innenseminars Ayotzinapa im mexikanischen Bundesstaat Guerrero, spurlos verschwunden sind. Sie waren auf dem Weg nach Mexiko City, um sich wie jedes Jahr den Demonstrationen im Gedenken an die 1968 niedergeschlagenen Studierendenproteste, bei denen mehr als 300 Menschen ums Leben kamen, anzuschließen. Von der Polizei angegriffen und festgenommen wurden sie vermutlich an das organisierte Verbrechen übergeben. Die Hoffnung, dass ihre Familie und Freund_innen sie lebend wiedersehen werden, ist verschwindend gering. Die Aufklärungsbemühungen der Regierung erwiesen sich bisher als Farce, diese ist allenfalls bemüht, die Verantwortung der Sicherheitskräfte zu verschleiern. Diese gelten als korrupt, wenden brutale Verhörmethoden an und sind nachweislich an Morden und Entführungen beteiligt. Zurzeit werden rund 26 000 Personen vermisst – was aber die deutsche Bundesregierung nicht davon abhielt, Waffenexporte an die mexikanische Polizei zu genehmigen. Allein in der Nacht des Verschwindens der „43“ tötete die mit G36-Gewehren des Herstellers Heckler & Koch bewaffnete Bundespolizei sechs weitere Menschen.

Nichtsdestoweniger war der Angriff kein zufälliger. Schließlich stellen Lehrer_innen in Mexiko eine entscheidende Opposition gegen die amtierende Regierung und ihre neoliberale Politik.

Unterfinanzierung – Privatisierung – Entlassung

Besonders die Opposition *Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Educación* (CNTE) innerhalb der Lehrer_innengewerkschaft *Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación* (SNTE) ist massivster staatlicher Repression ausgesetzt. Seit Jahren leistet sie Widerstand gegen die 2013 verabschiedete Schulreform der Regierung Peña Nieto. Die CNTE setzt sich größtenteils aus Lehrkräften der Pädagogischen Landschulen zusammen, zu denen auch die Verschwundenen zählten. Sie stammen aus ländlichen, strukturschwachen Regionen, in denen sie später auch unterrichten werden. Die Landschule ist für die indigene Bevölkerung die einzige Möglichkeit überhaupt studieren zu können, da hier nicht die üblichen Studiengebühren anfallen. Unter den Dozent_innen und Studierenden sind linke Positionen weit verbreitet. Dies und ihr Einsatz für die indigene Landbevölkerung sind der Regierung ein Dorn im Auge. Die gewaltsame Begegnung zwischen Polizei und Student_innen am 26. September 2014 war keinesfalls die erste. Schon 2011 und 2012 kamen Studierende auf Demonstrationen durch Sicherheitskräfte ums Leben.

Politisch gewollt leiden die Seminare der Landschulen unter ständiger Unterfinanzierung, die Schulreform lässt erahnen, dass sie in dem lediglich auf Verwertung orientiertem Bildungssystem bald verschwinden werden. Zusätzlich zu den neun öffentlichen wurden weitere 17 private Landschulen in Guerrero eröffnet. Auf über 2000 Absolventen jährlich kommen gerade einmal 300 freie Stellen. Im Vergabeverfahren werden die Studierenden der öffentlichen Landschulen gegenüber den Privatschulen benachteiligt. Zudem befürchten sie eine Verdrängung der indigenen Sprache, denn an den Privatschulen ist die Vorbereitung der Lehrtätigkeit in dieser bewusst kein Ausbildungsbestandteil mehr. Der Protest richtet sich weiter gegen die seit der Reform obligatorische Evaluation von Lehrkräften. Angeblich diene sie der Verbesserung der Unterrichtsqualität, in Wahrheit aber ist sie lediglich ein Vorwand, um Lehrer_innen zu entlassen und ihre Stellen entweder gar nicht oder durch befristet angestelltes Personal zu ersetzen. Anstatt einer regulären Festanstellung, sollen nur noch Verträge über ein halbes oder ein Jahr vergeben werden.

Die Lehre in Ayotzinapa ist seit dem Verschwinden der „43“ ausgesetzt, Studierende und Lehrende widmen sich seitdem ganz dem Kampf um die Aufklärung der Verbrechen. Im ganzen Land entstand eine breite Solidaritätsbewegung. Fast wöchentlich werden Veranstaltungen und Protestaktionen organisiert, so heißt es in einer Mitteilung der Ejército Zapatista de Liberación Nacional: „Es ist schrecklich und wunderbar zugleich, dass die Armen, die Lehrer werden wollten, zu den besten aller Lehrer geworden sind, indem sie ihren Schmerz in würdige Wut gewandelt haben, damit Mexiko und die Welt erwachen, fragen und hinterfragen.“

Saskia Pagels



quelle: redpolitica.mx

Lehrer_innenprotest in Mexiko

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Proteste gegen Regierungspläne in Finnland

Am 18. September gingen in Finnland tausende Menschen, darunter allein in Helsinki über 30.000 Menschen, auf die Straße um gegen ein Spar- und Reformpaket der rechts-konservativen Regierung zu demonstrieren. Gleichzeitig wurde in einigen Branchen, wie der Eisenbahn, den Häfen, der Post oder bei den Flugbegleiter*innen gestreikt. Aufgerufen dazu hatten die Gewerkschaften SAK, STTK, Akava und IUF. Mit den geplanten Gesetzen sollen unter anderem die Bezahlung von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gekürzt, zwei Feiertage abgeschafft, sowie Arbeiter*innen-, Gewerkschafts- und Menschenrechte beschnitten werden. Am härtesten davon, so die Gewerkschaften, werden Teilzeitarbeiter*innen und Frauen im öffentlichen Sektor betroffen sein. Die finnische Wirtschaft ist seit Jahren in der Rezession. Die Arbeitslosigkeit schwankt seit Jahren zwischen 6 und 10%, Tendenz steigend. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt heute 17,5%.

Bereits zwei Monate zuvor waren tausende Menschen auf die Straße gegangen um gegen rassistische Äußerungen eines Parlamentariers der an der Regierung beteiligten rechtspopulistischen Partei „Die Finnen" (früher: „Die Wahren Finnen" bzw. „Basisfinnen") zu protestieren.

Solidarität mit den Arbeiter*innen von Air France

Nachdem Pläne zur Entlassung von 3000 Mitarbeiter*innen bis 2017 bei der französischen Fluglinie Air France bekannt geworden waren, haben Teile der Belegschaft ein Treffen von Konzernführung und Betriebsrat gestürmt. Seit 2012 führt Air France gestaffelt Entlassungen durch, bisher verloren dabei über 10.000 Menschen ihren Job. Am 12. Oktober wurden fünf Air-France- Mitarbeiter in ihren Wohnungen festgenommen. Sie sollen an einem Übergriff auf den Personalchef der Fluggesellschaft und ein Vorstandsmitglied beteiligt gewesen sein.

Am 2. Dezember findet der Gerichtsprozess gegen die verhafteten Arbeiter statt. Die im Zivilflugsektor vertretenen zwölf Gewerkschaften haben in einer gemeinsamen Erklärung gegen das Vorgehen protestiert. Sie fordern, die juristische Verfolgung der verhafteten Kollegen und die Disziplinierung bei Air France einzustellen.

Schlägertruppen gegen Aktivisten

In Khutsong, westlich von Johannesburg (Südafrika), sahen sich Aktivisten gezwungen unterzutauchen. Am 17. Oktober wurde ein politisches Schulprojekt überfallen, in dem zwei Genossen der *Zabalaza Anarchist Communist Front*

Fortsetzung auf Seite 11

Studierendenproteste in Amsterdam

Universität verweigert Studierenden und Lehrenden zugunsten von Managern Zutritt zum akademischen Neujahresauftakt

Am 4. September begann das akademische Jahr der Universität Amsterdam. Zu dieser hielt die Universität, wie jedes Jahr, eine Auftaktveranstaltung ab. Ein wichtiges Thema war dieses Jahr die Gestaltung der Hochschule im 21. Jahrhundert. Wie diese in ihren Grundpfeilern geformt sein soll, war der Hochschule allerdings bereits klar. Seit Jahren „kümmert" sich die niederländische Regierung um die Zukunft der Hochschulen. Die Lösungen aus Den Haag sind, auch an den Universitäten, durchgehend neoliberaler Natur. Dementsprechend fanden sich zahlreiche Manager unter den geladenen Gästen der Veranstaltung. Zum Ausgleich verbot die Universität Studierenden und Lehrenden den Zugang zur Veranstaltung.

Gegen die neoliberale Zukunftsvision setzten sich die Studierende und Lehrende mittels einer Blockade der Veranstaltung zur Wehr. Darauf verhinderte die Security den Demonstrierenden den Zugang zur eigenen Universität, obwohl der Redner der Grundsatzansprache sogar seine Redezeit zugunsten der Protestierenden zu verkürzen anbot. Um noch eine Stufe weiter zu gehen, warf die Universität auch noch den Zentralen Studienrat aus der Zeremonie, weil der ein Gedicht über die Besetzung des Maagdenhuises vorzutragen gedachte.

Das Maagdenhuis war das Ziel der zweiten Besetzung der universitären Protestbewegung *Nieuwe Universiteit* (Neue Universität), die Anfang des Jahres entstand. Die Protestierenden, denen der Zutritt zum akademischen Neujahr verwehrt wurde, gehörten auch zum Umfeld der Nieuwe Universiteit. Seit Jahren versucht die niederländische Regierung im neoliberalen Sinne die Hochschulen gesund zu pflegen: Erhöhung der Studiengebühren, Kürzungen der Hochschuletats, Ausbau des bürokratischen Apparats und Rationalisierung der Lehre wechseln einander als Mittel der Wahl ab, um die Hochschulen fit für das 21. Jahrhundert zu machen. Die Bewegung entstand, nachdem Pläne zur Zusammenlegung der beiden Universitäten von Amsterdam und der geplante Verkauf des Bungehuis, in dem die geisteswissenschaftliche Fakultät untergebracht ist, an die Öffentlichkeit drangen. Zwar war das Bungehuis immer gut von Studierenden besucht, brachte aber der Universität kein Geld ein. Deshalb sollte es an den Club Soho House verkauft werden, einem exklusiven Club für Künstler, oder besser gesagt für Arbeitende in der Kunstindustrie. Der Verkauf an Soho House ist mittlerweile abgeschlossen.

Besetzungen und Folgen

Deshalb war das Bungehuis das Ziel der ersten Besetzung, die am Morgen des 13. Februar begann. Die Bewegung erhielt, entgegen der Darstellung der Universitätsleitung, die diese klein redete, viele Solidaritätsbekundungen von Studierenden, Lehrenden und weiteren Vereinigungen, was die Universität jedoch nicht hinderte, den Protestlern mitten im Winter die Zentralheizung abzudrehen.

Da diese Aktion keine Wirkung zeigte, reichte die Universität am nächsten Tag, dem 18 Februar, Klage gegen die Besetzer ein, die die Polizei mit einer Räumungsspezialeinheit am 24. Februar vollzog. 44 der 46 Besetzer wurden über Nacht festgenommen und auf Bewährung verurteilt. Bereits am nächsten Tag besetzten Protestierende das bereits erwähnte Maagdenhuis, welches als Hauptgebäude der Universitätsverwaltung dient. Hier hielten es die Mitglieder der *Nieuwe Universiteit* bis zum 11. April aus, als die Polizei auch sie aus dem Maagdenhuis räumte. Die Ziele der Gruppe sind, neben anderem, mehr Transparenz, Demokratie und die Überwindung des (postkolonialen) Eurozentrismus an Hochschulen. Entgegen der Behauptung der Leitung der Amsterdamer Universität handelt es sich bei dieser Bewegung um keine Minderheit. *Nieuwe Universiteit* hat nicht nur in vielen Hochschulen der Niederlande Ableger gefunden, sondern auch in anderen Ländern, wie England oder Kanada.

In Amsterdam konnte sich *Nieuwe Universiteit* nur scheinbar durchsetzen: Zwar trat die Leitung der Universität wegen der Proteste zurück, jedoch wurde die neue Universitätsleitung nicht, wie gefordert, demokratisch gewählt. Der andere scheinbare Erfolg war die Bildung zweier Kommissionen. Das Ziel der einen Kommission ist es, die Finanzen der Universität zu prüfen, damit Schließungen und Kürzungen so gut wie möglich verhindert werden können. Die andere Kommission soll eine neue, demokratischere Form der Universitätsleitung entwickeln, über die die Universität sich mit der Neubesetzung der Universitätsleitung bereits hinweggesetzt hat. Dennoch verdient eine Bewegung, deren Ziel es ist, eine freie demokratische Welt zu schaffen, unsere Unterstützung oder mindestens Anerkennung, denn sie verfolgt, vielleicht mit anderen Mitteln, dasselbe Ziel, wie der Anarchosyndikalismus: Die Auflösung von Hierarchien in gesellschaftlichen Institutionen, damit eine freie Gesellschaft möglich wird. Der Hauptgegner ist dabei, wie zu Beginn deutlich wurde, derselbe: das neoliberale Denken.

Max Hansen

VIO.ME workers call for solidarity

Thessaloniki self-managed factory and its workers' livelihoods threatened

When the VIO.ME factory was abandoned by its bosses in May 2011, during a period of intense austerity measures implemented by the Greek government, it was not alone. Thousands of Greek businesses buckled under the weight of the economic recession, leaving hundreds of thousands of workers without employment, dignity or hope. The closing of the factory, which produced building and construction materials and was located on the outskirts of Thessaloniki, was in many senses unremarkable. The pattern of bosses cutting their losses and workers scrambling to pick up the pieces of their shattered livelihoods is a familiar one.

Subsequent events have been well-documented, however, as forty of the horizontally organised workers occupied the factory, with their objective to prevent the valuable assets being stripped down before they were paid their outstanding wages. Over a year of negotiations followed, with the workers in dialogue with various trade unions and the Ministry of Labour, but no acceptable progress was made. In July 2012 the workers ultimately resolved to continue production on their own terms, free from the bureaucracy of the management, with the rallying slogan "If you can't do it – we can".

It would take many months for that promise to be realised, but in February of the following year, under direct democratic worker control, production started again. Each worker had an equal share in the company, and all decisions on the organisation and functioning of the workplace were taken by a general assembly. To earn their living, the workers produced locally sourced and environmentally friendly cleaning products, selling them through social networks or in markets, without mediators.

The path to this point proved difficult, as the workers repeatedly had to deal with their former employers and the authorities, had no access to loans and battled to find their place in a recessive market. But their struggle inspired worldwide solidarity, with concerts, demonstrations and actions dedicated to the struggle of the VIO.ME workers as they attempted to achieve legitimate status. One of the many political groups that vocally supported the VIO.ME workers was SYRIZA, who were in opposition to the government at the time, a party that purported to be formed from a coalition of the radical left and who promised the people of Greece an alternative to the years of austerity they had faced. Future prime-minister Alexis Tsipras called for an immediate solution to the issue of the operation of the factory.



Quelle: www.viome.org

SYRIZA: deceit, hypocrisy, betrayal

That level of commitment waned significantly with SYRIZA's rise to power. A recent call for support from the workers of VIO.ME notes that "the determination they demonstrated in opposition was replaced by timidity, and by proposals that we make compromises in a different framework than what we had previously agreed upon".


Quelle: www.viome.org

Eventually, SYRIZA abandoned the workers of VIO.ME completely to the Greek judicial system. The workers remark that this is "the same judicial system that, despite having condemned the former owner of VIO.ME, Christina Philippou, to dozens of months in prison, allows her to walk free, supposedly to do community service at a municipality where she has strong connections". The workers of VIO.ME are sceptical that such a judicial system has in its heart their best interests. Indeed, a group of judges have gone as far as to suggest that the workers have "no legitimate right" to their outstanding wages from 2011.

The courts ordered that the land the factory is located on is to be auctioned off on Thursday, 26th November. The land, which consists of fourteen plots, will be sold to satisfy the creditors of VIO.ME's parent company, Philkeram. The VIO.ME workers note that some of these plots of land were "directly or indirectly donated by the Greek government to former owner Phillipou in recognition of the 'social contribution' of job creation". The auction will proceed despite the independent consultants DeLoitte concluding that there was capacity for normal operation at the VIO.ME factory, and despite the fact that the VIO.ME factory takes up just on seventh of the land up for auction. The workers will be evicted when this day comes.

The VIOME workers' call for support concludes:

"We, the workers of VIOME, invite all of you, who have been standing beside us during all this time of struggle, to be present on Thursday November 26 in the auction of the land, to abort their plan to evict us from the VIOME factory. A space that we have, for two years now, managed to turn into a place of work and a place of freedom.

We invite you to stand beside us, to support every effort of the workers to make the forces of production autonomous from the capitalist class, a class which anyway has delocalised all production abroad.

We invite you to support the operation of the factory, since we, the workers, have declared that we are not leaving, that our lives are now linked to this factory.

We invite you to stand beside us, so we can affirm all together that a solution exists beyond the advices of the "experts": this time around, the solution lies with those who are directly involved in the struggle, not with the luminaries.

In solidarity, the general assembly of the workers at VIOME"

FAU Berlin Foreigners' Section

www.viome.org

Prekär Beschäftigte aller Länder vereinigt Euch!

Ein Bericht von *the future is unwritten*[1] über das Transnational Social Strike Meeting in Poznan am 2.-4. Oktober 2015

Angefixt durch die momentanen Debatten in der radikalen Linken um die neue Qualität aktueller Streiks nahmen wir mit unseren Freunden vom Streiksoli-Bündnis am Treffen der europäischen Social-Strike-Bewegung teil. Die Debatte setzte an der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und einem europäischen Migrationsregime an, welche zur Erosion von Handlungsmacht der Arbeiter*innen führen. Es galt erfolgreiche Handlungsstrategien und Streiks als Teil linksradikaler Politik zu diskutieren.

Für diese Entwicklungen ist Polen beispielhaft. Zwar wächst die polnische Wirtschaft seit Jahren, gleichzeitig aber stagniert die Arbeitslosenzahl auf hohem Niveau, was Prekarität begünstigt, da Arbeitslosigkeit den Druck auf Beschäftigte erhöht. Zugleich sind die, in der gastgebenden polnischen Basisgewerkschaft *Inicjatywa Pracownicza* (IP) Mitarbeiter*innen des Amazon-Standorts ein Vorbild für transnationale Solidarität. Anstatt die Arbeit von streikenden, deutschen Angestellten zu übernehmen, also den Streik zu brechen, traten sie im Sommer in einen Solidaritätsstreik (vgl. *DA* 231). Zumindest zwischen einigen Amazon-Standorten in Deutschland und Polen gibt es mittlerweile eine transnationale Vernetzung.

Ein Widerspruch prägte alle Diskussionen auf der Konferenz: Einerseits erschweren die zunehmenden Prekarisierungstendenzen die Organisierung der Lohnarbeiter*innenschaft im Produktionsstandort Europa, andererseits scheint im Angriff auf Arbeiter*innenrechte und Arbeitsbedingungen hier eine neue politische Subjektivität zu entstehen, die all jene vereint, die unter den Prekarisierungstendenzen leiden.

Der Gedanke an die Herausbildung einer neuen widerständigen Subjektivität klang für uns sehr spannend, allerdings hatten wir einen Berg von Fragen bezüglich der Herstellung dieser neuen Subjektivität der prekär Beschäftigten. Wie organisiert man prekär Beschäftigte? Wo können sie aus der ökonomisch schwachen Position heraus das Kapital angreifen? Was haben wir als radikale Linke damit zu tun? Auf diese Fragen erhofften wir uns auf dieser Konferenz Antworten zu finden. Zwar erhielten wir keine direkten Antworten, aber dafür viel Input aus der politischen Arbeit anderer Gruppen – ein Wissen, was für uns bestimmt von Nutzen sein wird. Außerdem kam es zu Vernetzungen, so dass wir uns schon fast als Teil einer transnationalen Bewegung fühlen konnten.

Möglichkeiten prekären Widerstands

Der Austausch der Arbeitskämpfer*innen fand – abgesehen von Raucherpausen und Kneipenabenden – in Panels statt. Wir mussten dabei zwischen Panels zum Arbeitskampf im Care-Sektor oder in der Logistikbranche entscheiden. Eines der Hauptthemen war migrantische Arbeit. Spannend fanden wir unter anderem den Input der Londoner Gruppe *Angry Workers*. Deren Aktivist*innen heuerten in den Verladebetrieben des Logistiktzentrums um den Flughafen Heathrow an, wo Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt – vor allem aber aus Indien und Polen – schuften und daher schon die verbale Kommunikation ein Problem darstellt. Die Arbeit ist physisch sehr anstrengend, schlecht bezahlt, usw. Das Management setzt die Arbeiter*innen massiv unter Druck, indem mit Armbändern die Produktivität des Einzelnen gemessen und auf große Bildschirme projiziert wird, die für die ganze Schicht einsichtig sind. Hier sollen nur zwei interessante Aspekte genannt werden: Die *Angry Workers* publizieren eine Zeitung für die Menschen, die in dem Logistikzentrum schuften, welche auch in polnischer Sprache erscheint. Außerdem setzten sie das Bildschirmsystem außer Kraft, indem sie in einen Bummelstreik traten und somit der Anzeigebildschirm die Arbeiter*innen eher demotivierte. Solche Ideen könnten auch für unsere Kämpfe von Nutzen sein. Das Beispiel der Zeitung ist auch ein Beispiel dafür, was eine studentische Gruppe wie wir organisieren könnte.



Quelle: berlin.blockupy-frankfurt.org

Plakat des Transnational Strike-Meeting

Rückblickend lassen sich doch ein paar Tendenzen benennen, die zumindest oft in Arbeitskämpfen eine Rolle spielten. Die Kämpfe fanden in Sektoren statt, in denen prekäre Verhältnisse normal sind, vor allem in der Logistikbranche. Hier können in Zeiten von Just-in-Time-Produktion relativ kleine Streiks an zentralen Punkten der Warenzirkulation die Produktionskette lahmlegen. Just-in-Time-Produktion ist eine Form der Produktion, bei der das pünktliche Eintreffen der Produktteile zur Endmontage das A und O ist. Die Arbeiter*innen haben oft einen migrantischen Background. Außerdem sind die klassisch sozialdemokratischen Gewerkschaften in den streikenden Betrieben nicht vertreten, weswegen anarchistische oder kommunistische Gruppen überhaupt erst Bündnispartner der Arbeiter*innenschaft werden können.

Lokale Kämpfe verbinden

Abschließend kam noch die mit dem Konzept von Social Strike oft assoziierte Idee der *Directional Demands* auf. Bei dem Konzept geht es darum in sozialen Kämpfen *richtungsweisende Forderungen* an die Souveränität, hier den europäischen Quasi-Staat, zu stellen, von deren Durchsetzung größere Teile der Gesellschaft als nur die Belegschaft eines einzelnen Betriebs profitieren würden. Somit sollen verschiedene Kämpfe verbunden und die Vereinzelung aufgehoben werden. Typische Forderungen waren ein europäisches Grundeinkommen oder ein Bleiberecht für alle Refugees. Allerdings blieb uns unklar, ob (1) diese Forderungen ein strategischer Trick sind um verschiedenste Kämpfe zusammenzuführen, ob es (2) um ihre Erfüllung innerhalb der neoliberalen EU geht oder (3) ob sie auf ein längerfristiges Ziel wie die kommunistische Gesellschaft verweisen sollen.

Als es darum ging konkrete *Directional Demands* zu formulieren, befand sich unsere Delegation bereits auf dem Rückweg nach Leipzig und diskutierte die zahlreichen Erfahrungen des Wochenendes und überlegte ihre Übertragung auf die kommenden sozialen Kämpfe in Leipzig.

Anton Kramer (The future is unwritten)

Anmerkungen

[1] *the future is unwritten* ist eine linksradikale Gruppe aus Leipzig, welche ihre Tätigkeit selbst wie folgt verortet: „Thematisch werden wir uns im Feld der Kapitalismuskritik sowie der Frage nach Organisation und Praxis von Gesellschaftskritik bewegen."[2] Die Gruppe engagiert sich auch in einem Streiksoli-Bündnis für Amazonmitarbeiter*innen und für Gebäudereiniger*innen Leipzig.

[2] www.unwritten-future.org/index.php/ueber-uns

Fortsetzung von Seite 10

(ZACF) gerade eine monatliche Schulung vorbereiteten. Aus dem Mob heraus wurden Drohungen ausgerufen und Steine geworfen. Den Angreifern gelang es aber nicht in das Haus einzudringen. Die ZACF betreibt revolutionäre Stadtteilarbeit und kämpft gegen Korruption, Diskriminierung und Ausbeutung der schwarzen Arbeiterklasse. Dadurch geriet sie ins Visier lokaler Politikeliten. Bereits am Vorabend wurde einer der Genossen aus einer achtköpfigen Gruppe heraus geschlagen und bedroht. Er solle aufhören „anarchistische Ideen zu verbreiten" und sich gegen die lokale Regierung zu stellen, sonst passiere bald noch viel Schlimmeres. Denn der „African National Congress (ANC) muss die Stadt regieren." Die Genossen konnten zwar entkommen, können aber nicht zurück in ihre Wohnungen, weil immer noch regelmäßig Schlägergruppen sie zu Hause aufsuchen.
In Südafrika ist es in lokalpolitischen Zusammenhängen nicht selten, dass Politiker einen Mob anheuern, um die örtliche Opposition einzuschüchtern und mundtot zu machen. Die Aktivisten beschreiben solche Überfälle als potentiell tödlich. (Quelle: zabalaza.net)

Zusammengestellt von der Redaktion Globales

Ausgebeutet, prekarisiert, ausgenutzt

Über die Organisierung der werktätigen Jugend in der Schweiz

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Aber gerade Lernende sind von Hungerlöhnen und miesen Arbeitsbedingungen betroffen. Auf Initiative der marxistischen Strömung „Der Funke" haben die JungsozialistInnen (Juso) Schweiz in den letzten Monaten eine Kampagne zum Kampf für die Rechte von Lernenden lanciert.

In einem Land wie der Schweiz klingt es wie ein Hohn, was Lernende als Lohn erhalten. So sind Löhne unter 400 Franken für Lernende, die eine Lehre zur/zum FriseurIn machen, eher die Regel als die Ausnahme. Die Armutsgrenze liegt in der Schweiz, wo ein Besuch beim Friseur etwa 35.- Fr. kostet, bei 2200.- Fr. im Monat. Darüber hinaus werden Lernende oft herangezogen, wenn es darum geht gefährliche Arbeiten zu erledigen. Im Kanton Thurgau wurde im Mai ein 17-jähriger Landwirtschaftslehrling schwer verletzt, als er mit dem Oberkörper in eine Kompostiermaschine geriet. Einige Monate zuvor kam es in der gleichen Region zu einem tödlichen Arbeitsunfall, bei dem ein Lehrling auf einer Baustelle von einem Holzbalken erschlagen wurde und letzten Monat wurde ein Forstlehrling vom Blatt einer Kettensäge im Gesicht schwer verletzt. Statistisch sind Lernende von Arbeitsunfällen 60% häufiger als Ausgelernte betroffen. Für viele Betriebe sind Lernende nicht mehr als billige Arbeitskräfte, die man nach Lust und Laune einsetzen kann, um die Ausbeutungsrate zu steigern. Dabei spielen berufsfremde Arbeiten, die per Gesetz eigentlich verboten sind, eine große Rolle. Der uns bekannt gewordene Extremfall war der einer Autolackiererlernenden, die während der ganzen Lehrzeit kein Auto lackiert hat und in der Folge durch die praktische Lehrabschlussprüfung fiel.

Als Reaktion auf die miesen Lehrbedingungen brachte die marxistische Strömung in der Juso einen Kampagnenvorschlag ein. Die Juso gilt in der Schweiz als eine Partei von Studierenden und GymnasiastInnen. Hauptelement der Kampagne sollten Besuche an Berufsschulen sein. Dort wo sie geführt wurde, werteten sie die Kampagne nicht als nur einen Erfolg über die Wirkung auf die Lernenden, sondern auch darüber, dass das Thema Arbeit stärker in den Fokus der AktivistInnen gerückt wurde.

Florian Sieber

Rückschritt in die migrationspolitische Steinzeit

Asylrechtsverschärfung und Verfassungsbruch

Als am 27. August die österreichische Grenzpolizei einen LKW mit 71 Leichen von Geflüchteten entdeckte, löste dies eine Kette von Ereignissen aus, in deren Folge zwischenzeitlich Teile des europäischen Grenzregimes zusammenbrachen. Anfang September kamen in kurzer Zeit zehntausende Geflüchtete nach Deutschland, die zumindest in München zunächst recht warm empfangen wurden. Plötzlich hatte Deutschland vielbeachtete Bilder der so oft propagierten „Willkommenskultur".

Doch dies sollte nicht lange währen. Im Eilverfahren hat die deutsche Bundesregierung nun mit dem „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz" schon die zweite massive Verschärfung des Asylrechts in diesem Jahr durchgepeitscht. Das Gesetz macht 25 Jahre kleiner Verbesserungen und antirassistischen Kampfes wieder rückgängig. Die gerade erst fast vollständig abgeschaffte Residenzpflicht wird wieder eingeführt. Abschiebungen dürfen nicht mehr angekündigt werden. Inzwischen plant die Bundesregierung sogar die Bundeswehr und deren Flugzeuge für Massenabschiebungen einzusetzen. Die Lagerhaft für Geflüchtete wird massiv ausgeweitet. Manche Geflüchtetengruppen werden die Lager bis zu ihrer Abschiebung gar nicht mehr verlassen dürfen – eine Maßnahme, die vor allem Sinti und Roma aus dem Balkan betrifft, da nun auch der Kosovo, Mazedonien und Montenegro auf die Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten" gesetzt worden sind. Für die Menschen, die in den Lagern ihr Leben fristen, wird die Isolation verstärkt und auch wieder Sachleistungen anstelle von Bargeld eingeführt. Entgegen entsprechender Behauptungen wird das Asylverfahren für viele verlängert. Menschen, denen nur eine geringe Chance auf Asyl zugesprochen wird, soll nur das physische Existenzminimum gewährt werden. Dieser Teil des Gesetzes verstößt klar gegen das Grundgesetz. Das Bundesverfassungsgericht hat sich dazu bereits im Jahre 2012 eindeutig geäußert: „Migrationspolitische Erwägungen, die Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge niedrig zu halten [...] können von vornherein kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen. Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren".[1]

Viele zivilgesellschaftliche Akteure hatten erfolglos dagegen protestiert. Entsprechend frustriert fielen deren Reaktionen aus, so z.B. seitens der Kampagne *stopasyllaw*: „Eure Menschenverachtung, eure Buckelei vor der deutsch-nationalen Wählerschaft und den angeblichen Wutbürgern, eure heuchlerischen Krokodilstränen und Willkommensrufe, sie kotzen uns an! Anders kann man das nicht mehr sagen."[2] ProAsyl hat inzwischen angekündigt, Verfassungsklagen gegen das Gesetz mit Mitteln aus seinem Rechtshilfefond zu unterstützen.

Alfred Metz

Anmerkungen

[1] Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 18. Juli 2012; 1 BvL 10/10

[2] stopasyllaw.blogsport.eu/2015/10/15/bundestag-beschliesst-asylrechtsverschaerfung/

„Granatrote Flut“ und G.A.S.

oder wie eine globale Bewegung aus Spanien bei uns ankommt - Im Gespräch mit zwei Aktivist*innen

Kontakt zu G.A.S.-NRW (vorerst über Marea Granate NRW):
Marea Granate NRW: öffentliche Versammlung: am 2. Sonntag im Monat | 15 Uhr G.A.S. | 16 Uhr Marea Granate | FAUD-Lokal V6, Volmerswerther Str. 6, 40221 Düsseldorf
E-Mail: mareagranatenrw@mareagranate.org
Marea Granate NRW: www.mareagranate.org/author/nrw/
Twitter: twitter.com/mareagranatenrw
Facebook: facebook.com/MareaGranateNRW
GAS-NRW auf Facebook: m.facebook.com/GASNRW



Mit Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise entstanden weltweit neue soziale Bewegungen. Zahlreiche anarchistische Prinzipien wurden spontan und oft auch ohne Wissen um die lange Tradition anarchistischer und syndikalistischer Bewegungen „neu erfunden“ und angewandt. Zwei dieser neuen Bewegungen sind die Marea Granate *und die* Grupo de Acción Sindical *(G.A.S.). Interessanterweise halten sich diese nicht mehr an nationale oder geographische Grenzen. Stattdessen breiten sie sich weltweit aus. Dabei verstehen sie einerseits ihre Migration als erzwungen und andererseits wollen sie mit anderen gemeinsam gegen die Auswirkungen der Krise kämpfen, ohne Rücksicht auf die sogenannte „Herkunft“. Dies darf aber nicht so verstanden werden, dass es ihnen nur um kosmetische Veränderungen ginge. In ihrem Manifest schreiben sie unter anderem: „Wir rufen zur Analyse auf und verurteilen die zerstörerischen Folgen des aktuellen Wirtschaftssystems. Einerseits durch die Identifizierung der Ursachen, die uns dazu brachten unsere Heimatorte, unsere Familien und unsere Freunde zu verlassen. Andererseits durch das Hervorheben der schwierigen Lebensbedingungen der Migranten und Migrantinnen. Wir sind uns bewusst, dass wir keinen isolierten Kampf führen, und dass die Ursachen, die dazu geführt haben, Spanien zu verlassen anderen Ländern auch nicht fremd sind. Deswegen wollen wir Brücken zu lokalen Gruppen um uns herum bauen. Darüber hinaus gibt es andere Einwanderer- und Einwanderinnen-Gruppen in unseren Gastländern, mit denen wir zusammenarbeiten, um ein gegenseitiges Support-Netzwerk für Neuankömmlinge zu schaffen.“*
Für die Direkte Aktion sprachen Frank Tenkterer von der FAU Düsseldorf und Rita von der FAU Duisburg mit Nuria und Manel von den Gruppen Marea Granate NRW und G.A.S. NRW. (Redaktion Hintergrund)

Frank: Was ist Marea Granate? Wo kommt ihr her, und was ist die Basis eures Zusammenschlusses?

Nuria: Wir sind die Kinder der Krise. Ursprünglich haben wir in Spanien gegen die Krise gekämpft. Wir waren Teil der Bewegung 15M, die 2011 erstmals öffentlich aufgetreten ist. Damals haben wir gegen die Privatisierung des Gesundheitssystems, den Sozialabbau, die Wohnungsnot, die Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse, die Arbeitslosigkeit und vieles mehr gekämpft. Allerdings zwang uns die Krise – und zwingt uns noch immer – ins Ausland zu gehen und dort nach Arbeit zu suchen. In diesem Sinne sind wir nicht gegangen, sondern rausgeworfen worden aus Spanien. Allerdings wollen wir den Widerstand gegen die Zerstörung des Sozialsystems und die permanenten Angriffe des Kapitals nicht aufgeben, nur weil wir dazu gezwungen wurden auszuwandern. Als Aktivist*innen tun wir uns auch weiterhin zusammen. Dabei bauen wir auf unseren Erfahrungen in Spanien auf. Die Basis unseres Zusammenschlusses ist die „Paella-Versammlung“. Marea Granate heißt übrigens „granatapfelrot“ und ist die Farbe unserer Reisepässe.

Frank: Gibt es Marea Granate nur in Deutschland?

Nuria: Als Marea Granate sind wir sozusagen der globale Arm der Bewegung 15M im Exil. Es existieren Gruppen auf fast allen Kontinenten, neben Europa vor allem in den Amerikas (Nord, Mittel und Süd) und in Australien. Einmal im Monat haben wir eine weltweite Vollversammlung im Internet, wo wir alles besprechen und uns über die aktuellen Entwicklungen in Spanien austauschen. Natürlich tauschen wir uns auch über die Situation in den jeweiligen Ländern aus, in denen wir im Exil leben müssen.

Frank: Wie organisiert ihr euch? Und wer kann bei euch mitmachen?

Neben der schon erwähnten „Paella-Versammlung“, zu der wir immer zum zweiten Sonntag im Monat in das FAUD-Lokal V6 in Düsseldorf einladen, organisieren wir uns vor allem über das Web und soziale Medien. Neben der Möglichkeit, unsere Homepage zu besuchen, kann man uns auf Twitter folgen oder via Facebook Kontakt mit uns aufnehmen. Untereinander nutzen wir Whatsapp und oft telefonieren wir auch ganz klassisch miteinander. Die Basis unserer Organisation ist aber die Versammlung. Dort besprechen wir alles, planen unsere Aktivitäten und integrieren neue Aktivist*innen.

Mitmachen darf bei uns eigentlich jede/r, der/die unsere Ziele teilt und unsere Art der Organisation akzeptiert. Du musst also keine Spanierin sein um bei uns mitmachen zu können. Allerdings ist unsere Verkehrssprache Spanisch.

Frank: Was sind eure Ziele? Und was sind eure konkreten Aktivitäten?

Nuria: Wir haben vier Ziele formuliert, die wir durchsetzen wollen:

- Rückkehr zu einem Wahlrecht auf dem Stand von vor 2011. Das aktuelle Wahlrecht führt dazu, dass nur knapp 3 Prozent der im Exil lebenden Spanier*innen überhaupt an den Wahlen in Spanien teilnehmen. Seit der Krise sind viele Kritiker*innen der Regierung und speziell der konservativen ins Exil gegangen. Durch das neue Wahlrecht, das es schwieriger macht sich an den Wahlen zu beteiligen, werden zehntausende Stimmen erst gar nicht abgegeben und die Wahlen so ganz legal gefälscht.
- Gleicher und kostenloser Zugang zum Gesundheitssystem für alle. Nicht nur für Spanier*innen, sondern tatsächlich für alle. Nach einer sogenannten Gesundheitsreform ist es aktuell so, das Spanier*innen, die länger als drei Monate im Ausland sind, nicht mehr in Spanien versichert sind.
- Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse. Es muss Schluss sein mit schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Arbeit auf ein paar Monate oder ein Jahr zu befristen oder nur noch über Sklavenhändler zu erhalten ist ein unannehmbarer Zustand, gegen den wir uns richten.
- Für die tatsächliche, bedingungslose innereuropäische Freizügigkeit. Bisher kann sich nur das Kapital in Europa wirklich frei bewegen. Uns, die wir nichts außer uns selbst haben, wird diese Freiheit faktisch verwehrt. Aber als Europäer*innen müssen wir das uneingeschränkte Recht haben, uns überall in Europa vollkommen frei bewegen zu können.

Diese vier Ziele wollen wir aber nicht nur in Bezug auf Spanien durchsetzen. Vielmehr wollen wir diese auch dort durchsetzen, wo wir gezwungenermaßen leben müssen. Und wir wollen das nicht nur für uns – sondern für alle! Für Marea Granate NRW macht es keinen Unterschied ob jemand aus Afrika, Asien oder Europa gekommen ist. Wir denken, dass es niemandem zuzumuten ist, unter prekären Bedingungen zu arbeiten, von politischer Mitwirkung ausgeschlossen zu sein, keinen oder nur einen auf Basis des Einkommens beschränkten Zugang zum Gesundheitssystem zu haben oder sich in Europa nicht frei bewegen zu dürfen.

Neben einer Kundgebung im Mai vor dem Spanischen Konsulat, die leider wegen einer Unwetterwarnung kurzfristig ausfallen musste, entwickeln sich unsere Aktivitäten vor allem um das Online-Büro, das oficina precaria. Mit der Kundgebung wollten wir eigentlich gegen das neue „Sicherheitsgesetz“ demonstrieren. Mittlerweile ist es in Kraft und es gibt schon erste Opfer des Gesetzes. Uns erinnert diese Politik stark an das Frankistische Regime, das nach 40 Jahren wieder immer offener zu Tage tritt. Im Oktober werden wir anfangen, weitere Aktivitäten zu entwickeln. Unter anderem wollen wir eine Soli-Party organisieren. Wir brauchen natürlich Geld für Veranstaltungen und Publikationen. Mit der Party wollen wir aber auch auf uns aufmerksam machen und uns in Düsseldorf bekannt machen.

Frank: Du sprichst von Wahlrecht und politischer Mitwirkung. Ist Marea Granate so etwas wie eine neue Partei?

Nuria: Nein – Wie schon gesagt sind wir ein Teil der 15M Bewegung, der Indignados (der Empörten). Das bedeutet, dass wir wie Millionen andere Spanier*innen jedes Vertrauen in die Parteien und Politiker*innen verloren haben. Trotzdem haben wir aber eine politische Meinung. Diese drückt sich in unseren Zielen aus. Wir glauben aber nicht, dass wir diese als Partei durchsetzen könnten. Stattdessen müssen wir als reale soziale Bewegung, die sich selbst organisiert, die politische Kaste dazu zwingen, unsere Ziele umzusetzen.

Frank: Zurück zu euren Aktivitäten. Was ist das Online-Büro? Und welche Aktivitäten entwickeln sich daraus?

Nuria: Das oficina precaria ist unser Online-Büro, das heißt wir bieten den Menschen die Möglichkeit, sich mit all ihren Problemen und Fragen via E-Mail oder „privater Nachricht“ über Facebook bei uns zu melden. Bei vielen Problem können wir selbst helfen. Bei Problemen mit der Arbeit leiten wir die Leute an die FAU Düsseldorf weiter. Diese berät und unterstützt die Arbeiter*innen bei ihren Problemen. Ende Oktober laden wir ins FAUD-Lokal V6 zu einer Versammlung ein. Ziel ist es, eine Grupo de Acción Syndical zu gründen. Wir laden dazu extra Kolleg*innen der G.A.S. aus Berlin ein, die kurz vorher auf einem Treffen mit G.A.S. Paris gewesen sein werden. Die FAU Düsseldorf hat uns hier schon Unterstützung zugesagt. Wenn G.A.S. in Düsseldorf aktiv und handlungsfähig werden soll, dann werden wir nicht darum herumkommen, etwas über die Arbeitsgesetze in Deutschland zu lernen. Die FAU Düsseldorf wird im Winter also Seminare zum kollektiven und individuellen Arbeitsrecht organisieren und auch ein Organizing-Seminar. Die Seminare sind natürlich nicht nur für G.A.S., sondern für alle Interessierten offen. G.A.S.-Gruppen entstehen gerade weltweit. Dieser Prozess wird nötig, da wir den ständigen Angriffen von oben einen Klassenkampf von unten entgegenstellen müssen. Die Paella-Versammlungen und G.A.S. sind die zwei Seiten der Münze unseres Widerstandes.

Rita: Manel, du bist Aktivist bei G.A.S. Kannst du uns noch etwas genauer erklären was G.A.S. ist?



Quelle: accionsindical.org



diagonalperiodico.net

Manel: Die „Grupo de Acción Sindical" (Gewerkschaftliche Aktionsgruppe) 15M-G.A.S. ist eine Arbeitsgruppe der spanischen 15M-Bewegung (die Empörten), deren Aufgabe darin besteht, Arbeiter*innen zu helfen, sich an ihrem Arbeitsplatz zu organisieren.

Rita: Was sind eure Ziele?

Manel: Eines unserer ersten Ziele ist es, die Einwander*innen zu unterstützen, um letztendlich ihre Integration in das deutschen Arbeitssystem und die Gesellschaft zu erreichen. Eigentlich spielen wir eine wichtige Bindungsrolle. Wir versuchen, nicht einfach als Service-Büro zu arbeiten. Wir wollen, dass die kämpfenden Beschäftigten die konkrete Form der angewandten Aktion für jede Auseinandersetzung selbst wählen und dass der Arbeitskampf mit unserer Hilfe selbstverwaltet stattfindet. Wir arbeiten grundsätzlich mit Arbeiter*innen-Gruppen. Individuelle Fälle leiten wir an eine andere Gruppe weiter, nämlich an das oficina precaria von Marea Granate. In der Praxis sieht es aber so aus, dass wir zur Zeit keinen kollektiven Fall haben (wir sind eine gerade neu entstandene Gruppe) und darum sind alle Mitglieder der G.A.S. momentan bei individuellen Fällen des oficina precaria voll involviert.

Rita: Wie organisiert ihr euch?

Manel: Alle wesentlichen Entscheidungen werden in Vollversammlungen getroffen. Funktionsträger*innen sind weisungsgebunden und können keine Beschlüsse fassen. Die Ämter sollen rotieren und sind natürlich unbezahlt. Wir haben keine Hierarchie und wir lehnen diese ab. Unsere Tätigkeiten basieren auf der Grundlage von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung. Wir stehen keiner politischen Partei nahe. Wir sind unabhängig von anderen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Das heißt nicht, dass unsere Leute nicht Mitglieder anderer Organisationen sein dürfen.

Rita: Wo kommt ihr her?

Manel: Die Gruppe gewerkschaftliche Aktion (G.A.S.) Nordrhein Westfalen kommt aus der Bewegung „15M Berlin" und sie hat das Ziel, die ausgewanderten Arbeiter*innen zu unterstützen, um gemeinsam ihre Interessen an ihren Arbeitsplätzen zu vertreten und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dabei haben wir nicht nur die Unterstützung vieler deutschen Arbeiter*innen, sondern auch von deutschen Gewerkschaften. Wir kämpfen gegen Lohn-Dumping, Ausbeutung und Diskriminierung. In NRW bekommen wir gerade sehr viel Hilfe beim Aufbau durch die FAU.

Rita: Wer kann bei euch mitmachen?

Manel: Hauptsächlich arbeiten wir mit Migrant*innen, die Spanisch sprechen können, weil Spanisch unsere Verkehrssprache ist. Natürlich sind wir offen für alle Einwander*innen. Die meisten von uns können auch Englisch und wir werden uns sehr freuen, wenn Leute aus der ganzen Welt bei uns mitmachen wollen.

Rita: Wo gibt es G.A.S.?

Manel: In Moment nur in Deutschland. Es gibt aktuell drei aktive Gruppen: Berlin, Hamburg und NRW (Treffpunkt Düsseldorf). Außerdem gibt es Aktivist*innen in anderen Orten in Deutschland und Europa (z. B. Straßburg, Frankreich), die Interesse haben.

Rita: Was sind eure konkreten Aktivitäten in NRW?

Manel: Die neue Gruppe in NRW ist immer noch zu klein und wir haben uns bis jetzt nur mit individuellen Fällen beschäftigt. Darüber hinaus setzen wir unsere Kräfte in die Verbreitung der Gruppe, um uns sichtbarer zu machen und neue Mitstreiter*innen zu gewinnen.

Frank: Noch mal zurück zu Marea Granate. Nuria, du hast jetzt schon mehrfach die „Paella-Versammlung" erwähnt. Was hat es damit auf sich?

Nuria: Unsere Treffen finden am Mittagstisch statt. Auf deutsch sagt man glaub ich „Ohne Mampf kein Kampf". So ist es bei uns auch. Weil viele von uns Valencianos sind, also aus Valencia stammen, dem Ursprung der Paella, gibt es eben eine Paella. Wären wir aus Navarra, wäre es wohl eine Tortilla-Versammlung. Beim gemeinsamen Essen lernen wir uns gegenseitig kennen. Wir diskutieren nicht nur politisch, sondern tauschen uns über alle Aspekte unseres Lebens aus. Durch das Essen wird das Treffen auch weniger „formell" und so nehmen auch ganze Familien an der Versammlung teil. Essen integriert. Vielleicht kann man es ein wenig mit dem sozialrevolutionären Abendbrot der FAU Düsseldorf vergleichen?

Frank: Ja, vielleicht kann man das. Gibt es noch etwas, was ihr unbedingt sagen wollt, was wir aber bisher noch nicht gefragt haben?

Nuria: Ja sicher (lacht). Wir wollen uns bei der FAU Düsseldorf und der FAU Duisburg für ihre selbstlose und herzliche Unterstützung bedanken. Und dann möchten wir natürlich alle Freund*innen des Widerstands, die ähnliche Ziele haben wie wir, einladen mit uns gemeinsam zu kämpfen. Uns geht es um gleiche Arbeit, gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten für alle Menschen. Egal aus welchem Land der Welt sie kommen. Wir sind überzeugt, dass wir das nur gemeinsam schaffen und dass wir dies nur auf den neuen Wegen schaffen können, die seit dem Ausbruch der Krise weltweit entstanden sind.

Manel: Genau, wir möchten alle Interessierten herzlich einladen zu unseren Treffen zu kommen. Dabei spielt es keine Rolle ob ihr uns nur mal kennen lernen wollt, einen individuellen Fall habt, bei der G.A.S. mitmachen wollt oder Lust habt mit uns zusammen irgendeine Veranstaltung zu organisieren. Und vielleicht kommt ihr ja aus einer Stadt wo es bisher weder eine Gruppe der Marea Granate noch eine der G.A.S. gibt, dann helfen wir euch gerne beim Aufbau einer Gruppe und der Organisation von ersten Veranstaltungen.

Frank und Rita: Wir bedanken uns für das Interview.



ABONNEMENT
DA Abonnementverwaltung
c/o Syntopia
Gerokstraße 2
47053 Duisburg
da-abo@fau.org

Ich will folgendes Abo haben:

6 Ausgaben-/1 Jahr	(Euro 12,–)
12 Ausgaben-/-2 Jahre	(Euro 24,–)
Förderabo – 12 Ausgaben	(Euro 30,-)
6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr	(Euro 16,-)
12 Ausgaben Ausland /2 Jahre	(Euro 32,-)

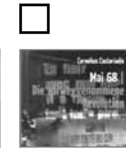
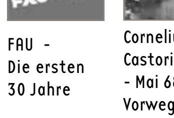
WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex. 1 Euro pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

☐ 
Allgemeine Arbeitsschutzfibel

☐   
FAU – Die ersten 30 Jahre

☐  
Cornelius Castoriadis – Mai 68. Die Vorweggenommene Revolution

Meine Anschrift

Vor- und Nachname

Straße/Postfach

PLZ, Ort

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Barfuß auf Lampedusa

Kunst und Kultur zwischen Migration und Militarisierung





Quelle: Kollektiv Askavusa

Stumme Zeugen der Flucht im Museum der Migration

Schwimmwesten hängen von der Decke, daneben Regalbretter voller zerbeultem Blechgeschirr. Vergilbte Koransuren sind über zerschlissenen Bibeln ausgestellt. Eine große Collage aus Kleidungsstücken zeigt die Erde, Kontinente aus Kinderkleidung. Außerdem kleine, bescheidene persönliche Gegenstände wie zerknitterte Fotos, Briefe und einige Kassetten mit arabischer Musik. Dies sind die Spuren, die Menschen auf ihrer Flucht hinterlassen haben. Gefunden an den Stränden von Lampedusa, auf verlassenen Flüchtlingsbooten. Die Objekte sorgfältig zusammengestellt und arrangiert.

Ein Museum der Migration?

Porto M nennt sich dieser unwahrscheinliche Ort auf Lampedusa. M für Migration, Mittelmeerraum, Militarisierung, Memoiren, Mobilisierung, Meer. Betrieben wird das kulturelle Zentrum vom Kollektiv *Askavusa*. Auf sizilianisch bedeutet der Name „barfuß", das Logo: zwei Füße, roter Stern auf schwarzem Grund. Das Kollektiv hat es sich zur Aufgaben gemacht, das Thema Migration als Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems, des Neokolonialismus und der Ausbeutung Afrikas durch die europäischen Staaten anzugehen. Auch wurde Porto M geschaffen: Er beherbergt neben dem kleinen Ausstellungsraum Platz für Konzerte, Filmvorführungen oder Lesungen und dient als Treffpunkt verschiedener lokaler Gruppen. Schon von weitem leuchten die Schiffsplanken aus buntem Holz, mit denen die Fassade von Porto M verkleidet ist. Auch sie stammen von Flüchtlingsbooten, zurückgelassen voller Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa. Von den italienischen Behörden als Müll angesehen, sollten sie vernichtet werden.

„Porto M soll kein Museum sein" erklärt Lucio vom Kollektiv Askavusa. „Denn in einem Museum sind die Objekte tot. Diese sollen weiter leben." Deshalb auch keine Beschriftungen, keine Vitrinen.

Die Welt aus Kleidungsstücken zusammengesetzt, von der Decke baumelt ein Arrangement aus Schuhen. Kein Museum also, sondern eine Kunstausstellung? Der Künstler Giacomo Sferlazzo, Gründungsmitglied von Askavusa, schuf zunächst Skulpturen aus den Schiffsplanken. Doch ihn beschäftigte die Frage, ob er ein Recht darauf hätte, daraus Kunstobjekte herzustellen. Heute werden die Bootsteile so ausgestellt, wie sie gefunden wurden: bunt lackiert oder vom Wetter spröde, mit arabischen Schriftzeichen und Schutzsymbolen.



Quelle: Kollektiv Askavusa

Kunstraum Porto M auf Lampedusa



Folgen der Festung Europa auf Lampedusa

Und doch ist Kunst eine wundervolle Möglichkeit, Botschaften zu vermitteln und ist besonders geeignet für die sehr spezielle Situation auf Lampedusa. Lampedusa, das sind 20 km² Land, näher an Afrika als an Italien gelegen und von der Regierung in Rom wenig beachtet. Rund 5.000 Lampedusani, wie die BewohnerInnen heißen, leben dort. Kein Krankenhaus, aber mehrere Kasernen, Luftwaffenstützpunkte und zwei Lager für MigrantInnen. Und dazu die TouristInnen, Haupteinnahmequelle der Insel, die seit den Medienberichten über Lampedusa zunehmend ausbleiben. Dabei landen heute keine Boote mehr an den Küsten, die MigrantInnen werden bereits auf hoher See abgefangen. „Anfangs wurde unser Kollektiv von den Einheimischen kritisiert, weil wir über die Migration sprechen. Das könne man doch nicht machen, weil dann die TouristInnen nicht mehr kämen", erzählt Lucio, der wie viele von Askavusa nicht selbst aus Lampedusa stammt. Gegründet wurde das Kollektiv von einigen Lampedusani, inzwischen beteiligen sich Leute aus ganz Europa. Und Askavusa ist laut Lucio die einzige Organisation auf der kleinen Insel, die tatsächlich von dort kommt. Als solch eine politische Realität wird sie inzwischen anerkannt. Als die Beschäftigten der Müllabfuhr dieses Jahr wegen ausstehender Gehälter in einen wilden Streik traten, baten sie das Kollektiv um Unterstützung. Gemeinsam konnte erreicht werden, dass der Lohn endlich gezahlt wurde. Zentrales Anliegen der „Barfüßigen" ist es, das Thema Migration mit den Rechten der Inselbevölkerung zu verbinden. „Auf Lampedusa findet ein Wechselspiel von Migration und Militarisierung statt", so Lucio. Riesige Radaranlagen belasten die Bevölkerung mit Elektrosmog, eine weitere, wenig beachtete Folge der Festung Europa. Dem Thema der Militarisierung des Mittelmeerraums widmete sich auch „Lampedusa in Festival", das diesen September zum siebten Mal vom Askavusa organisiert wurde. War es in den letzten Jahren vorrangig ein Filmfestival, bekam es dieses Jahr eine stärkere politische Ausrichtung. Neben Filmen, Theater, Ausstellungen und Konzerten fand über drei Tage auch das Forum *ControFrontiere – Gegen-Grenze* statt. AktivistInnen aus Grenzregionen wie Calais, Melilla oder dem Brenner, wo sich die Festung Europa am massivsten manifestiert, diskutierten und vernetzten sich.

Gelingt auch ein Austausch mit jenen MigrantInnen, für die die Insel inzwischen international bekannt ist? Nein, denn die sind in den Lagern eingesperrt, Zutritt verboten. Aber wieder gelingt es der Kunst als Medium, Botschaften zu übermitteln. „Manchmal gehen wir zu den Lagern und machen davor Musik für die Internierten" meint Lucio mit einem Lächeln. „Neulich haben draußen wir gesungen und drinnen haben die Leute für uns gesungen".

Bettina Moser

Freifunk

Was hat das mit Kultur zu tun?

Wenn Menschen etwas über Freifunk wissen, dann sind es oft diese zwei Dinge:

1. „Ich stelle meinen Zugang zum Internet anderen Menschen offen zur Verfügung" und
2. „wenn die dann etwas illegales machen, muss ich dafür haften".

Das ist zum einen nur ein kleiner Bruchteil dessen, was Freifunk ist und zum anderen so auch nicht ganz richtig. Wo oder was wären wir (heute) ohne Internet? Immer und überall erreichbar, verfügbar, online, vernetzt, kommunikativ, interessiert, mitteilungsbedürftig, einkaufen, informativ, abgelenkt, woanders,... – „drin", wie Bummbumm Becker einst sagte.

Aber was ist „das Internet"? Für viele nicht mehr als das Word Wide Web (kurz: WWW oder W3), auch „Internet-Seiten" genannt. Wikipedia, Google, Facebook, Amazon, Klaus, Jenny, Angela Merkel und der Papst – sie alle haben eine: Internet-Seite. Informationsaustausch. Web 2.0. Zum mitmachen. Mitmachen!

Aber das Internet ist mehr als nur das. Nein, es ist noch nicht einmal das. Es ist an sich „nur" eine Struktur, eine Vernetzung verschiedener (Computer-)Systeme über den gesamten Globus verteilt. Ein großes Netzwerk.

Das Internet sind „die Kabel und Computer" und das WWW sind die Daten, die wir darüber austauschen, meistens via HTTP, neuerdings auch vermehrt verschlüsselt durch HTTPS. Tablet- und Smartphone-Benutzer_innen bekommen davon heutzutage kaum noch was mit – die Abstraktionsschicht hat durch sogenannte „Apps" noch weiter zugekommen.

Und, können wir im Web 2.0 auch am Internet mitmachen? Nööö! Das „gehört" der Telekom, oder Kabel Deutschland, oder sonst welchen Unternehmen, die mir ihre Leitung ins Haus legen. Ich kann zwar Soli-Konzerte auf Facebook bewerben oder einen Artikel auf Wikipedia verfassen, ein Youtube-Video erstellen oder meine Spielsachen auf eBay-Kleinanzeigen verhökern, aber wenn mein ISP (Internet Service Provider) mir kein Kabel ins Haus legen will oder ich noch in Hintertupfingen wohne, wo der Empfang sauschlecht ist, dann habe ich verkackt.



Quelle: von st_ulm, originally posted to flickr

„Freies Netz mit simpler Technik!"

Ebenso wie viele geflüchtete Menschen derzeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder Flüchtlingsunterkünften. Welches Unternehmen würde hier mit den Menschen einen DSL-Vertrag abschließen (wollen), mit 24 Monaten Laufzeit? Richtig. Und langsam nähern wir uns dem Thema Freifunk. Für das Internet gibt es Anbieter_innen und Konsument_innen. Web 2.0 hat dafür gesorgt, dass diese Trennung bei den Informationen zumindest teilweise aufgehoben wird. Die Konsument_innen liefern den Inhalt; werden zu Reporter_innen, Lehrer_innen, Therapeut_innen, geben Tipps und Ratschläge, berichten von entferntesten Orten und Geschehnissen – schneller und breiter als es die meisten klassischen Anbieter_innen könnten. Es bedarf nur einer entsprechenden Plattform. Facebook, Twitter, Wikipedia, Wordpress, Flickr, Whatsapp etc. pp. Das sind die Anbieter_innen. Genauso wie Telekom, Vodafone, 1 & 1, Hetzner, DE-CIX: ISPs, Webhoster und –Plattformen, welche für die nötige Infrastruktur sorgen.

Alternative und Ergänzung zum herkömmlichen Internet

Und hier ist an ein „Mitmachen" nicht zu denken. Hier wird vorgegeben, kontrolliert und eingeschränkt – auch abkassiert! Welchen Nutzen hat dann aber Freifunk? Eben diesen, dass ich als Freifunker_in „nicht nur meinen Internet-Zugang freigebe" sondern vielmehr Teil einer alternativen Infrastruktur werde. Ein Knotenpunkt in einem parallelen Netzwerk zum herkömmlichen Internet, unabhängig von kommerziellen Firmen, frei von zensierenden Behörden, verwaltet und gestaltet von den Menschen, die es nutzen! Informationen können dort verfügbar gemacht werden, wo sie sich für ISPs wirtschaftlich nicht lohnen. Kommunikation kann dort stattfinden, wo sie eigentlich nicht gewollt ist. Teilen wird dort möglich, wo es an sich illegalisiert wird.

Was machen Menschen, wenn Zensur stattfindet (Zugangserschwerungsgesetz)? Oder wenn Überwachung vorangetrieben wird (Vorratsdatenspeicherung)? Wenn Gemeingut kommerzialisiert, privatisiert oder staatlich kontrolliert wird (ICANN, Telekom, DE-CIX, ...)?

Sie suchen Alternativen! Freifunk ist sowohl Alternative als auch Ergänzung zum uns bekannten Internet.

Und wie (schaut die Praxis aus)? Konkret heißt freifunken, dass mensch sich einen geeigneten WLAN-Router besorgt, diesen mit der Freifunk-Firmware bespielt und ihn an das eigene Netz anschließt (in den meisten Fällen also an den eigenen WLAN-Router zu Hause). Alternativ gibt es auch „fertige" Router bei Freifunk zu erwerben. Sobald dieser „Freifunk-Router" aktiv ist, bildet er einen Knoten. Jede_r Betreiber_in eines Freifunk-Knotens kann entscheiden, ob der eigene Zugang zum Internet über diesen Knoten freigegeben werden soll. Sind weitere Knoten in Reichweite, verbinden sich die Router untereinander zu einem (Mesh) Netz. Dieses Netz ist offen und frei zugänglich für alle. Ob und wenn ja welche Inhalte dort verfügbar sein werden liegt letztendlich an uns allen...

Aber wie sieht es nun mit der Haftung aus? Freifunk Franken schreibt hierzu: „Da wir allen Datenverkehr ins Internet über unseren eigenen Provider (Freie Netze e.V., Berlin) oder eigene Zugänge im umliegenden Ausland umleiten, bleiben unsere Internet-Spender anonym und sind vor der so genannten *Störerhaftung* geschützt. Sollten wir trotzdem aber über kriminelle Tätigkeiten in unserem Netzwerk informiert werden, werden wir gegebenenfalls natürlich mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeiten, um die entsprechenden Täter ausfindig zu machen."[1]

Dennoch gibt es bei dieser Vision eines freien Internets kritische Fragen: Müssen wir überhaupt immer und überall online gehen (können)? Ist der Mensch hierfür wirklich schon bereit? Sind wir uns nach gut drei Generationen Internet über dessen Langzeitfolgen bewusst? Und: wenn niemand das Internet kontrolliert, wird es dann noch mehr zugemüllt mit menschenverachtendem Dreck?

Brip

[1] wiki.freifunk-franken.de/w/FAQ#Sind_freie_und_anonyme_Netze_nicht_illegal.3F

Reichlich viel Reich

Über den ideologischen Hintergrund des Xavier Naidoo

Seit gut einem Jahr bröckelt das Schmuse-Image des Soulmusikers Xavier Naidoo. Antisemitismus wird dem Sohn Mannheims vorgeworfen, so z. B. seitens der antirassistischen Amadeu Antonio Stiftung. Die sah sich daraufhin mit einer Unterlassungsklage konfrontiert. „Wer solche Songzeilen wie Xavier Naidoo in seinem Album ‚Alles kann besser werden' verbreitet, dürfte ein Antisemit sein", meinte selbst der Richter im Verlauf der Verhandlung. Und tatsächlich bedient sich Naidoo in seinem Lied „Raus aus dem Reichstag" gängiger antisemitischer Klischees:

Wie die Jungs von der Keinherzbank, die mit unserer Kohle zocken
Ihr wart sehr, sehr böse, steht bepisst in euren Socken
Baron Totschild *gibt den Ton an, und er scheißt auf euch Gockel*
Der **Schmock** *ist 'n Fuchs und ihr seid nur Trottel*

Nachdem der Sänger im genannten Lied zunächst die Politiker*innen-Zunft disst, nimmt er sich das Kapital vor. Nicht aber den Kapitalismus an sich, sondern subtil das jüdische Kapital. Da schrillen bei manchen sofort alle Weltverschwörungs-Alarmglocken.



Protest gegen Naidoo bei den fürstlichen Schlossfestspielen in Regensburg 2015

Weniger subtil vertritt Horst Mahler eine rechtsradikale Ideologie, doch was haben er und Xavier Naidoo gemeinsam? Ein Grund für die Kritik der Amadeu Antonio Stiftung an dem Soulsänger ist seine Nähe zur sogenannten Reichsideologie. Naidoo unterstützte am 3. Oktober 2014 in Berlin eine Veranstaltung um den vorbestraften ehemaligen NPD-Kader und Reichsideologen Rüdiger Klasen, doch schon zuvor teilte er zumindest teilweise die Überzeugungen der Reichsideologie. Die Anhänger*innen der Reichsideologie selbst sind ein heterogener Haufen, bei dem extrem rechte Positionen wie Gebiets- und Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus in unterschiedlich starker Ausprägung vorhanden sind. Anhänger*innen dieser Ideologie behaupten, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existieren würde bzw. eine Firma sei und das „Deutsche Reich" fortbestehe. Dieses „Deutsche Reich", das angeblich fortbesteht ist dabei – je nach Ansicht der Betrachter*in – das Kaiserreich, die Weimarer Republik oder das Dritte Reich. Dass die BRD trotz alledem de facto existiert, wird über verschiedenste Verschwörungstheorien hergeleitet, welche nicht selten die Grenze zum Antisemitismus überschreiten. Der wohl bekannteste Reichsideologe ist der ehemalige RAF-Terrorist und verurteilte Holocaustleugner Horst Mahler. Für ihn ist der letzte gültige Rechtsstand der vom 7. Mai 1945 und er wünscht sich eine Rückkehr zum Nationalsozialismus. Von diesem verspricht er sich eine Befreiung des deutschen Volkes von einer angeblichen Knechtschaft durch eine jüdische Weltverschwörung. Und in diesen Kreisen erfreut sich nun Naidoos Song „Raus aus dem Reichstag" großer Beliebtheit.

Da es verschiedenste Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen innerhalb der Reichsideologie gibt, welche auch untereinander teils stark zerstritten sind und nicht nur die BRD sondern auch ihre eigenen Fürstentümer, Reichsregierungen etc. gegenseitig nicht anerkennen, werde ich nun verschiedene Beispiele vorstellen.

Reichsideologische Betätigungsfelder

Auf dem Gelände des verfallenen Schlosses Krampfer in Brandenburg kam es 2009 zur Gründung des reichsideologischen Wohnprojektes „Fürstentum Germania". Daran beteiligten sich verschiedene Personen und Gruppierungen aus dem rechtsesoterischen Spektrum. Dieser Staatsgründungsversuch wurde von der Polizei beendet, da das Fürstentum dachte, es müsste als eigener Staat keine Baugenehmigungen einholen. Die Verweigerung Steuern zu zahlen und die Auseinandersetzung mit Behörden wegen Bußgeldern und anderen Zahlungsaufforderungen gehört zu einem der Hauptbetätigungsfelder der sogenannten Reichsbürger*innen.

Im November 2012 ist die Miliz „Deutsches Polizei Hilfswerk" (DPH) das erste Mal in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit getreten. Im sächsischen Radeburg sollte eine Zwangsvollstreckung durchgeführt werden. Doch der Gerichtsvollzieher traf nicht nur auf die von der Zwangsvollstreckung betroffene Person, sondern auch auf etwa ein Dutzend uniformierte Mitglieder des reichsideologischen DPH. Diese erklärten dem Gerichtsvollzieher, dass er eine illegale Handlung durchführen wolle und deshalb festgesetzt werden müsse. Sie fesselten ihn und riefen die Polizei, die den traumatisierten Mann schließlich aus seiner Gefangenschaft befreite.

Ein weiteres Beispiel, bei dem die Aktivitäten der sog. Reichsbewegung weit über einen rechtlichen Kleinkrieg mit der deutschen Justiz hinausgingen, ist das im Internet verbreitete Schreiben „Ausweisung aus Deutschland" der Gruppe „Neue Gemeinschaft von Philosophen" (NGvP). Wobei bereits die Adressierung an der rassistischen Haltung der Verfasser*innen keinen Zweifel lässt. Im Text selbst steht, dass die BRD lediglich eine Firma sei, die im Auftrag der Alliierten von einer jüdisch-freimaurerischen Marionettenregierung geleitet würde. Das Ziel dieser Regierung sei die Völkervernichtung durch Rassenvermischung. Die Empfänger*innen wurden in dem Schreiben aufgefordert das Land zu verlassen, da bald ein Krieg in Europa ausbrechen würde, in dem die Nato gegen mehrere asiatische Länder kämpfen werde. Wer sich nach dem Beginn dieses Krieges noch in Deutschland aufhalte und nach Ansicht der NGvP raum-, wesens- oder kulturfremd sei, werde standrechtlich erschossen.

Anknüpfungspunkte dieser Ideologie finden sich sowohl in der Esoterik und im sog.



Protest begleitete den Auftritt Naidoos in Regensburg 2015

Neuheidentum als auch in der klassischen Verschwörungsszene und Truther-Bewegung. Aber auch die völkische Kapitalismuskritik mit der antisemitischen Unterscheidung zwischen schaffendem und raffendem Kapital sind der Reichsideologie immanent.

Xavier Naidoo verkehrt mit solchen Leuten und versucht, Kernthesen der Reichsideologie zu vermitteln, z.B. im ARD Morgenmagazin vom Oktober 2011 durch Aussagen wie: „Aber nein, wir sind nicht frei, wir sind immer noch ein besetztes Land! Deutschland hat noch keinen Friedensvertrag und ist dementsprechend auch kein echtes Land und nicht frei." Seine Songs wie z. B. „IZ ON" der Söhne Mannheims werden von der vorher erwähnten Gruppe „Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen" zur musikalischen Unterlegung von Propagandavideos genutzt.

Wer solche Freund*innen hat, dürfte wohl Antisemit sein.

Simon Birnelm

„Die Welt riss mich"

Eine Autobiografie des Schweizer Syndikalisten Max Tobler

Feminist, Arzt, Zoologe, Antiimperialist, Schriftsteller, Journalist und Kriegsgegner – all dies lässt sich über Max Tobler sagen. Doch zu Max Tobler findet sich im deutschsprachigen Wikipedia kein Eintrag und auch innerhalb der Schweizer Linken war der seinerzeit sehr populäre Sozialist und Syndikalist in Vergessenheit geraten. Seit ihrer Entstehung 1925 blieb Max Toblers Autobiografie „Die Welt riss mich – Aus der Jugend eines feinsinnigen Rebellen" unveröffentlicht. Diese Lücke konnte Christian Hadorn mit der Herausgabe der Memoiren im Züricher Chronos Verlag nun schließen.

Wer eine Schilderung der bewegten Zeit erwartet, als sich berühmte Anarchisten wie Bakunin, Mühsam und Guillaume in der Schweiz trafen, wird vielleicht enttäuscht sein. Als die Antiautoritäre Internationale von Saint-Imier 1872 entstand, war Max Tobler noch nicht geboren. Doch auch sein eigenes politisches Schaffen spielt in seiner Aufzeichnung keine Rolle. Wie der Titel verrät, widmet diese sich ausschließlich seiner Kindheit, Jugend und den frühen Jahren des Erwachsenseins, noch auf der Suche nach dem richtigen Platz in dieser Welt. „Ein Juwel schweizerischer Coming-of-Age-Literatur des 19. Jahrhunderts" meint die *Neue Züricher Zeitung*. Im Zentrum steht der Konflikt mit dem reaktionären Vater, der das bürgerliche Milieu verkörpert, in dem Tobler aufwuchs und dem er zu entfliehen versuchte. Gut geeignet für ein erstes Aufbegehren als junger Gymnasiast schien ihm die Mitgliedschaft in einem Abstinenzverein. Abstinenz, das Straight-Edge des 19. Jahrhunderts, ist einzuordnen in eine ganze Reihe von Reformbewegungen aus dieser Zeit wie Vegetarismus, FKK, Turner- oder Wandervogelbewegung. Gemeinsam ist ihnen eine Kritik an der industrialisierten, modernen Gesellschaft sowie gleichzeitig vorhandene sozial-radikale und reaktionäre Strömungen. Tobler beschäftigte sich im Abstinenzverein „Humanitas" erstmals mit fortschrittlicher Literatur, Naturwissenschaften und sozialen Themen. Für den spießbürgerlichen Vater war dies ein Affront: „Ich will dir nicht verbieten einzutreten, aber das musst du mir versprechen, dass du kein Sozialdemokrat und kein Sonderling wirst", forderte er von seinem Sohn. Die Mutter fungierte als stete Vermittlerin in den wiederkehrenden Konflikten mit dem Vater, bei denen Tobler selten die direkte Konfrontation suchte. Obwohl er von Indien träumte, versuchte er zunächst über eine Anstellung als Lehrer und dann mit einem Studium der Zoologie von zu Hause wegzukommen und seinen eigenen Weg zu finden. Geringe Freude bereitete ihm die Tätigkeit als Lehrer: „Die Methode war schrecklich, und da ich mich für den Stoff gar nicht und für meine Schüler sehr wenig interessierte, so fiel mein Unterricht nach meinem Erachten sehr mangelhaft aus." Ebenso erging es ihm mit seiner Doktorarbeit über eine neuseeländische Schnecke: „Viele Stunden habe ich mich jeden Tag mit der Schnecke beschäftigt, aber mein Herz gehörte ihr nicht."

Politisierung im Kaffeehaus

Bedeutender für den Studenten waren die Debatten im Kaffeehaus über Literatur, Moral und Politik. An der Universität in Genf begegneten ihm erstmals Studentinnen, damals noch etwas Außergewöhnliches und, wie alles Weibliche, etwas sehr Aufregendes für den jungen Tobler. Neugierig, aber viel zu schüchtern war der und erst mit der Zeit lernte er die Kommilitoninnen kennen, von denen viele aus Russland stammten. Regelmäßig pflegte er den Umgang mit den „russischen Revolutionärinnen". Seine sozialistische Überzeugung scheint noch mehr eine Freude am Skandal ohne tiefere Auseinandersetzung mit der Materie gewesen zu sein. Dennoch lernte Tobler während seiner Studienzeit charismatische Sozialisten und komische Anarchisten kennen und plante zumindest am Kaffeehaustisch Verschwörungen für den gesellschaftlichen Umsturz. Die Armut und das ungerechte Schicksal seiner ersten Liebe Anna machten die Klassenfrage für ihn greifbarer. Tobler begann, Marx zu lesen und ging als Lehrer nach England. Doch auch dort trieben ihn das blasierte bürgerliche Umfeld und der mangelnde Sinn in seinem Tun um: „Sicher kannte ich die englischen Arbeiter nicht. Gerade so viel wusste ich über sie, als ich in Büchern gelesen hatte, und das war vielleicht alles nur gelogen." Mit der Rückkehr in die Schweiz enden die Memoiren des damals 26-jährigen.

Den weiteren Lebensweg beleuchtet das ausführliche Nachwort Hadorns, das nachzeichnet, wie Tobler sich weiter radikalisierte und politisch tätig wurde, z.B. als Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Das Volksrecht" oder als Mitbegründer der Schweizer Roten Hilfe. Eine zentrale Rolle in Toblers politischem Leben spielte sein Freund, der bekannte Arbeiterarzt und Anarchist Fritz Brupbacher.

Desweiteren bietet das Nachwort Erklärungsversuche dafür, warum Toblers Autobiografie so früh endet. Hadorn sieht zum einen die thematische Geschlossenheit, zum anderen die Schwierigkeit, Dichte und Komplexität der politisch aktive Jahre literarisch zu verpacken, als mögliche Ursachen. Gleichzeit sei zu überlegen, ob Tobler nicht noch vorhatte, weiter daran zu arbeiten. Er starb 1929, nur fünf Jahre nach dem Verfassen seiner Jugenderinnerungen.

Der Reiz in Toblers Aufzeichnungen liegt weniger in der Skizzierung der damaligen Arbeiter_innenbewegung und ihrer Köpfe, sondern



Max Tobler und seine Ehefrau, die Ärztin und Frauenrechtlerin Minna Christinger, ca. 1922

vielmehr in den feinsinnigen Betrachtungen eines rebellischen Heranwachsenden. Tobler liefert ein Sittenbild der bürgerlichen Schweizer Gesellschaft um die Jahrhundertwende aus der Perspektive eines klugen Teenagers. Natürlich geht es auch um Liebe. Schwärmerische Träumereien und erste Annäherungsversuche des schrecklich schüchternen Toblers werden von seinem älteren Ich selbstironisch beschrieben. Dieses Augenzwinkern zieht sich wohltuend durch das gesamte Buch, so dass sich das Lesevergnügen auch für Nicht-Biografie-Fans einstellt.

Cindy Mecate

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

„Centocinquanta ore“

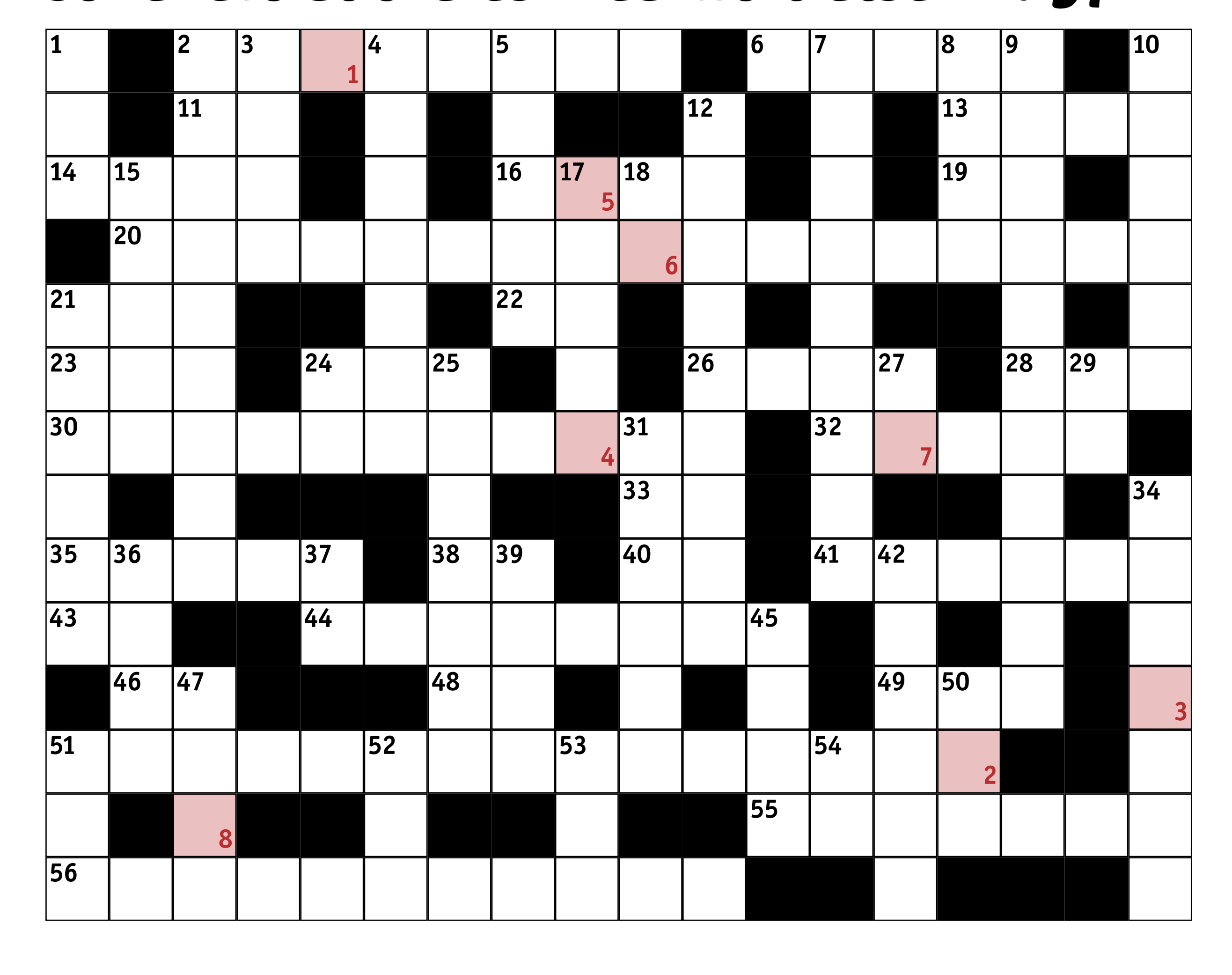
Des letzten Rätsels Lösung: Weiterbildung







Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 97



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Waagerecht

2. ausgestorbener Beruf, der in Victor Hugos Roman „Der ~ von Notre-Dame“ vorkommt 6. bibl. männlicher Vorname 11. dienstlich, vom Amts wegen <lat. Abk.> 13. für die Nazis waren die Deutschen ein „Volk ohne ~“ 14. Streit, Ärger, Unfrieden 16. das „Fleisch“ der VegetarierInnen 19. Trennzeichen innerhalb einer Mailadresse 20. vom Aussterben bedrohtes Wort aus der Gaststättensprache der DDR: was zum Fleischgericht gereicht wurde 21. Landesgliederung der Grünen in Hamburg, die 2008-10 ihren Anbiederungswillen in einer Regierungskoalition mit der CDU unter Beweis stellte 22. Politorganisation im Frankfurt/M. der 1970er, zu deren Mitgliedern u.a. Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer gehörten <Abk.> 23. Fluss in Nordwestdeutschland 24. das Wort für „Hundert“ auf Polnisch, Russisch, Serbokroatisch usw. 26. Eckstoss <Fußball, Kurzform> 28. brit. Progressive-Rock-Band, in den 1970ern stilgebend 30. florentin. Philosoph und Politiker (1469-1527), vermutlicher Urheber des Spruchs „Teile und herrsche“ 32. sächs. Industriestadt an der Elbe 33. einflussreicher arab. Nachrichtensender: ~ Dschasira 35. Installation einer neuen Software auf dem Computer <engl.> 38. Länderkürzel für Russland 40. chem. Zeichen für ein Edelgas 41. Ausschnitt, Ausflug, Restposten 43. europaweit verkehrender Intercityzug <Abk.> 44. dieses Gebiet wurde 1957 neues Bundesland der BRD 46. Länderkürzel für Ungarn 48. Dosis eines Stoffes oder einer Strahlung, die für ein bestimmtes Lebewesen tödlich wirkt <Abk.> 49. Kfz-Kennzeichen für Germersheim 51. Angst, etwas Entscheidendes zu versäumen 55. Bezeichnung für Wasserstoff, der unter Einsatz von Strom aus Windenergie mittels Wasserelektrolyse hergestellt wird und in windarmen Zeiten verbrannt werden kann 56. Herumdoktern an der Geschlechterdiskriminierung: vorgegebener Frauenanteil

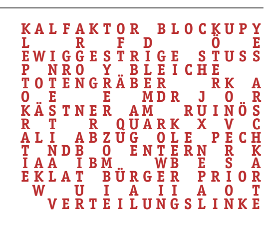
Senkrecht

1. Abk. für eine 1921-33 in Berlin und 1933-38 im Prager Exil erschienene sozialist. Wochenschrift, für die Anna Seghers, Kurt Tucholsky und andere linke AutorInnen schrieben 2. „Glaub keiner Statistik, die du nicht selber ~ hast“ 3. ein zur Wohnung umfunktionierter Lager- oder Industrieraum <engl.> 4. Vorname einer DDR-Schriftstellerin mit Raubtier im Nachnamen 5. wenn ihnen die Argumente gegen eine freie Gesellschaft ausgehen, greifen ApologetInnen des Bestehenden manchmal auf diese Keule zurück: die angeblich so böse „menschliche ~“ 7. eine der Gründungsfiguren der Liedermacherbewegung in der BRD, langjähriges DKP-Mitglied, Vorname: Dieter 8. Spätfolge der sowjet. Baumwollmonokultur in Usbekistan: der beinahe ausgetrocknete ~see 9. Stoff, der chem. Reaktionen herbeiführt; Mensch oder Gruppe, die gesellschaftliche Entwicklungen begünstigt 10. grundlegende theoret. Referenz des revolutionären Syndikalismus: die 1906 von der CGT angenommene Charta von ~ 12. wer viel einstecken muss, darf auch ~ 15. Vorname eines 2011 getöteten Islamistenführers 17. Spitzname eines führenden BRD-Politikers (1906-90), der über die syndikalist.-anarchist. Jugend und die KPD zur SPD kam: ~ Herbert 18. Kfz-Kennzeichen für Freiberg 21. unerfahrene Jugendliche: junges ~ <scherzhaft-abwertend> 24. spanisch für „ja“ 25. Schutz-, Arbeitsanzug aus einem Stück <engl.> 27. man muss nicht Kolumbus sein, um dies zu zerdeppen 29. Abk. für die als „Ermittlungsausschüsse“ bekannten Rechtshilfegruppen 31. Abführmittel 34. Spitzname für Gerhard Schröder: ~ der Bosse 36. Widerhall, Rezeption 37. Maßeinheit der Leistung eines Automotors <Abk.> 39. Amtssprache Pakistans 42. fieberhafte Mandel-Rachen-Entzündung 45. diverse Grafikprogramme führen dieses engl. Wort für „zeichnen“ im Namen 47. Harnstoff 50. Abk. für eine der zwei großen Amtskirchen in Deutschland (es empfiehlt sich: Austritt jetzt!) 51. Abk. und Dateierweiterung für einen Schriftdarstellungsstandard <engl.> 52. die Mehrheitsbevölkerung in China <ethnolog. Bezeichnung> 53. eine Himmelsrichtung 54. Kfz-Kennzeichen für Nienburg (Weser)

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o Syntopia, Gerokstr. 2 47053 Duisburg).

Gewinner#231: Herbert P. aus Kiel

Auflösung # 96



DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
c/o Syntopia
Gerokstraße 2
47053 Duisburg

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o Syntopia, Gerokstraße 2, 47053 Duisburg
ViSdP: Patrick Lohner
Druck: Union Druck Berlin
Redaktionsschluss DA 233: 18. Dezember 2015